B E R I C H T E

des

B U N D E S I N S T I T U T S

FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN

Nr. 1

Die Sowjetisierung Lettlands

von Ādolfs Š i l d e

INHALT

Seite

Die Okkupation 1

Die erste Besetzung Lettlands durch die Rote Armee .... 1 - 2

Der Ursprung der KPL .... 2 - 3

Gegen die Selbständigkeit Lettlands .... 4 - 5

Kurs auf eine Räteregierung .... 5 - 6

Geringer Widerhall in Lettland .... 6 - 9

Der Untergrund .... 9 - 12

Die Lage nach der Besetzung des Landes durch die Sowjetunion .... 12 - 13

De· neue Staat .... 14 - 18

Erste Repressalien .... 19 - 21

Nr. 1 / 1967

Seite

Konsolidierung der Macht nach dem Kriegsende............ 22

Neue Deportationen.............................. 22 - 26
Die Landwirtschaftspolitik...................... 26 - 28
Der aktive Widerstand........................... 28 - 33
Die Machtlosigkeit der KPL...................... 33 - 38

Die sozialistische Sowjetrepublik Lettland.............. 35

Territorium und Bevölkerung..................... 35 - 36
Die Partei...................................... 37 - 38
Die "Nationalkommunisten"....................... 39 - 42
Die Jugendorganisation.......................... 43 - 44
Der Staat....................................... 45 - 50

Die Justiz...................................... 50

Das Gerichtssystem.............................. 51 - 53
Die Rechtsordnung............................... 53 - 56
Die Kameradschaftsgerichte...................... 56 - 57
Die Wirtschaft.................................. 58 - 59
Die Landwirtschaft.............................. 60 - 65
Die Industrie................................... 66 - 73
Der Wohnungsbau................................. 74 - 76
Die Häfen....................................... 77 - 78
Die Steuern..................................... 78 - 80
Löhne und Preise................................ 80 - 82
Sozialversicherung und Altersversorgung......... 82 - 87
Das Gesundheitswesen............................ 88 - 91
Die Arbeitsverhältnisse......................... 91 - 92

Bildung, Wissenschaft und Kultur................ 93

Die Schulen..................................... 93 - 96
Die Hochschulen................................. 96 - 100
Die Akademie der Wissenschaften
der SSR Lettland................................ 100 - 102
Literatur, Musik und Kunst...................... 103 - 111

Seite

Die Letten und der Kommunismus............................ 112

Die wichtigsten Formen der Politik................. 112 - 116

Russifizierungspolitik und nationaler Widerstand............................ 116 - 120

Kirche und Atheismus............................... 121 - 124

Bibliographische Hinweise............................ 125 - 137

Anhang 1.. 138 - 153

Der Aufbau der KP Lettlands........................ 138

Mitgliederzahl der KP Lettlands.................... 139

Sekretariat und Präsidium des ZK Lettlands.......... 140 - 144

Das Präsidium des Obersten Sowjets der SSR Lettland.................................. 145 - 147

Der Ministerrat der SSR Lettland................... 148 - 153

Anhang 2.. 154

Befehl Nr. 001223 betreffend die Verfahrensweise bei der Deportation anti-sowjetischer Elemente aus Litauen, Lettland und Estland.................. 154 - 161



Die Okkupation

Die erste Besetzung Lettlands durch die Rote Armee

Mit dem geheimen Zusatzprotokoll zum Nichtangriffspakt zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR vom 23. August 1939 war die Voraussetzung für die Okkupation Lettlands geschaffen. Im ersten Punkt dieses Protokolls heißt es über die gegenseitige Interessenabgrenzung im Baltikum wie folgt: "Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR..."[1]

Damit zeigte sich das Deutsche Reich desinteressiert am Schicksal zweier baltischer Staaten, und die Sowjetunion hatte freie Hand, jene Gebiete des alten Zarenreichs an der Küste der Ostsee zurückzugewinnen, die sie in den Jahren nach der Oktoberrevolution verloren hatte.

Obgleich die Sowjetunion schon am 11. August 1922 feierlich auf territoriale Ansprüche und die ehemaligen Hoheitsrechte Rußlands gegenüber Lettland verzichtet hatte und noch am 5. Februar 1932 zwischen der Sowjetunion und Lettland ein Nichtangriffspakt abgeschlossen worden war, bereitete die Sowjetunion gleich nach "der deutsch-sowjetischen Verständigung über die gegenseitige Interessen-Abgrenzung im Baltikum" die Okkupation vor. Am 5. Oktober 1939 zwang sie den Baltischen Staaten Beistandspakte auf, in denen die Verpachtung von Luft- und Marinestützpunkten sowie Garnisonen an die Sowjetunion festgelegt wurden. Am 11. Oktober unterzeichnete man in Moskau einen Erlaß über die Deportation von "antisowjetischen Elementen" für den Fall der Okkupation des Landes. Am 30. Oktober wurde ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion über die Repatriierung der in diesem Gebiet ansässigen Deutschen unterzeichnet.

Am 14. Juni 1940 provozierten sie einen Zwischenfall an der lettländischen Grenze und am 16. Juni stellten sie ein Ultimatum an Lettland. Am nächsten Tag begann der Einmarsch von Sowjettruppen. Vier Tage später, also am 21. Juni 1940, wurde eine prokommunistische Marionettenregierung unter Profes-

[1] Vgl. Boris Meissner, Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht, Köln 1956, S. 49 ff.

sor Augusts Kirchensteins gebildet. Die Regie in dem schaurigen Schauspiel, das nun folgte, führte der aus vielen Schauprozessen bekannte Andrej Vyšinskij, der damals stellvertretender Vorsitzender des Rats der Volkskommissare war.

Beschönigend sagt die offizielle Geschichtsschreibung in Lettland über den sowjetischen Einmarsch: "Unter der Führung der KP stürzte die Arbeiterschaft Lettlands das dem Volk verhaßte bourgeoise System und begründete in einer sozialistischen Revolution die Diktatur des Proletariats."[2] In Wirklichkeit spielte die Kommunistische Partei zu dieser Zeit in Lettland überhaupt keine politische Rolle, wenn sie auch auf eine nicht unbedeutende Vergangenheit zurückblicken konnte.

Der Ursprung der KPL

Die KPL (Kommunistische Partei Lettlands) war von Anfang an aufs engste mit der sozialdemokratischen Bewegung verbunden. Am 20. Juni 1904 hatte sich eine Reihe verschiedener Sozialistengruppen, die seit 1893 aus den sogenannten "jaunstrāvnieki" ("Anhänger der neuen Strömung") herausgewachsen waren, zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands (SDAL) zusammengeschlossen. Diese war die treibende Kraft in der Revolution von 1905/06, obgleich auch Angehörige bürgerlicher politischer Gruppen, die die wichtigste Forderung der Revolutionäre nach Neuverteilung des Landes unterstützten, daran beteiligt waren.

Die Zwangsmaßnahmen und Prozesse nach der Niederwerfung der Revolution erzeugten eine extreme Stimmung, die auf dem 3. Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands (1.-2. August 1906) zur Bildung eines radikalen Flügels führte. Dieser verlangte die Vereinigung mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR). Einige Monate zuvor hatten die Menschewiki auf dem Parteikongreß in Stockholm (23.4.-8.5.1906) beschlossen, sich mit den Bolschewiken zu vereinigen. Die Gemäßigten der SDAL waren zu einer Vereinigung mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands unter der Bedingung bereit, daß ihnen ein Sitz im ZK eingeräumt und darüber hinaus noch andere weniger wichtige Forderungen erfüllt würden.

---

[2] Diese oder ähnliche Formulierungen wurden seit 1940 (vgl. Valdības Vēstnesis 26.7.1940) bis zur jüngsten Gegenwart benutzt, wobei in den letzten Jahren die Rolle eines "größeren Kreises fortschrittlicher Kräfte" stärker hervorgehoben wird.

Gegen den Einspruch Lenins[3] nahm die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands diese Forderungen an. Die SDAL hatte fortan nur noch Einfluß auf die Parteianhänger innerhalb ihres Arbeitsbereichs und nannte sich nun "Sozialdemokratie des Lettischen Gebiets" (SDLG). Bruno Kalniņš [4] stellt allerdings dazu fest, daß dieser ganze Vereinigungsakt rein formeller Natur war. Große Bedeutung hatte hingegen der Umstand, daß sich die lettischen Bolschewiken seit 1906 zu "einer Richtung formierten"[5]. Ihre Vertreter waren Jānis Lencmanis, Roberts Endrups und Maija Eliase. Der bekannte lettische Kommunistenführer Pēteris Stučka wandte sich den Bolschewisten erst ein Jahr später zu, als er nach Petersburg übergesiedelt war[6].

Die Hinwendung des radikalen Teiles der lettischen Sozialdemokraten zur bolschewistischen Richtung vollzog sich in einem "verwickelten Wachstumsprozeß", der sich unter der Leitung von Lenin und der bolschewistischen Partei vollzog[7]. Als es Lenin 1907 auf dem Parteikongreß in London gelang, die Macht im Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zu gewinnen, konnte er sich zwar u.a. auf die lettischen Delegierten stützen. Es fanden in der Sozialdemokratie Lettlands allerdings noch harte Kämpfe statt, die verhinderten, daß die Bolschewisten die Übermacht gewannen.

"Die Letten stehen im Kampf gegen ihr Zentralkomitee", schrieb Lenin 1912[8]. Die Fraktion der lettischen Bolschewisten in der Sozialdemokratischen Partei Lettlands, die auf Anregung Lenins entstanden war, stellte auf dem Brüsseler Kongreß (1914) von den 18 lettischen Delegierten nur die Hälfte, aber im ZK der SDLG gewannen sie immer größeren Einfluß. Unter ihnen ragten besonders Jānis Bērziņš-Ziemelis, Roberts Eiche und der schon genannte Jānis Lencmanis hervor.

Der Gemäßigte Jānis Jansons-Brauns erkannte allerdings, daß eine weitere Zusammenarbeit mit den Bolschewiken gefährlich sein könnte, und trat für die Gründung einer neuen Partei ein. Die übrigen Gemäßigten dagegen hofften, daß sie die klare Übermacht in der Partei wiedererlangen würden, und stimmten deshalb der Spaltung der Partei nicht zu. Dadurch blieben beide Fraktionen bis zur russischen Oktoberrevolution formell vereinigt. Seit 1914 begann der Abspaltungsprozeß. Der V. Kongreß der SDLG im Juli 1917 stand schon ganz unter dem Einfluß der Bolschewisten.

---

[3] Kalniņš, Latvijas sociāldemokratijas...S. 143
[4] Kalniņš, Latvijas socialdemokratijas...S. 143
[5] Cielēns, Laikmetu maiņa, Bd. 1, S. 255
[6] Cielēns, Laikmetu maiņa, Bd. 1, S. 255
[7] Zvaigzne 1962, H. 4
[8] Lenin, Ges.Werke, Bd. 35, S. 4

Gegen die Selbständigkeit Lettlands

Die beiden Flügel der SDLG verhielten sich gegenüber einer möglichen Selbständigkeit Lettlands verschieden. Pēteris Stučka, der zum engeren Kreis um Lenin gehörte, propagierte strengsten proletarischen Internationalismus und wandte sich gegen jede Art von "Nationalismus"[9]. Und ein anderer bedeutender Funktionär, Otto Kauliņš, äußerte am 23. Oktober 1917: "Wie, die Bolschewiken und Internationalisten, wollen keinerlei nationale Autonomie, sondern wir verteidigen nur die Interessen unserer Klasse, ungeachtet dessen, wer in Lettland lebt - Letten,Russen, Hebräer oder Samojeden." [10]

In diesem Sinne begann die SDLG um die Jahreswende von 1917 auf 1918 in Nordlettland Arbeiter- und Soldatenräte zu gründen, die die Macht übernahmen, wobei der linksgerichtete Agrarpolitiker und Theoretiker Fricis Roziņš eine wichtige Rolle spielte[11]. Infolge der Wirren des Kriegs und der Revolution und dank der Tatsache, daß auch die russischen Soldaten in Lettland ihre Stimme abgeben durften, gelang es der SDLG, im Kreis Valmiera (Wolmar) bei einer Wahl sogar 66 % aller Stimmen zu erhalten, was zwar, wie spätere Wahlen zeigten, reiner Zufall war, aber dennoch das Selbstbewußtsein der SDLG stärkte[12].

Während die bolschewistische SDLG die Selbständigkeit Lettlands ablehnte, traten die Sozialdemokraten am 17. Juli 1918 für die Unabhängigkeit ein und beschlossen auf einer Konferenz, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands in der Form, wie sie 1904 gegründet worden war, zu erneuern. Ebenso wie die bürgerlichen Parteien setzten sie sich für die Gründung der Republik Lettland ein, die am 18. November 1918 proklamiert wurde.

Stučka, der damals in Moskau gerade Volkskommissar für Justiz geworden war, lehnte die Gründung der Republik mit den Worten ab, daß "im Zeitalter des Imperialismus die Unabhängigkeit winziger Staaten nichts anderes als eine diplomatische Eulenspiegelei sei" [13].

[9] Dzērve, Pēteris Stučka, S. 100; Stučka machte sich über die nationalen Forderungen der Letten lustig und wünschte die Abtrennung Lettgallens, vgl. Dauge, Pēteris Stučkas dzīve.... S. 513 ff

[10] Nonācs, Ziemellatvija, S. 28

[11] Latv. Kom. Part. Oktobra revolucijā, S. 572 f

[12] Latv. PSR vēsture, S. 322

[13] Stučka, Pjat' mesjacev, T. 1, S. 5 f

In Moskau befanden sich zu dieser Zeit außer ihm noch Daniševskis, Lencmanis und Pētersons, also die wichtigsten Funktionäre der SDLG Lettlands. Eine mögliche Abtrennung Lettlands von Rußland beunruhigte sie alle. In der Tat geriet die SDLG durch die Staatsgründung in eine sehr gefährliche Situation. Sie wurde nicht nur von ihren Kraftquellen getrennt, sondern auch als eine Partei, die der Unabhängigkeit Lettlands feindlich gegenüberstand, zur Illegalität verurteilt. Unter diesen Umständen mußte die bisherige Taktik geändert werden.

Kurs auf eine Räteregierung

Stučka stellt in seinen Erinnerungen fest, daß sich die estnischen Bolschewisten schon während der Verhandlungen zum Waffenstillstand von Brest-Litowsk zur Gründung einer selbständigen Republik entschlossen hatten, während damals das ZK der SDLG in Moskau eine derartige Lösung ablehnte. Erst als der lettische Staat proklamiert worden war, und die Bolschewisten vor vollendeten Tatsachen standen, forderten auch sie die Gründung einer Republik, die jedoch eine sowjetische Prägung tragen sollte.

Am 13. oder 14. Dezember 1918 stimmten die "Rigaer Genossen" dem zu. So wurde beschlossen, es solle eine Sowjetregierung aus neun Personen gebildet werden, von denen sich der größere Teil in Lettland befinden müsse. Zugleich erklärten die Rigaer Bolschewisten, daß ein Aufstand vorbereitet werde. Da jedoch vor allem Waffen fehlten, forderte die SDLG lettische Schützenregimenter ("strēlnieki") an[14].

Am 14. Dezember begab sich Stučka zum Sekretär des ZK der RKP, Sverdlov, teilte ihm die Zusammensetzung der neuen Sowjetregierung von Lettland mit und lud ihn zu der in Aussicht genommenen sowjetisch-lettischen Konstituierenden Versammlung ein. Als Stučka am 20. Dezember 1918 in der Grenzstadt Valka (Walk) eintraf, wurde er dort schon von fünf anderen kommunistischen Regierungsmitgliedern erwartet. Sie hielten die erste Sitzung der Sowjetregierung in einem Eisenbahnwagen ab.

[14] Vgl. Dokumenty vnešnej politiki SSSR, Bd. 1, Dokument 444, 447;
Stučka, Pjat' mesjacev, T. 1, S. 6 ff

Am 23. Dezember 1918 unterzeichnete Lenin das Dekret über die Unabhängigkeit der Sowjetrepublik Lettland, am 25. wurde das schon am 14. in Moskau verfaßte Manifest an das lettische Volk in Riga verbreitet, und am 3. Januar 1919 trafen die Mitglieder der neuen Regierung Sowjetlettlands in Riga ein. Sie blieben hier, bis sie am 22. Mai desselben Jahres von vereinigten deutschen und lettischen Truppenteilen vertrieben wurden[15]. Im März desselben Jahres hatte die SDLG ihren Namen geändert. Von nun an hieß sie: Kommunistische Partei Lettlands (KPL). Am 13. Januar 1920 verkündete die Stučka-Regierung das Ende ihrer Tätigkeit. Die Sympathie, die die Kommunisten bei ihrer Machtübernahme bei einem Teil der lettischen Bevölkerung und einigen Minderheiten des Landes vielleicht noch genossen hatten, schwand während der fünf Monate des Sowjetregimes. Im östlichen Teil Livlands, das als traditionelle Festung der Marxisten galt, kam es sogar zu einem Auftand gegen die von der lettischen Sowjetregierung verfügte Landenteignung.

Geringer Widerhall in Lettland

Die Mitgliederzahl der SDLG stieg nur langsam: 1917 betrug sie 300, 1918 900[16]. 1919 während des Sowjetregimes wuchs sie nach Stučkas eigenen Angaben auf 8 000 an[17]. Wie aus dem Arbeitsbericht des ZK der KPL über die Zeit vom 22. Mai 1919 bis zum 1. Januar 1920 zu ersehen ist, nahm die Zahl der Parteimitglieder nach dem Abzug der Regierung aus Riga stark ab. Am 2. Juli wurden noch 2 963 Mitglieder gezählt, die aus Lettland evakuiert worden waren, am 17. August 1919 meldeten sich in Lettgallen aber nur noch 1 018 Mitglieder[18].

Dagegen wuchs die Zahl der lettischen Kommunisten in Rußland sehr schnell an. 1922 waren 2,53 % aller in der KPR (B) registrierten Parteimitglieder Letten; somit nahmen sie den vierten Platz nach den Großrussen, Ukrainern und Juden ein. Erstaunlich groß war die Zahl der Frauen unter den lettischen Kommunisten; 1922 nahmen sie den dritten Platz nach den Jüdinnen und Finninnen ein, während die Estinnen auf dem vierten, die Polinnen auf dem fünften, die Deutschen auf dem siebten, die Litauerinnen auf dem achten und Großrussinnen erst auf dem neunten Platz standen. 1927 waren die

[15] Stučka, Pjat' mesjacev, T. 1, S. 99

[16] Cīņa 22. u. 23.10.1958

[17] Stučka, Pjat' mesjacev, T. 1, S.107

[18] Latv. Kom. Part. 1918 und 1919. gadā, S. 453 ff

lettischen Kommunistinnen gleich nach den Jüdinnen sogar auf dem zweiten Platz. Der Anteil der Letten an der Bevölkerung Sowjetrußlands machte damals nur 0,09 Prozent aus[19].

Einige der nächsten Mitarbeiter Lenins, besonders in den kritischen Tagen der Revolution, waren Letten. Zu ihnen gehörten u.a. Pēteris Stučka, Fricis Roziņš, Jānis Bērziņš-Ziemelis, Jānis Lencmanis, Roberts Eiche, Kārlis Pētersons, J. Hermanis. Sogar Lenins Leibgarde wurde von Letten gebildet. Außer den bereits genannten Mitarbeitern, von denen mehrere bereits seit dem Londoner Parteikongreß (1907) Lenin und dem bolschewistischen Flügel nahestanden, traten noch andere hervor. Es waren vor allem Jānis Rudzutaks, Vitalijs Mežlauks, Jūlijs Daniševskis, Jānis Lepse und Jānis Tuntulis. Sie hatten einen recht großen Einfluß in der Partei. Auch unter den Sowjetdiplomaten der ersten Jahre fand man marxistisch gesinnte Angehörige der lettischen Intelligenz.

In der Armee spielten Letten eine große Rolle. Roberts Eidemanis (geb. 1895), der erst 1917 zum Kommunismus gefunden hatte, führte die erfolgreichen Kämpfe gegen die tschechischen Legionäre in Omsk, ein Jahr später stand er als Divisionskommandeur Krasnov, Denikin und schließlich als Armeekommandeur Wrangel gegenüber. Von 1925 bis 1932 leitete er die Kriegsakademie in Moskau[20].

Noch größere Bedeutung in der Roten Armee hatte Jukums Vācietis (geb. 1873). Während des 1. Weltkrieges führte er eines der lettischen Schützenregimenter im Kampf gegen die deutsche Kurlandfront. Da er zusammen mit seinen Regimentssoldaten später nach Rußland abzog, wurde er in den Strudel der Oktoberrevolution hineingezogen und avancierte unter den neuen Herren. Nachdem er bereits am 10. Juli 1918 Oberbefehlshaber der ganzen sowjetischen Ostfront geworden war, bewährte er sich so, daß er zwei Monate später (4.9.1918) zum Oberbefehlshaber der ganzen Roten Armee ernannt wurde. Auch nachdem er am 8.7.1919 von diesem Posten abberufen wurde, bekleidete er verschiedene wichtige Ämter[21].

Ferner sind zu nennen Jēkabs Alksnis (geb. 1897), der 1931 zum Chef der Luftwaffe der Roten Armee und 1937 zum stellvertretenden Volkskommissar

---

[19] Fainsod, How Russia is Ruled, S. 218 f; vgl. hierzu Kolarz, Russia and her colonies; Latvju enciklopēdija Sp. 1911

[20] Latviešu literaturas vēsture, Bd. 5, S. 465 f.

[21] Germanis, Uldis in Latvju enciklopēdija, papildinajumi S. 201

für Verteidigung ernannt wurde[22], sowie Ikars Smilga (geb. 1892), der, obwohl selbst Zivilist und durchaus kein alter Parteigenosse, es als Mitarbeiter Leo Trotzkis verstand, ehemalige zaristische Offiziere für den Aufbau der Roten Armee heranzuziehen[23].

Auch in der Tscheka wirkten einige Letten (Lācis, Peters, Zirnis) in leitender Position mit. Einen besonderen Hinweis verdient Jānis Bērziņš, der Chef des sowjetischen Abwehrdienstes[24]. Als Mitarbeiter Lenins aber errang vor allem Pēteris Stučka (1865-1932) große Bedeutung. Er hatte in St. Petersburg Jurisprudenz studiert, war Anwalt, zunächst in Riga und seit 1907 in St. Petersburg. Unmittelbar nach der Oktoberrevolution wurde ihm das Amt des Volkskommissars für Justiz übertragen, dann war er Chef der Sowjetregierung in Lettland. Nach dem Mißerfolg wurde er zwar nur noch stellvertretender Volkskommissar für Justiz, zugleich aber auch Vorsitzender des Obersten Gerichtshofes der SU. Stučka war Direktor des Institutes für Sowjetrecht, Leiter der Rechtsabteilung der Parteiakademie, Inhaber des Lehrstuhles für Zivilrecht an der Moskauer Staatsuniversität, Vorsitzender der Kontrollkommission der Komintern, Redaktionsmitglied der "Pravda" sowie Mitverfasser der ersten Sowjetverfassung, Herausgeber der ersten Enzyklopädie für Staats- und Sowjetrecht und Autor von etwa 150 Büchern.

Schließlich seien noch Vilis Knoriņš (geb. 1890), der die kurze Geschichte der KPdSU redigierte, die Schriftsteller Linards Laicens (geb. 1883) und Haralds Krūmins (geb. 1894) (als Redakteur der"Narodnoe chozjajstvo", "Ėkonomičeskaja Žizn'", "Pravda", "Izvestija" und seit 1930 "Problemy ėkonomiki") genannt. Im wirtschaftlichen Aufbau der SU spielten Eduards Bērziņš als Gründer des "Dalstroj", eines Mammutunternehmens im Fernen Osten, und eine Reihe anderer sowjetlettischer Verwaltungsleute eine hervorragende Rolle.

---

[22] Cīņa 6.8.1962, 27.1.1962

[23] Bergmann, Smilga, Trotzkij, Die russische sozialistische.... S. 62 ff

[24] J. Erickson ("The Soviet High Command") nennt folgende sowjetische Militärs lettischer Nationalität: J. Alksnis, R. Eidemanis, K. Pētersons, J. Bērziņš (nicht zu verwechseln mit Jānis Bērziņš-Ziemelis!), R. Bērziņš, J. Vācietis, J. Daniševskis, R. Eihe, B. Feldmans, Fridrisons, Indriksons, A. Lapiņš, I. Ozoliņš, J. Rudzutaks, J. Smilga.
A. Antonov ("Boevoj vosemnadcatyj god") nennt außerdem: P. Slavens, J. Blumbergs, V. Mežlauks, A. Daumants, V. Azins.
Nachzutragen wären: Jānis Fabriciuss, dem unlängst in Riga ein Denkmal gesetzt wurde, und der "Held von Jakutien" Ivans (Jānis) Strods.

Bis in die Mitte der dreißiger Jahre hatten lettische Funktionäre in der Sowjetunion erheblichen Einfluß. In der "großen Säuberung" (1936-1938) wurden ihre Reihen stark gelichtet. Bruno Kalniņš schätzt[25], daß während dieser Zeit etwa 80 % der lettischen Funktionäre der KPR (B) "liquidiert" wurden. In der nachstalinschen Zeit wurden viele von ihnen rehabilitiert, darunter Rudzutaks, Bērziņš-Ziemelis, Lencmanis, Knoriņš, Dērmanis, Laicens, Alksnis, Eidemanis, Vācietis, Eiche und Beika.

Im Untergrund

Neben diesem bedeutenden Beitrag lettischer Kommunisten zum Aufbau der Sowjetunion nimmt sich die Tätigkeit der Kommunisten im selbständigen Lettland mehr als bescheiden aus. Bis zum Februar 1920 waren die lettischen Kommunisten Mitglieder der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) Rußlands. Nachdem der Versuch, in Lettland das Sowjetsystem einzuführen, gescheitert war, wurde die KP Lettlands als eigene Sektion zur Kommunistischen Internationale zugelassen[26].

Nach dem Sturz der Sowjetmacht in Lettland mußte die KPL in die Illegalität gehen. Am 17. Januar 1920 wurde beschlossen, für den Fall, daß das illegale ZK an der Arbeit gehindert würde, ein russisches Büro des ZK der KPL mit 5 Mitgliedern zu gründen. Eine Woche später, am 25. Januar entstand ferner das Auslandsbüro ("Latsektion") des ZK der KPL. Dieses war durch die Zugehörigkeit zur III. Internationale notwendig geworden[27]. Die "Latsektion" entwickelte bis zu den "Säuberungen" in den Jahren 1936 -1938 eine rege politische und publizistische Tätigkeit. Ihr Verlag "Prometejs" gab Arbeiten lettischer Sowjetschriftsteller und die Zeitschrift "Cīnas Biedrs" (Kampfgenosse) heraus.

In Moskau wurden auch die Propagandisten und Agenten für kommunistische Propaganda in Lettland ausgebildet[28]. 1923 und 1931 hielt die KPL ihre

---

[25] Latvju enciklopedija Sp. 288

[26] Latvijas PSR vēsture, S. 372; vgl. hierzu Latv. Kom. Part. 1918 und 1919 gadā, S. 283 und S. 453 ff
Am 13. Januar 1920 verkündete die Regierung Stučka: "Die Sowjetregierung Lettlands übergibt hiermit dem neuen ZK der KPL alle Macht bis zu einem neuen Kongreß der KPL und dem nächsten Rätekongreß in Lettland. Bis dahin ist das ZK der KPL der einzige souveräne, auf der festen Grundlage der Revolutionsgesetze ruhende Träger der Macht in Lettland." (Dokument Nr. 201)

[27] Latv. Kom. Part 1918 und 1919, gadā, Dokumente Nr. 202, 203

[28] Latvju enciklopedija Sp. 287 f

Parteikongresse in Moskau ab, zu denen auch kommunistische Aktivisten aus Lettland als Delegierte kamen. Die illegale KPL wurde von Funktionären geleitet, die in Moskau geschult und Bürger der Sowjetunion waren. Trotz großer materieller Unterstützung konnten sie den politischen Einfluß der lettischen Kommunisten im selbständigen Lettland nicht vergrößern. Der Einfluß der Kommunisten blieb auch gering, als sich die Kommunisten 1928 unter anderem Namen wieder an den lettischen Parlamentswahlen beteiligen konnten: Sie erhielten nur 8 Prozent der Stimmen. Bei den Parlamentswahlen von 1931 waren es sogar nur 7,2 Prozent[29]. Die Mitgliederzahl der KPL wurde fortan immer kleiner; 1940 kurz vor dem Einrücken der Roten Armee betrug sie nur noch 230[30].

Die kommunistische Aktivität im Untergrund ging weitgehend von den in Moskau geschulten Agenten aus, die in ihren Praktiken nicht gerade zimperlich waren. Nach sowjetischen Quellen wurden in den zweiundzwanzig Jahren der Selbständigkeit Lettlands 109 Prozesse gegen 561 Kommunisten geführt[31]. Die Zeitung "Cīna" (Kampf), die von 1917 an Sprachrohr der Kommunisten wurde, verbreitete illegale Aufrufe in lettischer, russischer, jiddischer und anderen Sprachen, da die KPL hoffte, Einfluß unter den Minderheiten zu gewinnen[32]. Besondere Sorgfalt verwandte die KPL auf die Unterwanderung der Gewerkschaften. In einigen von ihnen gewann sie auch durch ihre "linken Gewerkschafter" erheblichen Einfluß. Diese gaben legale Zeitschriften meist in russischer Sprache heraus, da sie sich vor allem an den russischen Bevölkerungsteil wandten. "Rabočij golos" (Riga seit 1926), "Golos truda" und andere Zeitschriften verbreiteten in vorsichtiger Form kommunistisches Gedankengut[33].

In den Städten oder Stadtteilen mit vielen russischen Einwohnern, wurden Organisationen gegründet, die sich als russische "Kulturvereine" tarnten[34]. Agitationsmaterial sollte auch in den Kasernen verbreitet werden[35]. Die KPL organisierte außerdem Demonstrationen von Arbeitslosen und versuchte

[29] Latvijas Saeimas stenogrammas 1928, 1929; vgl. Latviešu konversācijas vardnīca, Bd. 11, Sp. 21 000

[30] Kalniņš, Latvijas sociāldemokratijas...S. 227; vgl. Latvju enciklopēdija H. 3, Sp. 288; Hazners, V., Who is Power in Latvija, in: Baltic Review, 1962, Nr. 24

[31] K. Bergs in Radio Riga vom 3.3.1958, wiedergegeben in Okupētā Latvija Nr. 45, S. 13

[32] Rapoport, Budni podpolja S. 18

[33] Rapoport, Budni podpolja S. 16, S. 48

[34] Rapoport, Budni podpolja S. 7

[35] Rapoport, Budni podpolja S. 52 f

an bestimmten Tagen (am 3. Januar, dem Gedenktag für die Einrichtung des Sowjetregimes in Lettland im Jahr 1919, am 1. Mai und am Tag der Oktoberrevolution) die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Vor allem bei der Organisation von Streiks versuchten die Kommunisten, eine gemeinsame Front mit den Sozialdemokraten und nichtorganisierten Arbeitern zu bilden. Das gelang ihnen auch etwa am 18. Oktober 1928 in Riga unter dem Eindruck wirtschaftlicher Krisenerscheinungen[36]. In Wirklichkeit kämpfte aber die KPL gegen die Sozialdemokratische Partei Lettlands (SDP) und scheute dabei auch nicht vor Gewalttaten zurück[37].

Im Lettischen Volksrat, dem Vorparlament der Republik Lettland, waren die Kommunisten nicht vertreten. Freilich erklärte Vilis Dērmanis, der in Valka (Walk) 1920 als Vertreter der SDP Lettlands in die Konstituante gewählt worden war, seinen Austritt aus dieser Partei und nannte sich fortan einen "unabhängigen Vertreter der Arbeiterschaft". Angeblich geschah das mit Wissen der KPL[38].

Zu den beiden ersten Parlamentswahlen wurden die Kommunisten nicht zugelassen. In den Wahlen zum dritten Parlament errang die prokommunistische Liste der "Linken Arbeiter- und Bauernschaft" sechs von insgesamt 100 Sitzen. Unter diesen Abgeordneten befand sich allerdings auch ein Agent der politischen Polizei. Ihre Fraktion im lettischen Parlament "wurde zum Mittelpunkt der legalen Arbeit der KP", aber sie konnte "die staatsbürgerliche Gemeinschaft und Staatsordnung Lettlands natürlich in keiner Weise bedrohen"[39]. Im Schutz ihrer Immunität organisierten die prokommunistischen Parlamentsabgeordneten Arbeitertreffen, Streiks und Demonstrationen und gaben Zeitschriften (u.a. "Darbs un Maize", d.h. "Arbeit und Brot") heraus, jedoch ohne großen Erfolg, so daß sich die Unzufriedenheit der KPL-Führung vor allem gegen den Fraktionsführer, Linards Laicens,[40] richtete.

---

[36] Latvijas PSR vēsture, S. 390

[37] Kalniņš, Latvijas sociāldemokratijas...S. 230

[38] Karogs 1960, H. 5, S. 123 ff
Dērmanis wurde 1922 nach Aufhebung seiner Immunität wegen krimineller Handlungen im Zusammenhang mit seiner kommunistischen Tätigkeit zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, dann aber gegen politische Gefangene in der UdSSR ausgetauscht. 1937 wurde Dērmanis in der Sowjetunion "liquidiert".

[39] Cielēns, Laikmetu maiņā, Bd. 2, S. 406

[40] Der Schriftsteller Linards Laicens wechselte 1917 von der Nationaldemokratischen Partei zu den Kommunisten über. Nachdem ihm von der Parteiführung mangelnde Initiative während seiner parlamentarischen Tätigkeit und "bürgerliche Abweichungen"

An den vierten Parlamentswahlen (1931) beteiligte sich die KPL aus taktischen Gründen mit zwei Wahllisten, und zwar mit der Liste für die "Linke Arbeiter- und werktätige Bauernschaft" und mit der für die "Werktätigen und minderbemittelten Bauern". Über beide Listen wurden zusammen sieben Abgeordnete gewählt, die sich noch weiter vorwagten als in der vorherigen Legislaturperiode und sogar auf Geheiß Moskaus im Namen ihrer Partei ankündigten, daß "im Falle eines Krieges gegen die Sowjetunion die Arbeiterschaft Lettlands den ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt verteidigen würde". Am 22. November 1933 beschloß das lettländische Parlament, die prokommunistischen Fraktionen wegen staatsfeindlicher Tätigkeit aufzulösen. Zugleich wurde eine Reihe von Kommunisten verhaftet[41].

In den Stadträten waren die Kommunisten wegen ihrer elastischen Taktik etwas erfolgreicher. 1928 errang die Liste des "Zentralen Büros der Gewerkschaften" bei den Wahlen zum Rigaer Stadtrat neun Sitze, d.h. genau 10 %. Sie bildete damit nach den Sozialdemokraten mit 29 Stadträten und der deutschen Fraktion mit 13 Stadträten die drittstärkste Fraktion. Ihren größten Erfolg konnten die Kommunisten mit ihrer "Vereinigten Arbeiterliste" 1929 bei den Wahlen für die Selbstverwaltung der Stadt Krāslava (Kraslau) verbuchen. Von den 20 Stadträten stellte sie fünf, d.h. 25 %. Kraslava hatte damals 4 000 Einwohner, von denen 34 % Juden, 33 % Letten, 15 % Polen und 15 % Russen waren[42].

Die Lage nach der Besetzung des Landes durch die Sowjetunion

Die offizielle Kommunistische Geschichtsschreibung sagt heute, 1940 habe "die von der KP geführte Volksfront eine volksdemokratische Regierung gefordert"[43]. Tatsächlich war während der Diktatur von Kārlis Ulmanis (1934-1940) eine gewisse Aktionsgemeinschaft mit einzelnen sozialdemokratischen Gruppen entstanden, die jedoch den Einflußbereich der Kommunisten nicht

vorgeworfen worden waren, zog er sich aus der Arbeit der Fraktion zurück und begab sich mit seiner Familie nach Berlin. Darauf erzwang die KPL seinen Rücktritt als Abgeordneter. Auch weil ihm in Lettland ein Prozeß wegen Veröffentlichung staatsfeindlicher Schriften drohte, begab sich Laicens 1932 nach Moskau. 1938 wurde er im Zuge der "Säuberungen" zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt, starb aber unerwartet noch im selben Jahr. (Bērsons, Latviešu padomju rakstnieki S. 279; Latvju enciklopēdija Sp. 1210)

[41] Spekke, History of Latvia, S. 374; vgl. hierzu Cīņa 6.3.1957

[42] Latgales komūnisti, S. 180

[43] Latvijas PSR vēsture, S. 428

erheblich ausweitete. Selbst nach dem Geheimvertrag zwischen Hitler und Stalin und nach der Besetzung der militärischen Stützpunkte durch die Sowjettruppen konnte die KPL praktisch keine wirksame Untergrundtätigkeit entfalten. Das änderte sich erst, als die Sowjetregierung am 16. Juni 1940 ein Ultimatum gestellt und die Rote Armee am 17. Juni die Grenzen Lettlands überschritten hatte[44]. Aber auch dann trugen die Aktionen der KPL den Stempel des Zufälligen. Die führenden Kommunisten in Riga waren z.B. am Morgen des 17. Juni 1940 lediglich über den Einmarsch der Roten Armee in Litauen informiert. Vom Erscheinen sowjetischer Panzer in der Nähe des Rigaer Hauptbahnhofs hörten sie zufällig[45]. Ähnlich war es in Daugavpils (Dünaburg)[46].

In Moskau rechnete man also offenbar gar nicht mit der KP Lettlands. Andererseits offenbarte sich deren vollständige Abhängigkeit von Moskau in einem kleinen Ereignis am Rande des Geschehens. Als am 21. Juni 1940 auf Grund des Amnestiegesetzes die 250 Funktionäre, die sich wegen kommunistischer Wühlarbeit in Haft befanden, entlassen wurden, organisierte die KPL ihnen zu Ehren einen Marsch durch Riga. Die Demonstranten begaben sich zuerst zum Botschafter der Sowjetunion, V. Derevjanskij, dann zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Andrej Vyšinskij, und erst danach zum neuernannten Ministerpräsidenten Prof. Augusts Kirchenšteins[47].

Am 21. Juni wurde die Kommunistische Partei Lettlands wieder zugelassen, hörte aber zugleich als wenigstens nominell selbständige Organisation zu bestehen auf. Sie wurde in die KPR (B) eingegliedert und ist seither nach den Statuten der KPdSU eine lokale Organisation der KPdSU. Bis zum Einmarsch deutscher Truppen im Sommer 1941 spielte sie als Agentur Moskau eine recht klägliche Rolle.

---

[44] Istorija Latvijskoj SSR, Bd. 3, S. 464 ff

[45] Rapoport, Budni podpolja S. 301 ff

[46] Latgales komūnisti, S. 402

[47] Lt. LTA (Latvijas Telegrāfu Agentūra) vom 22.6.1940

Der neue Staat

Die neue Regierung Kirchenšteins erklärte schon in ihrer ersten Verlautbarung vom 21. Juni 1940, sie wolle für enge Verbindungen zwischen Lettland und der Sowjetunion sorgen[48]. Außerdem wurde "eine Verfassung der Republik Lettland gemäß dem wahren Volkswillen" angekündigt, womit die Angleichung an die Verfassung der UdSSR gemeint war[49]. Am 5. Juli 1940 nahm die "Volksregierung" das Gesetz über die Wahlen zum "Volksparlament" Lettlands an. Die Kommunistische Partei bildete auf Anweisung Moskaus mit den Sozialdemokraten einen "Block der Werktätigen". Ein ad hoc gebildeter "Bürgerblock" reichte zugleich eine Wahlliste ein, welcher der Sonderbeauftragte Vyšinskij zunächst zustimmte, der er aber bald - nach neuen Anweisungen aus Moskau - unüberwindliche Hindernisse in den Weg legte, so daß praktisch nur die kommunistische Einheitsliste "gewählt" werden konnte. Von Moskau kam auch die Weisung, daß die Presse der KP Lettlands unmittelbar nach den "Wahlen" vom 14. und 15. Juli die Umwandlung Lettlands in eine Unionsrepublik verlangen solle[50].

Das "Volksparlament" trat am 21. Juli 1940 zusammen. In der am gleichen Tag angenommenen Erklärung[51] über die Staatsgewalt heißt es, allein das neue Parlament könne mit vollem Recht den Willen des lettischen Volkes aussprechen und es sehe es als seine erste Pflicht an, die Frage des Charakters der Staatsgewalt in Lettland zu lösen. Wörtlich heißt es in dieser Erklärung: "Indem es den Willen des ganzen Volkes des freien Lettland ausdrückt, verkündet das Parlament feierlich die Errichtung der Sowjetmacht auf dem ganzen Gebiet Lettlands. Mit der Annahme dieser Erklärung durch das Parlament wird Lettland zur sozialistischen Sowjetrepublik erklärt. Dieser Beschluß des Parlaments tritt sofort in Kraft. Von diesem Tage an ist die gesamte Macht in der Sozialistischen Sowjetrepublik Lettland in den Händen der Werktätigen der Städte und des Landes, die von den Sowjets der Arbeiterdeputierten vertreten werden".

Schon einen Monat später, am 25. August 1940, wurde die Verfassung der Sozialistischen Sowjetrepublik Lettland in Kraft gesetzt, die seither oft

---

[48] Valdības Vēstnesis, 22.6.1940; auch in Sociālistiskās revolūcijas uzvara, S. 50 f

[49] In "Padomju varas konstitucionālie akti Latvijā" wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine derartige Deklaration zu den Urkunden der Verfassung gehöre.

[50] Vgl. Cīņa 1940, Nr. 33, Nr. 35

[51] Valdības Vēstnesis, 26.7.1940

und entscheidend verändert worden ist. Zum Teil geschah das, weil die erste Fassung - wie es hieß - für die Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus ausgearbeitet worden war[52]. Diese Veränderungen wurden im Zusammenhang mit der Kollektivierung der Landwirtschaft, der Ausschaltung des Handwerks und der sonstigen kleinen selbständigen Gewerbebetriebe notwendig. Zum Teil waren die Veränderungen durch die Umwandlung des Verwaltungsapparates in der Sowjetunion (Einführung und Abschaffung von Ministerien, Komitees, des Volkswirtschaftsrates usw.) bedingt.

Verfassungsänderungen werden vom Obersten Sowjet beschlossen. Bisher sind Anträge immer einstimmig angenommen worden. Schon dadurch wird der fiktive Charakter der Verfassung angedeutet. Besonders deutlich wird er im Art. 15, Teil 2, der das Recht der SSR Lettland, aus der Sowjetunion auszutreten, vorsieht. Der Staatsaufbau, die Rolle des Obersten Sowjets und das Einparteiensystem lassen allerdings keine praktische Möglichkeit für die Wahrnehmung dieses Rechtes zu.

Von sowjetischer Seite wird immer wieder die "Souveränität" der Unionsrepubliken hervorgehoben. Es gibt eine umfangreiche Literatur zu dieser Frage. Dabei wird stets betont, diese "Souveränität" sei nicht nur"formal", sondern "real"[53], was aber bedeuten soll, daß in unserem Fall die Souveränität Sowjetlettlands in seiner "Unabhängigkeit von der imperialistischen Welt" begründet ist.

Die "Volkssouveränität"[54] wird sowjetischerseits als Grundsatz der sozialistischen Demokratie bezeichnet[55]. In Artikel 13 der Verfassung Sowjetlettlands heißt es, daß "abgesehen von den Einschränkungen des Artikels 14 der Konstitution der UdSSR, die Staatsgewalt der lettischen Sowjetrepublik unabhängig ausgeübt wird. Die souveränen Rechte werden von ihr in vollem Umfang beibehalten"[56]. In Wirklichkeit zeigt Sowjetlettland als föderatives Glied der Sowjetunion aber nicht einmal die Ansätze einer echten Selbständigkeit.

---

[52] Birziņa, L., Latvijas PSR vietējie valsts organi, in: Latvijas PSR Zinātņu Akadēmijas Vēstnis, 1960, Nr. 2, S. 19 f

[53] Padomju varas konstitucionālie akti, S. 34

[54] Im Staatsrecht der Sowjetunion werden die Begriffe "Staatssouveränität" und "Volkssouveränität" unterschieden, vgl. hierzu L. Schultz in "Osteuropa-Recht", 1955, Dezember S.105

[55] Vgl. Birziņa, Latvijas PSR vietējie valsts organi; Tille, in Sovetskoe Gosudarstvo i Pravo, 1955, Nr. 5, S. 17 ff; Padomju varas konstitucionālie akti, S. 36

[56] Vgl. Redslob, Abhängige Länder, S. 1-64; Šilde, Die baltischen Sowjetrepubliken in ihren 20 ruhmreichen Jahren (Rezension) in:

Der Weg Lettlands zur Sozialistischen Sowjetrepublik als Bestandteil der UdSSR verlief nach Ansicht sowjetischer Staatsrechtler in mehreren Etappen[57]. Die ersten drei Tage nach dem Einmarsch der Sowjettruppen am 17. Juni 1940 werden nicht genauer definiert. Dann folgen 31 Tage als "Volksdemokratie", die mit der Einsetzung der "Volksregierung" Kirchenšteins durch den Sonderbevollmächtigten Vyšinskij beginnt und mit dem Zusammentritt des am 14. und 15. Juni gewählten "Volksparlaments" am 21. Juni 1940 endet. In diesen 31 Tagen hatte die Regierung die Funktionen sowohl eines Gesetzgebungsorgans als auch eines Ministerrats. Der Zeitabschnitt der "Volksdemokratie" wird als Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus definiert[58].

Mit dem Zusammentritt des "Volksparlaments" (Tautas Saeima) sei, so wird gesagt, Lettland in die zweite Etappe eingetreten. Erst jetzt sei die Sowjetmacht verwirklicht worden[59]. Der damals amtierende Ministerpräsident Kirchenšteins wurde nun Staatspräsident. Am 25. August, als die Verfassung in Kraft trat[60], wurde das "Volksparlament" in einen vorläufigen Obersten Sowjet umgebildet, neben dem der Ministerrat fungierte. Kirchenšteins wurde zum ersten Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets ernannt, da das Amt eines Staatspräsidenten fortan nicht mehr bestand.

Lettland war als Staat am 18. November 1918 gegründet und dann allgemein anerkannt worden. Auch die Sowjetunion hatte das getan. Wenn sie jetzt das Land okkupierte, so war sie eine Besatzungsmacht und hatte gemäß der Haager Landkriegsordnung nicht das Recht, die Staatsform Lettlands zu ändern[61]. Der Staat Lettland ist also immer noch Rechtssubjekt und wird bis heute von demokratischen Großmächten anerkannt[62].

Baltisches Recht, Bd. 1, H. 1, 1962, S. 17 ff

[57] Es sei darauf verwiesen, daß bei der Deutung dieser Ereignisse zeitbedingte Unterschiede bestehen (vgl. Lothar Schultz in: Commentationes Balticae Bd. 6, 7, S. 301 f), die jedoch hier nicht ins Gewicht fallen.

[58] Birziņa, Latvijas PSR vietējie valsts organi, S. 19 f

[59] Tille

[60] Vgl. Trajnin, Respublika sovetov i parlamentarskaja demokratičeskaja respublika, in: Sov. Gus. i Pravo 1940, Nr. 7, S. 1

[61] Vgl. Haager Landkriegsordnung, Art. 43 und 46

[62] Vgl. Meissner, Die Sowjetunion, die Baltischen Staaten...S. 291 ff, S. 305

Folgt man der sowjetischen Fiktion, so stellt man fest, daß schon in der Etappe der "Volksdemokratie" einige wichtige Gesetze zur Festigung der Macht erlassen wurden, so die Gesetze über die Arbeiterkomitees, über die politischen Funktionäre in der Armee und über die Bekämpfung staatsfeindlicher Handlungen. Die entscheidenden Gesetze auf dem Gebiet der Wirtschaft jedoch wurden unmittelbar nach dem Zusammentritt des Volksparlaments erlassen, und zwar schon am 22. Juli 1940 die Deklaration, die den Grund und Boden zum Volkseigentum erklärte, am 25. Juli des gleichen Jahres das Gesetz über die Nationalisierung der Banken und großen Industrieunternehmen und am 28. September der Erlaß über die Nationalisierung der Handelsunternehmen[63].

Der Beachtung wert ist vor allem das Verhalten der neuen Machthaber gegenüber den Bauern. Die Kommunistische Partei war sich darüber im Klaren, daß durch rigorose Maßnahmen zu diesem Zeitpunkt in der Bauernschaft nicht eine gefährliche Verzweiflung hervorgerufen werden dürfe[63a]. Aus taktischen Gründen erklärte deswegen Vyšinskij und seine nächsten Mitarbeiter kurz nach dem Einmarsch der Sowjettruppen, daß die wirtschaftliche Neuordnung die Grundlage des privatwirtschaftlichen Systems nicht verletzen werde und daß die Bauern bis zu 30 ha Land und daß die kleineren Unternehmer ihre Geschäfte behalten dürften[64]. In Lettland gab es nach der Agrarreform vom 16. September 1920 vor allem kleinere bis mittlere Einzelhöfe. 70 % von ihnen umfaßten 1935 20 ha oder weniger. So betraf die Erklärung des Bodens zum "Volkseigentum" (22. Juli 1940), in der vorgesehen wurde, daß Landbesitz, der über die Norm von 30 ha hinausginge, und daß der Landbesitz der Kirchengemeinden dem neugegründeten staatlichen Landfonds zuzuteilen sei, nur eine verhältnismäßig kleine Gruppe. Die Verfügung, daß aus diesem Fonds neue Höfe von 10 ha zu bilden seien, konnte sogar manchen landlosen Bauern reizen.

Noch in der zweiten Hälfte des gleichen Jahres wurden 52 000 Kleinhöfe (524 517 ha) an landlose Bauern übergeben, zudem wurden 23 000 Kleinbauern

[63] Vgl. Padomju varas konstitucionālie akti, Dokumente Nr.100, 101, 110 und Nr. 120

[63a] Der Landbesitz war auch für die Kommunisten im selbständigen Lettland ein heikles Thema; vgl. hierzu: K. Soms, LKP agrārpolitikas un agrārprogrammas jautājumi; J. Kalniņš, Latvijas Komunistikas Partijas ekonomiskā platforma; J. Kalnbērziņš, Piezimes par LKP 1919 g. kļūdām

[64] Vgl. Bokalders, Latvijas ekonomiski- geografiskie pamati S. 176

kleinere Landstreifen (72 554 ha) zugeteilt. Nach sowjetischen Berechnungen bekamen auf diese Weise 300 000 Einwohner[65] (d.h. die neuen Landbesitzer zusammen mit ihren Familien) die Möglichkeit, Land in eigener Verantwortung zu bearbeiten. Das Land war "Volkseigentum", der Boden den Bauern zur "ewigen Nutzung" überlassen[66].

Anfang 1940 sprach sich die KP Lettlands in der damals noch illegalen "Cīņa" sogar gegen jede Einschränkung der bäuerlichen Rechte und gegen "eine Kollektivierung gegen ihren Willen" aus[67]. Trotzdem wurde aber schon am 15. Juni 1941 in Žuguri (Bezirk Augšpils) die erste Kolchose gegründet[68]. Diese Entwicklung wurde allerdings durch den Krieg zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich unterbrochen.

Größe der Bauernhöfe in Lettland nach der Hofzählung von 1935

Größe der Höfe in ha	Zahl der Höfe in absol. Zahlen	in %	Gesamtfläche in 1000 ha	in %
Bis 1 ha	44,1	16	13,7	-
1 - 2 ha	11,6	4	17,7	1
2 -10 ha	67,0	25	415,7	9
10 -20 ha	77,8	28	1162,5	26
20 -30 ha	35,4	13	844,4	19
30 -50 ha	24,3	9	948,5	21
50-100 ha	14,4	5	936,8	21
Über 100 ha	1,1	-	147,0	3
Insgesamt :	275,7	100	4487,0	100

[65] Vgl. Latvijas PSR vēsture, S. 438 f

[66] Vgl. Padomju varas konstitucionālie akti S. 235

[67] Cīņa 27.1.1940

[68] Ceichners, Was Europa drohte, S. 400 ff;
Vanags, Boļševiku jūgā, S. 84

Erste Repressalien

Der Einmarsch der Roten Armee am 17. Juni 1940 überraschte das lettische Volk[69]. Es hatte die eigentliche Gefahr nicht im Osten, sondern im Westen gesehen. Die Furcht vor einer deutsche Aggression verband sich mit der Abneigung vor allem der älteren Generation gegen die ehemalige Herrschaft der deutschen Oberschicht. Noch am 15. Juni 1940 sagte der Staats- und Ministerpräsident Kārlis Ulmanis zu einer Lehrerdelegation, die "Okkupation Lettlands durch die Deutschen" würde das ganze lettische Volk vernichten, unter den Bolschewiken würden jedoch nur einzelne Bürger zugrundegehen oder verschickt werden[70]. Besonders unter der älteren Generation kursierte das Schlagwort: "Lieber die Russen als die Deutschen".

Wie sehr das Mißtrauen vieler Letten, besonders der jüngeren Generation, gegenüber den Sowjets berechtigt war, zeigten die kommenden Ereignisse. Schon am 11. Oktober, mehr als acht Monate vor der Okkupation des Landes, hatte der stellvertretende Volkskommissar für Staatssicherheit, Serov, den Geheimbefehl Nr. 00 1223, der auch die Zwangsdeportation von Angehörigen der Baltischen Völker vorsah, unterzeichnet. Nach ihm sollten "antisowjetische Elemente" in besondere Lager und ihre Familien in "bestimmte Ansiedlungsgebiete jenseits des Urals" verschickt werden. Da dieses unabhängig davon, ob die Sowjetmacht in den baltischen Ländern auf Widerstand stoßen würde, als politische Repressalien geplant und ausgeführt wurde, sind die Merkmale des Völkermordes ("genocide") gegeben[71].

Im Sommer 1940 nach Besetzung des Landes durch deutsche Truppen stellte das lettische Rote Kreuz fest, daß nach dem Einrücken der Roten Armee 35 828 Personen oder 1,75 % der Einwohner deportiert oder getötet worden waren. 16 200 Namen hatten auf den Deportationslisten gestanden, 15 081 Personen wurden abtransportiert, unter ihnen 3 332 Kinder unter 16 Jahren, von denen wiederum 291 jünger als ein Jahr waren. Diese Transporte sollten

---

[69] Latvju enciklopēdija, Sp. 2010 f

[70] Vanags, Boļševiku jūgā, S. 40

[71] Vgl. u.a. Report of the Ad Hoc Committee, S. 426-528.
Das hier vorgelegte reiche Material wird in diesem Report unter der Voraussetzung ausgewertet, daß die Massendeportationen als politisches Druckmittel und als Strafe für politische Meinungsäußerungen und Taten erfolgten, was jedoch für die Deportationen der Angehörigen der baltischen Völker nur in bedingtem Umfang zutrifft.
Vgl. ferner: Dallin, Verbrechen und Strafrechtssystem in Handbuch des Weltkommunismus, S. 348 ff; Dallin and Nicolaevsky, Forced labour in Soviet Russia; Genocide in the USSR,

nur der Anfang sein. Die nächste Gruppe sollte am 27. und 28. Juni deportiert werden. Dem kam der Ausbruch des Krieges mit Deutschland zuvor[72]. Die Sowjets konnten auf ihrem Rückzug weitere 13 077 Personen aus Lettland deportieren. Aus den Gefängnissen wurden 6 182 Personen mitgeführt; und in Massengräbern bei Riga und in anderen Teilen Lettlands fand man 1 488 Ermordete[73].

Die Deportationen betrafen vor allem Bauern, Beamte, Angehörige der Intelligenz, Soldaten und Polizeiangestellte (einschließlich der demobilisierten und vom Dienst befreiten), nichtkommunistische Arbeiter und Bedienstete, Jugendliche. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Deportierten ist der Anteil einzelner Berufsgruppen, wie z.B. der Pfarrer, der Gerichtsangestellten, der politisch profilierten Personen und Journalisten nicht sehr groß, obgleich ein besonders hoher Prozentsatz dieser Berufsgruppen von den Repressalien betroffen war. Nicht immer war die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgruppe ausschlaggebend, zuweilen wurden die Betroffenen wegen ihrer Zugehörigkeit zu irgendeiner Organisation auf die Listen gesetzt, z.B. zu nationalen oder internationalen Organisationen.

Angehörige der "aizsargi" (Schutzwehr), aktive Mitglieder der nichtkommunistischen Parteien, Mitglieder der farbentragenden Studentenverbindungen usw. waren ebenso stark gefährdet wie die Mitglieder der Scout-Organisationen, der YMCA/YWCA, des PEN-Clubs usw. Auch die leitenden Mitarbeiter des Lettischen Roten Kreuzes standen auf den Deportationslisten[73a].

Es war einerlei, ob die Betroffenen Letten waren oder einer Minderheit angehörten. So kamen auch Zionisten und Mitglieder polnischer und russischer Vereinigungen auf die Deportationslisten, ebenso ein großer Teil der jüdischen Kaufleute, der Industriellen und Hausbesitzer. Selbst die russische besitzende Klasse wurde verfolgt.

Aus den 1941 aufgefundenen Akten der Sowjetbehörden geht auch hervor, daß die Deportationslisten auf Grund von Denunziationen und von Verzeichnissen,

---

Studies in Group Destruction, S. 1-16, 219, 226, 231; Švābe, Genocide, S. 32

[72] Über Deportationen von 1944 - 1951 vgl. S.

[73] Vgl. Silde, Profits of Slavery, S. 17; Vītols, Staļina imperija patiesības gaismā, S. 113 ff

[73a] Die jüdische Vereinigung "Trumpeldor" wurde sogar unter die faschistischen Organisationen Lettlands eingereiht (Socialistiskas revolucijas uzvara Latvijā, S. 80)

die von örtlichen Polizisten unter Druck zusammengestellt worden waren[74]. Die Deportationslisten stellten Angehörige des Staatssicherheitsdienstes zusammen und unterzeichneten sie. Traurige Berühmtheit in dieser Beziehung erlangte der Hauptmann S. Šustin, der die Verfügung zur Hinrichtung mit roter Tinte zu unterzeichnen pflegte[75].

Diese erste Welle der Verhaftungen und Deportationen, die über das Volk hereinbrachen, wurde von der Besetzung des Landes durch deutsche Truppen unterbrochen. Sie bestimmte weitgehend die Haltung der lettischen Bevölkerung in den Jahren der deutschen Besatzung, mehr aber noch nach der Wiedereroberung des Landes durch die Sowjets.

---

[74] Vītols, Staļina imperija, S. 253 f

[75] Vgl. Baigais gads, S. 8

Konsolidierung der Macht nach dem Kriegsende

Am 16. Juli 1944 begann die zweite Besetzung Lettlands durch Sowjettruppen. Am 27. Juli eroberten sie die lettgallische Stadt Rēzekne (Rositten). Nach Eroberung der lettgallischen Stadt Ludza (Ludsen) nahm die lettische Sowjetregierung unter Vilis Lācis ihre Amtsgeschäfte wieder auf. Wenige Tage später, am 31. Juli 1944, wurden schon die kurländischen Städte Jelgava (Mitau) und Tukums (Tuckum) eingenommen.

Die deutsche Besatzung von Riga leistete jedoch noch bis zum Herbst Widerstand. Erst am 13. Oktober fiel die Hauptstadt. Inzwischen hatten deutsche Wehrmachtseinheiten und Teile der "Lettischen Legion" eine Front in Kurland gebildet. Sie hielt sich bis zum 8. Mai 1945. Nach der Kapitulation der Kurlandfront entstanden lettische Partisaneneinheiten, die den Kampf gegen die sowjetrussischen Truppen auf eigene Faust weiterführten.

Neue Deportationen

Nach dem Einmarsch der Sowjettruppen im Jahr 1944 wurden die 1941 unterbrochenen Deportationen, Verhaftungen und Exekutionen erneut aufgenommen. Sie wurden vom Staatssicherheitsdienst geleitet. Eine besondere Rolle spielten dabei der Generalmajor Augusts Eglītis und Major Kiršbaums[76]. Über ganz Lettland wurde ein Netz von Ämtern des Staatssicherheitsdienstes gelegt, dessen Zentrum sich in Riga (Stabu iela, Säulenstraße) befand; die Zentrale für Riga selbst jedoch befand sich in der Skolas iela (Schulstraße) 30.

Diese Aktionen nahmen ein derartiges Ausmaß an, daß nach 1945 am Rigaer Zentralgefängnis ein neues Gebäude, die "Peresilka", errichtet werden mußte, in dem politische und kriminelle Gefangene auf ihren Abtransport in die Straflager warteten[77]. Auch in vielen Gefängnissen außerhalb des Landes befanden sich Letten. In den Jahren 1940/41 und 1944 wurden Letten in Moskau (Lubjanka, Butirki), Suchanov, Krasnaja Presnja (bei Moskau), Vladimir, Aleksandrovsk (bei Irkutsk), Krasnojarsk, Norilesk, Kazan', Sverdlovsk, Gor'kij, Novosibirsk, Krasnoj, Astrachan, Vitebsk, Alma Ata, Narva und in einigen Leningrader Gefängnissen festgehalten.

[76] LRK- Archiv Nr. 0187/57

[77] LRK- Archiv Nr. 0156/55, 0342/61

Während die Zahl der Opfer der Jahre 1940/41 vom Lettischen Roten Kreuz im Sommer 1941 mit 35 828 , d.h. 1,75 % der Gesamtbevölkerung, recht genau festgestellt werden konnte, gehen die Schätzungen über die Zahl der Opfer in den Jahren 1944 - 1951, dem letzten Jahr, in dem nachweisbar Massendeportationen erfolgten, auseinander. Die höchste Zahl von 550 000 Personen nennt Lebed[78]; sie beruht jedoch auf einem Mißverständnis der Arbeit von Kārlis Zīverts, der lediglich feststellt, daß in der Zeit der Sowjetokkupation von 1944-1945 220 000 Bürger Lettlands verschleppt wurden, in der Haft zugrunde gingen oder auf andere Weise Opfer sowjetischer Verfolgungen wurden[79].

Die lettische Enzyklopädie nennt für den gleichen Zeitraum 290 000 Deportierte[80]. Am niedrigsten ist die Schätzung des Baltischen Rates, der die Zahl der lettischen Deportierten, einschließlich der 1941 Verschickten, mit 10 % angibt; daraus würde sich eine Zahl von 180 000 bis 200 000 Einwohnern ergeben[81]. Friede[82], der viele Jahre lang mit lettischen Deportierten in den arktischen Gebieten Rußlands zusammen lebte, meint, daß diese Zahlen zu niedrig seien[83]. Entlassene deutsche Kriegsgefangene und Zivilinternierte äußerten sich bei Befragungen im Durchgangslager Friedland ähnlich. "The Baltic Review" schätzte die Zahl der deportierten Letten auf 200 000[84]. Von den im März 1949 Zwangsverschleppten wurde die Zahl der Opfer allein für das Jahr 1949 auf 70 000 geschätzt. Nach Prüfung aller vorliegenden Quellen kann mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß die Deportationen aus Lettland 180 000 bis 270 000 Personen betrafen, d.h. 10 % bis 15 % der gesamten Bevölkerung.

Das Lettische Rote Kreuz begann schon 1941 in Lettland die näheren Umstände, unter denen die Deportationen erfolgten, zu untersuchen. Es setzte diese Tätigkeit nach 1944 außerhalb Lettlands fort. Auf Grund eines umfangreichen Beweismaterials wurde festgestellt, daß das Ministerium für Staatssicherheit bzw. das Innenministerium der UdSSR und die ihm unterstellten Behörden immer bestrebt waren, die Deportierten über die ganze Sowjetunion zu verteilen.

---

[78] Lebed, Destruction of National Groups in: Genocide in the USSR, S.7

[79] Zīverts, The Population of Latvia under Soviet occupation, in: East and West, 1955, Nr. 4, S. 44 ff

[80] Latvju enciklopēdija Sp. 480

[81] Vgl. Šilde, Profits of Slavery, S. 15

[82] Friede, Das russische Perpetuum mobile, S. 137

[83] LRK- Archiv Nr. 0154/55, 0271/55

[84] The Baltic Review 1956

Das Familienoberhaupt wurde von seiner Familie und in einzelnen Fällen die Mütter von ihren Kindern getrennt. Erst nach dem Tode Stalins wurden die Familien wieder zusammengeführt. Bei den Massendeportationen von 1949 durften freilich die Familienangehörigen zusammenbleiben, soweit gegen das Familienoberhaupt nicht eine Strafe nach Art. 58 des sowjetischen Strafgesetzbuches ("konterrevolutionäre" oder "sowjetfeindliche" Handlungen) verhängt worden war. Auch damals ging aber die Willkür so weit, daß z.B. statt eines Kindes, das zwar auf der Deportationsliste stand, jedoch im Augenblick abwesend war, der Kindermädchen verschleppt wurde, um die vorgesehene Zahl zu erreichen[85]. Die Deportierten von 1949 wurden schließlich gezwungen, durch ihre Unterschrift zu bestätigen, daß sie "freiwillig umsiedelten".

Die Deportierten kamen je nach Urteil in Straflager mit schwerem oder leichtem Vollzug. Ein Teil wurde auch in Verbannungsgebiete verschickt. Der Vollzug in diesen war sehr unterschiedlich. In manchen glich der Aufenthalt dem in einem Straflager; es fehlte nur das dort übliche Bewachungssystem. An anderen Orten jedoch wurde den Zwangsverschleppten nach einiger Zeit eine gewisse Handlungsfreiheit eingeräumt. Sie durften kleine Hütten errichten und Gemüsegärten anlegen, für die sie aus der Heimat Saatgut geschickt bekamen. Es entstanden Hühnerfarmen. Einige lettische Viehzüchter hatten besondere Erfolge. Ob es auf Zufall beruhte oder Prinzip war, im Jahr 1949 Deportierte aus einzelnen Landkreisen geschlossen in Verbannungsgebiete zu verschicken, ist unbekannt. Jedenfalls wurde es ihnen dadurch erleichtert, sich in die neuen Verhältnisse hineinzufinden.

Die Verschleppungsgebiete können in fünf große Regionen aufgeteilt werden:

1. das europäische Rußland, besonders die arktischen Gebiete Nordrußlands; 2. der Ural; 3. Sibirien; 4. Zentralasien; 5 der Ferne Osten.

Schon seit 1941 kamen viele Deportierte aus Lettland in die Autonome Sowjetrepublik Komi, besonders in den Teil, durch den die Eisenbahnlinie Kotlas - Vorkuta führt. Bis 1956 bestanden hier eine Reihe von Straflagern, deren Insassen zu schwersten Bauarbeiten herangezogen wurden. Besonders schwer bestrafte politische Häftlinge kamen nach Novaja Zemlja.

Bis 1964 wurden politische Häftlinge in den Lagern von Potma und Javas in der Autonomen Republik Mordawien südöstlich von Moskau festgestellt. Spezialisten arbeiteten in den technischen Werken von Kučino und Marfino, am Rande von Moskau, in vollständiger Isolation.

[85] LRK- Archiv Nr. 0222/57

Ein Teil der Deportierten, die nach 1956 die Straflager verlassen durften, wurde gezwungen, sich weiterhin zum Aufenthalt in Vorkuta oder anderen Industriezentren der Autonomen Sowjetrepublik Komi zu verpflichten. Manche von ihnen blieben als Jäger und Fischer in der Tundra[86].

Das Verschickungsgebiet im Norden des Urals grenzt an das Strafgebiet der Autonomen Sowjetrepublik Komi. Vor allem um Solikamsk besteht ein verzweigtes System von Lagern. Es wurde von den Deportierten nicht ohne Grund "Friedhof der lettischen Intelligenz" genannt[87].

Die meisten Deportierten wurden nach Sibirien verschleppt. Das ist sowohl durch die große Zahl der sibirischen Straflager zu erklären, als auch durch die ausgedehnten Verbannungsgebiete um Omsk, Tomsk und Krasnojarks. Das Straflagersystem von Tajset-Bratsk allein zieht sich über 200 km hin.

Die nach Zentralasien Deportierten wurden bei Wald- und Straßenarbeiten, auf Sowchosen, in Ziegeleien und in der Industrie eingesetzt. Kurz nach dem 2. Weltkrieg wurden lettische politische Häftlinge sogar in die Gegend von Ulan Bator in die Mongolische VR verschickt, doch scheinen sie hier nur kurze Zeit geblieben zu sein[88].

Der Weg eines großen Teiles der am 13. und 14. Juni 1941 Deportierten führte in das große Straflagergebiet von Kolyma, in der Tundra um Pevek[89], dessen Verwaltung sich in Magadan befindet. Auf einer etwa 1500 km langen Strecke liegen hier die Straflager; in vielen von ihnen befanden sich mehr als 800 Esten, Letten und Litauer. Sie wurden bei der Gewinnung von Erzen und anderen Rohstoffen eingesetzt.

Einer Reihe von Insassen der Straflager wurde nach 1955 erlaubt, in die Heimat zurückzukehren. Andererseits steht fest, daß noch 1964 in manchen der genannten Verbannungsgebiete Letten zurückgehalten werden. Auch im Straflagergebiet von Potma und Javas, das in der Ära Chruščev weiterbestand, befinden sich noch viele Angehörige der baltischen Völker. Die Strafe einiger Insassen endet erst 1970 oder später[90].

---

[86] LRK- Archiv Nr. 0348/62

[87] Šilde, Profits of Slavery, S. 217 ff

[88] LRK- Archiv Nr. 0214/57

[89] LRK- Archiv Nr. 0349/62

[90] LRK- Archiv Nr. 0356/61, 0366/63, 0379/64

Ein Teil der Deportierten, die in die Heimat zurückkehren durften, machte entweder keinen Gebrauch von diesem Recht oder verließ die Heimat wieder. Die Gründe dafür lagen darin, daß die Rückkehrer hier noch schärfer überwacht wurden oder keine Existenzmöglichkeiten fanden[91]. Ihr Eigentum war inzwischen versteigert oder enteignet worden. Nur in Ausnahmefällen durften sich die heimgekehrten Bauern in ihrem Heimat-Kreis oder sogar auf ihrem Hof niederlassen. Ihr Wohnhaus bekamen die deportierten Bauern nur in Ausnahmefällen zurück. Dasselbe galt für Besitzer kleiner Häuser in Städten[92]. Und selbst wenn es gelang, diese Häuser zurückzubekommen, so waren sie bewohnt. Die Besitzer mußten sich deshalb neue Unterkünfte beschaffen und zugleich unverhältnismäßig hohe Steuern für ihre Häuser zahlen.

Die Pässe einiger Deportierter erhielten Vermerke, durch die ihnen die Heimkehr verboten wurde. Sie durften sich ihren Wohnsitz aber an einem beliebigen anderen Ort in der Sowjetunion suchen[93]. Wieder andere konnten das Fahrgeld für sich und ihre Familien nicht aufbringen, wodurch die Heimkehr u.U. um Jahre verzögert wurde. Wie viele Verschleppte schließlich zurückkehrten, ist unbekannt, auf jeden Fall ist es nur ein kleiner Bruchteil jener Unglücklichen, die deportiert wurden. Der größte Teil von ihnen ging wohl in der Fremde zugrunde. Damit hatte auch das Sowjetregime seinen Zweck erreicht, nämlich das Volk im eigentlichen Sinne des Wortes zu dezimieren und durch Verbreitung von Angst den Boden zu bereiten, auf dem sich die Macht des Regimes konsolidieren konnte.

Die Landwirtschaftspolitik

Eine weitere wichtige Maßnahme zur Konsolidierung der Macht war die Kollektivierung der Landwirtschaft, die - wie alle anderen Veränderungen in der Wirtschaft - eine Angleichung der Verhältnisse an die übrige Sowjetunion und die Zerstörung der bisherigen Gesellschaftsstruktur bezweckte. Vor allem aber sollte die Bauernschaft entmachtet werden.

Wenn auch die wirtschaftliche Neuordnung in Lettland wie in den anderen baltischen Staaten in einzelnen Etappen vollzogen wurde, so waren dafür nur taktische Überlegungen maßgebend. Es handelte sich nicht um eine Evo-

[91] LRK- Archiv Nr. 0368/56

[92] LRK- Archiv Nr. 0206/59

[93] LRK- Archiv Nr. 0216/57, 0338/56, 0328/63

lution oder Revolution, die vom Volk selbst getragen war, sondern um einen Zwang, für den einzig und allein die Sowjetunion und die Kommunistische Partei der Sowjetunion verantwortlich sind.

Nach der "Nationalisierung" von Grund und Boden im Jahr 1940, nach der Beschränkung des Umfangs von Landbesitz und nach der Gründung von kleinen Höfen und Parzellen in der ersten Etappe (1940/1941), begann 1945 die Propaganda für die Liquidierung der Einzelhöfe. Zuvor hatte man schon die Höfe derjenigen, die inzwischen in den Westen emigriert oder wegen Kollaboration mit den Deutschen verurteilt worden waren, enteignet.

Die Entwicklung aber verlief zu dieser Zeit noch widerspruchsvoll, denn zunächst wurden für eine kurze Übergangszeit aus 700 000 ha Land mittlere und kleine Höfe gebildet[94]. Schon im Oktober 1948 änderte der Oberste Sowjet der SSR Lettland jedoch die Verfassung, um die Vorbedingungen für die Bildung von Kolchosen zu schaffen[95].

Durch hohe - und für viele unbezahlbare - Steuern und andere Maßnahmen wurde 1947 und 1948 ein Teil der Bauern gezwungen, sich in Kolchosen zu vereinigen. Seit 1949 fand dann eine Massenkollektivierung der Landwirtschaft statt. Zugleich wurde ein großer Teil der Bauernschaft nach Sibirien deportiert. Die offizielle Sprachregelung für diesen Gewaltakt, der selbst von hohen lettischen Partei- und Staatsfunktionären heftig kritisiert wurde, lautet heute: Die weitgehende Kollektivierung sei eine "revolutionäre Umwälzung" gewesen, die "auf dem Lande das alte, kleinbürgerliche individuelle Wirtschaftssystem der Bauern beseitigte und ein neues sozialistisches Kolchossystem schuf"[96].

Die Zerstörung der Bauernhöfe hat tiefe Spuren in der Psyche der lettischen Bauern hinterlassen. Einer der besten Kenner der lettischen Landwirtschaft, Prof. Jānis Bokalders, stellt fest, daß entgegen aller lettischen Tradition, nach der der Bauer freier Besitzer seines Landes sein müsse, der Kolchosnik weder Bauer noch Arbeiter ist[97].

---

[94] Vgl. Razvitie narodnogo chozjajstva Latvijskoj SSR, S. 10; Latvijas PSR vesture, S. 468

[95] Padomju varas konstitucionālie akti, S. 45, vgl. Ceļa Zīmes 1949, Nr. 4

[96] Padomju varas konstitucionalie akti, S. 43

[97] Bokalder, Jānis, Strukturwandel der Landwirtschaft Lettlands, in: Zeitschrift für Ostforschung, 1957, H. 4, S. 518; vgl. hierzu Bokalders, Mazsaimnieciskā un kolhozācija, Stockholm o.J.

Seit 1945 wurden in Lettland auch Sowchosen gegründet, d.h. Staatswirtschaften. Die aus der Unabhängigkeitszeit übernommenen landwirtschaftlichen Versuchsgüter wurden nun gleichfalls als Staatswirtschaften betrieben. Trotzdem sind die Klagen über die schlechte Rentabilität dieser Betriebe bis heute nicht abgerissen.

Die Kollektivierung war mit dem Jahr 1950 praktisch abgeschlossen. Die Zahl der Wirtschaften verringerte sich, die Größe der einzelnen Kolchosen und Betriebe wuchs. Der am 22. November 1946 in Dobele (Doblen) gegründete erste Kolchos "Nākotne" (Zukunft) umfaßte nur elf Einzelhöfe. Nach 1949 erreichte die Fläche von 75 % der Kolchosen nicht einmal 300 ha. 1965 hingegen hatte jeder Kolchos durchschnittlich 3 360 ha, jeder Sowchos durchschnittlich 5 620 ha Land.

Der aktive Widerstand

Obgleich schon 1940/41 hier und da der Widerstand gegen die Unterdrückungen aufgeflammt war, kann von einer aktiven Widerstandsbewegung erst seit dem Herbst 1944 gesprochen werden, als die Rote Armee ganz Lettland außer Kurland besetzt hatte. Schon vor der Kapitulation des Brückenkopfes Kurland begannen sich in Lettgallen, Livland und Semgallen nationale Partisanengruppen zu organisieren, die sich den Anordnungen der Sowjetbehörden widersetzten und die Rote Armee vom Rücken her bedrohten. Im Mai 1945 stießen viele lettische Legionäre[98] und patriotische junge Leute zu ihnen[99].

Sie hatten keine zentrale Führung. Nur aus einem einzigen Zeugnis geht hervor, daß in Riga bis 1947 ein Führungsstab zur Koordinierung der lettischen Partisanen tätig war[100]. Er wurde verraten. Anscheinend war ihm aber nur ein Teil der lettischen Partisaneneinheiten unterstellt.

Andererseits arbeiteten lettische, estnische und litauische Partisanen zusammen. Einzelne Partisanengruppen bestanden aus Angehörigen verschiedener Nationalitäten. Auch deutsche Soldaten schlossen sich ihnen nach der Kapitulation des Brückenkopfes Kurland an[101]. Eine lettische Partisanengruppe in Nordlettland soll von einem estnischen Offizier befehligt worden

[98] LRK- Archiv Nr. 0216/57, 0247/55, 0155/55, 0185/56, 0256/55

[99] LRK- Archiv Nr. 0191/57, 0293/59, 0330/62

[100] LRK- Archiv Nr. 0214/60

[101] Vgl. Šilde, Profits of Slavery, S. 268 f

sein, der größere militärische Erfahrung hatte. Den Kern der lettischen Partisanen bildeten Offiziere der ehemaligen Armee Lettlands, Instrukteure, Legionäre, Bauern, Angehörige der Intelligenz und Studenten sowie Angehörige des Mittelstandes[102].

Die Partisanengruppen, die sich 1944 und 1945 gebildet hatten, erhielten im Sommer 1948 und im Frühjahr 1949 neuen Zustrom wegen der Kollektivierung der Landwirtschaft und wegen der damit verbundenen Massendeportationen. Angehörige der jüdischen und russischen Minderheit scheinen unter den Kämpfern nicht erheblich vertreten gewesen zu sein. Der großen Partisaneneinheit von Ludza (Ludsen) gehörten nur Letten an, wie aus dem Zeugnis einer russischen Einwohnerin dieser Stadt hervorgeht[103]. Doch sympathisierten auch Angehörige der Minderheiten mit den Partisanen und unterstützten sie mit Lebensmitteln[104]. Die größte Hilfe kam von den Bauern[105]. Bis zur Kollektivierung ihres Eigentums stellten viele Bauern den Partisanen Lebensmittel, Bekleidung und andere notwendige Dinge zur Verfügung. Diese halfen ihnen dafür bei eiligen Landarbeiten[106] und schützten sie vor den Übergriffen der Sowjetbehörden[107].

Am unauffälligsten konnten die Partisanen von Frauen, Jugendlichen und sogar Kindern, die sich als Beeren- und Pilzsammler tarnten, versorgt werden[108]. Wenn Ärzte in den Wald gebracht wurden, um die Verwundeten oder Kranken zu behandeln, wurden ihnen die Augen verbunden, hauptsächlich, damit sie sich im Falle einer Denunziation mit dem Argument verteidigen konnten, sie seien gezwungen worden und könnten, da ihnen die Augen verbunden waren, den Aufenthaltsort der Partisanen nicht wiederfinden[109]. Für Gottesdienste, wie sie meist vor größeren Aktionen abgehalten wurden, oder für das Hl. Abendmahl, das sterbenden Mitkämpfern gereicht werden sollte, luden die Partisanen auch Pfarrer zu sich in den Wald ein[110].

---

[102] LRK- Archiv Nr. 0185/56, 0248/55, 0154/55, 0216/57, 0204/58, 012/57; vgl. hierzu Archiv der "Daugavas Vanagi", Zeugnis von K.V., Ceļa Zīmes 1949, Nr. 3, S. 179

[103] LRK- Archiv Nr. 0221/57

[104] LRK- Archiv Nr. 0197/57

[105] LRK- Archiv Nr. 0230/58

[106] LRK- Archiv Nr. 0293/59, 0302/59

[107] LRK- Archiv Nr. 0314/63

[108] LRK- Archiv Nr. 0311/63, Ceļa Zīmes 1949, Nr. 3, S. 178

[109] LRK- Archiv Nr 0312/59

[110] LRK- Archiv Nr. 0182/57

Bis 1950 gab es im tiefsten Dickicht auch geheime Hospitale[111]. In der Pflege der Partisanen opferten sich neben Ärzten auch viele Krankenschwestern und sonstiges Krankenhauspersonal auf[112]. Viele Angehörige dieser Berufe wurden deshalb wegen Unterstützung von Partisanen verhaftet und in Straflager verschickt.

Zuweilen beschaffte die Bevölkerung den Partisanen auch Waffen[113], aber meist hatten sich diese schon vor Einrücken der Sowjettruppen mit Waffen versorgt oder sie erhielten sie aus geheimen Lagern[114]. Später wurden an unzugänglichen Stellen Waffenschmieden eingerichtet, in denen erfahrene Waffenmeister arbeiteten. Hauptsächlich reparierten sie beschädigte Waffen[115].

Die Bewaffnung bestand aus Gewehren, Maschinenpistolen, leichten Maschinengewehren, Minenwerfern, Minen, Handgranaten und verschiedenen Sprengkörpern[116]. Besonders erfolgreich waren die Scharfschützen[117]. Die Partisanen verfügten auch über Lastwagen[118].

Neben den allgemein bekannten Kampfarten des Guerillakrieges bestand ihre Taktik vor allem in Überfällen auf kommunistische Funktionäre, auf Amtspersonen der örtlichen Exekutivkomitees und der roten Miliz sowie auf einzelne Personen, die als Verräter galten[119]. Dagegen vermieden die Partisanen Kämpfe mit Truppenteilen der Roten Armee. Es scheint, daß zwischen beiden Seiten zeitweise eine stillschweigende Übereinstimmung darin bestand, einander nicht zu überfallen[120]. Deswegen hatte das wiederholte Durchkämmen der Wälder und sonstige Aktionen gegen die Partisanen, zu denen seit 1944/45 auch Teile der Roten Armee herangezogen wurden, nur geringe Erfolge. Seit 1949 wurden aus diesem Grunde für solche Zwecke ausgebildete Einheiten des Staatssicherheitsdienstes, die "Izstrebiteli", eingesetzt[121].

---

[111] LRK- Archiv Nr. 0312/59, 0182/57
[112] LRK- Archiv Nr. 0182/57
[113] LRK- Archiv Nr. 0221/57, 0243/55
[114] LRK- Archiv Nr. 0376/56
[115] LRK- Archiv Nr. 0376/56, 0182/57
[116] LRK- Archiv Nr. 0338/55
[117] LRK- Archiv Nr. 0182/57
[118] LRK- Archiv Nr. 0155/55, 0182/57
[119] LRK- Archiv Nr. 0221/57, 0202/61, 0155/55
[120] LRK- Archiv Nr. 0298/59
[121] LRK- Archiv Nr. 0182/57

In einzelnen Fällen wurden jedoch auch die Garnisonen der Roten Armee in Lettland überfallen, um Munition und Waffen zu rauben[122], jedoch geschah das ohne großen Erfolg[123]. 1946 gelang es allerdings, den kurländischen Ort Kabile (Kabillen) einzunehmen. Mehrere Tage lang behaupteten sich die Partisanen hier. Als Sowjettruppen eintrafen, gelang es ihnen, aus der Umzingelung auszubrechen und in die Wälder zurückzuweichen[124].

Die Partisaneneinheiten waren anfangs z.T. bis zu 200 Mann stark, später bildeten sich in der Regel Gruppen von 8 bis 15 Mann. Daneben operierten Einzelkämpfer, die Anschläge auf die Sowjetbehörden machten oder einzelne Funktionäre töteten[125]. Zuweilen wurden Exekutionen auch am Tage und vor den Bauern ausgeführt. In ihrer Rücksichtslosigkeit wurden die lettischen Partisanen vielleicht nur noch von den estnischen übertroffen[126]. Zuweilen begnügten sie sich aber auch damit, die Funktionäre zu warnen oder sie zu zwingen, von ihren Ämtern zurückzutreten. Auch forderten sie weniger überzeugte Amtspersonen in geheimen Gesprächen dazu auf, Anordnungen, die den örtlichen Einwohnern schädlich waren, nicht zu befolgen[127].

Um die Bevölkerung über die Ziele der Widerstandsbewegung zu informieren, gaben einige Partisanengruppen Zeitungen (z.B. "Latvija"/Lettland; "Abava" /Die Abau, d.i. ein kurländisches Flüßchen) und Flugblätter heraus. Einer Partisaneneinheit in Semgallen gelang es sogar, im Walde eine eigene Druckerei zu errichten[128]. Ebenso verfügten die Partisanen über Rundfunksender, deren Wellenlänge jedoch nicht bekannt ist[129].

Die Partisanen fanden ihren Unterschlupf in den Wald- und Sumpfgebieten, wo sie Erdbunker oder Reisighütten bauten. Oft wurden aber auch Bauernhäuser und Fischerhütten als Verstecke benutzt oder der Dachboden eines Kuhstalles, des Wohnhauses, ein Hohlraum unter dem Fußboden oder der Heuschober. In einigen Fällen lebten Partisanen und politisch verfolgte Personen sogar mehr als zehn Jahre lang in diesen Verstecken.

---

[122] LRK- Archiv Nr. 0311/63, 0202/61

[123] Vgl. Latviesu zinas, Juli 1948

[124] Šilde, Vazu raveji S. 33

[125] LRK- Archiv Nr. 0182/57, 0231/58

[126] LRK- Archiv Nr. 0231/58

[127] LRK- Archiv Nr. 0298/59

[128] LRK- Archiv Nr. 0338/56

[129] LRK- Archiv Nr. 0164/55, Zvaigzne 1960, Nr. 20

Bei ihren Aktionen trugen die Partisanen oft Uniformen von Rotarmisten oder Frauenkleider. Die gegen sie eingesetzten Personen maskierten sich gleichfalls, meist als alte Weiber[130]. Sie versuchten, ihre Vertrauensleute in die Partisaneneinheiten einzuschleusen oder gaben an, selbst Partisanen der Nachbargruppen zu sein. Außerdem bemühten sie sich, von den Angehörigen der Partisanen deren Aufenthaltsort zu erfahren. Verdächtige Orte wurden durchsucht, wobei man auch Hunde einsetzte[131].

Obgleich die einzelnen Partisanen selten länger als 1-4 Jahre wirkten, dauerten die Kämpfe vom Herbst 1944 bis Ende 1951 an. Seit 1951 wurden die Wälder immer öfter von den Spezialtruppen durchgekämmt. Trotzdem ist nachzuweisen, daß in Kurland noch 1954 und in Livland noch 1956 einzelne Partisaneneinheiten tätig waren[132]. Erst der Ausgang der ungarischen Revolution ließ den letzten Rest von Hoffnung schwinden. Die Sowjetbehörden nutzten das aus und forderten die Partisanen dazu auf die Wälder zu verlassen und die Waffen niederzulegen, was auch an verschiedenen Orten Lettlands geschah[133].

Die Motive, der Widerstandsbewegung beizutreten, waren verschieden. Natürlich war es z.T. die persönliche Bedrohung durch Verhaftung oder Deportation, daneben die Verzweiflung über die Enteignung des Landes oder über Repressalien[134]. Fast immer aber spielte auch die Hoffnung auf die Befreiung des Landes in Verbindung mit dem Vertrauen auf Hilfe aus dem Westen eine Rolle. Nach der Kapitulation des Brückenkopfes der Heeresgruppe Kurland gab es für die Partisaneneinheiten keine militärische Aufgaben mehr. Damit unterschieden sie sich grundsätzlich von den kommunistischen Partisanen während des Zweiten Weltkrieges, die eine taktische Aufgabe in der sowjetischen Kriegsführung zu erfüllen hatten. Der Widerstand richtete sich also elementar gegen die "Eindringlinge".

Andererseits sehen die Sowjets den Widerstand als "konterrevolutionäre" Tätigkeit an[135]. Die nationalen Partisanen werden von ihnen konsequent

---

[130] LRK- Archiv Nr. 0182/57, 0184/57

[131] Vgl. Latviesu Zinas 1954, Nr. 17; Ceļa Zīmes, 1959, Nr.3
LRK- Archiv Nr. 0171/55; 0199/57, 0202/61, 0216/57, 0214/57
Silde, Važu rāveji, S. 73 ff

[132] LRK- Archiv Nr. 0339,58

[133] LRK- Archiv Nr. 0182/57, 0301/59

[134] Über spontane Reaktionen der Bevölkerung berichten: Istorija Latvijskoj SSR, Bd. 3, S. 644 ff, Latvijas PSR vēsture, S. 483

[135] LRK- Archiv Nr. 0180/56, 0241/58

[136] Istorija Latvijskoj SSR, Bd. 3, S. 596

"Banditen" genannt. In der Geschichte der Sowjetrepublik Lettland", die 1958 von der Akademie der Wissenschaften der SSSR Lettland herausgegeben wurde, wird deren Zahl für die ersten Jahre der sowjetischen Okkupation mit einigen Tausend angegeben. Sie hätten in den Jahren 1945-1947 nicht nur Häuser niedergebrannt und kommunistische Funktionäre ermordet, sondern auch durch Verbreitung von Gerüchten unter der Bevölkerung die Meinung genährt, daß das Sowjetregime wieder gestürzt werden würde.

Bis heute ist der aktive Kampf der Widerstandsgruppen nicht vergessen und auch geistig nicht bewältigt worden. Gerade in letzter Zeit zeigte es sich, daß die eigentliche Tragik dieses Geschehens noch immer weite Kreise der Bevölkerung beunruhigt. Es ist offenbar nicht gelungen, die historischen Ereignisse in ein ideologisch einwandfreies Geschichtsbild einzufügen.

Die Machtlosigkeit der KPL

Nach dem erneuten Einmarsch der Sowjets war die Lage der Kommunistischen Partei Lettlands kritisch. Im September 1946 schilderte sie der Erste Sekretär der KP Lettlands, Jānis Kalnbērziņs, folgendermaßen: "Die Kulaken und bürgerliche Nationalisten verbreiten alle möglichen Gerüchte, ermorden einzelne Bauern und brennen deren Häuser nieder.... Unseren Kadern fehlt es an Erfahrung, deshalb sendet die Partei Beauftragte (Partorge) in die Landkreise. Sie werden sich vertrauenswürdige, aktive Gruppen heranbilden, denn wir haben nur wenige Parteiorganisationen und in ihnen nur wenige Kommunisten. Zu allererst müssen wir die Leute herausfinden und heranziehen, die eine persönliche Rechnung mit unseren Gegnern zu begleichen haben" [137].

Die Aufnahme neuer Parteigenossen stieß auf Schwierigkeiten. Positiv wurde 1945 vermerkt, daß in dem Landstädtchen Kārsava (Karsau) vier Parteimitglieder und ein Kandidat seien[138]. Das Hauptkontingent an Kommunisten in der zentralen Verwaltung stellten Russen und Rußlandletten. In den Rigaer Behörden waren im Februar 1945 2000 Kommunisten tätig, in der "Produktion" jedoch nur 129. Und in einem ganzen Jahr wurden in diesem Sektor nur 103 neue Parteimitglieder aufgenommen[139]. Auch das nächste Jahr brachte keine grundsätzliche Wandlung. In Riga waren von 385 neuen Parteigenossen 178 Arbeiter, in Jelgave (Mitau) von 50 neuen Mitgliedern nur 19

---

[137] Rede in Radio Riga vom 6.9.1945, wiedergegeben in: "Okupētā Latvija" 1955, Nr. 18

[138] Latvija aiz Dzelzs priekškara

[139] Sovetskaja Latvija 23.8.1946

Arbeiter, in Liepāja (Libau) von 42 neu aufgenommenen nur 13 Arbeiter[140]. In vielen Landkreisen gab es keinen oder nur wenige Kommunisten. Vor allem auf dem Land nahm ihre Zahl kaum zu. Im ersten Halbjahr 1947 gelang es schließlich, 1500 Kandidaten in die Partei aufzunehmen[141].

Von einer Massenbewegung und davon, daß die Kommunistische Partei damals von der Bevölkerung getragen wurde, wie man das später behauptete[142], kann nicht die Rede sein. Selbst 10 Jahre später mußte man noch zugeben, daß "in der Umgebung von Baldone auf zwanzig Kilometer kein einziger Kommunist ansässig" sei. Die Konsolidierung der Macht erfolgte also durch Repressalien, durch administrative Maßnahmen und durch den Einsatz russischer Truppen und Funktionäre. Die Kommunistische Partei spielte auch in dieser Periode nur eine untergeordnete Rolle; weder von einer Durchdringung weiter Bevölkerungsschichten durch sie noch von ihrer Führung konnte die Rede sein.

---

[140] Rede von A. Pelše in Radio Riga vom 10.7.1946, Sovetskaja Latvija 20.9.1946

[141] Radio Riga vom 30.7.1947

[142] Sovetskoe gosudarstvo i pravo, 1960, Nr. 8, S 11 ff

Die Sozialistische Sowjetrepublik Lettland

Territorium und Bevölkerung

Zur Zeit der Unabhängigkeit umfaßte Lettland ein Gebiet von 65 791,4 km^2 [143]. Im Januar 1945 wurden die Gemeinden Augšpils, Gauri, Kaceni, Linava, Purvmale und Upmale im Nordosten Lettgallens, ein Gebiet von 1290 km^2, in die Russische Föderation eingegliedert[144]. Dementsprechend wurde das Territorium der Sowjetrepublik Lettland bis 1956 recht einheitlich mit 64 500 km^2 angegeben; 1957 änderte sich diese Angabe plötzlich, und seitdem wird das Gebiet offiziell mit 63 700 km^2 beziffert[144a]. Wodurch dieser Unterschied zu erklären ist, läßt sich nicht feststellen. Ob und welche weiteren Grenzgebiete abgetrennt worden sind, verschweigen die sowjetischen Quellen.

Durch einen Erlaß vom 21. Dezember 1949 wurde Lettland nach dem sowjetischen Vorbild in Rayons gegliedert und die bisherigen Kreise und Landbezirke wurden aufgelöst[145]. Die Zahl der Rayons betrug zunächst 58 und verringerte sich in der Folgezeit zusehends. Seit 1964 gibt es nur noch 21 Rayons: Balvi, Bauska (Bausk), Cesis (Wenden), Daugavpils (Dünaburg), Dobele (Doblen), Gulbene (Schwaneburg), Jēkabpils (Jakobstadt), Krāslava (Kraslau), Kuldiga (Goldingen), Liepāja (Libau), Ludza (Ludsen), Madona (Madohn), Ogre (Oger), Preiļi, Rēzekne (Rositten), Riga, Saldus (Frauenburg), Talsi (Talsen), Tukums (Tuckum), Valka (Walk) und Valmiera (Wolmar). Mit dieser Neuordnung wurden die historischen Landschaften Kurland, Livland, Semgallen und Lettgallen aufgelöst. Die Zahl der Städte ist von 60 auf 54 gesunken. Riga (619 600 Einwohner[146]), Liepāja (Libau: 71 200), Daugavpils (Dünaburg: 74 000), Jelgava (Mitau: 42 200) Jūrmala (41 700), Ventspils (Windau: 30 600) und Rēzekne (Rositten 23 200) sind verwaltungsrechtlich unmittelbar der Republik, die übrigen Städte den einzelnen Rayons unterstellt.

---

[143] Rutkis, Latvija Geografia, S. 268

[144] Namsons, Die kulturgeographischen, wirtschaftlichen und soziologischen Auswirkungen, S. 115

[144a] So etwa Ežegodnik Bol'šoj Sovetskoj Ênciklopedii 1965, S. 133

[145] Seit 1924 bestanden 19 Bezirke (apgabali). 1939 wurden 60 Städte und 517 Landgemeinden gezählt (Latvijas Statistikas gada grāmata 1939, S. 2)

[146] Die Einwohnerzahlen werden nach "Latvijas PSR tautsaimniecības attīstība" 1962 angegeben. In der Zwischenzeit ist die Einwohnerzahl aller Städte gewachsen. Am 1.1.1964 hatte

Die Einwohnerzahl Lettlands wird zum 1. Januar 1965 mit 2 241 000 angegeben. Diese Zahl ist auf Grund der Volkszählung von 1959 errechnet, die 2 093 500 Einwohner ergab. Gegenüber 1939 stieg die Zahl der Nichtletten erheblich. Während 1935 477 900 (24,5 %) Nichtletten im Lande gelebt hatten, stieg ihre Zahl bis 1959 auf 795 000 (38 %).

In der Zahl für 1935 waren auch die Deutschbalten, die 1939/40 aussiedelten und die Juden, die während der deutschen Okkupationszeit zum größten Teil getötet wurden, sofern sie nicht schon vorher deportiert oder geflohen waren, enthalten. Desgleichen war die russische Bevölkerung der Gebiete berücksichtigt, die jetzt zur Russischen Föderation gehören. Bis 1959 erhöhte sich die Anzahl der Russen von 206 500 auf 556 000, und die Zunahme der russischen Bevölkerung dauerte auch in den folgenden Jahren an[147]. Ihr gegenwärtiger Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt 26,6 %. In keinem der anderen baltischen Staaten ist die Unterwanderung der einheimischen Bevölkerung so besorgniserregend wie in Lettland.

Besonders anziehend für die Einwanderer erwiesen sich Riga und einige andere Städte Lettlands. Nach russischen Angaben waren 1959 von den 604 671 Einwohnern Rigas nur 270 000 Letten (44,6 %), 238 572 Russen, 30 267 meist aus Rußland zugezogene Juden, 19 377 Weißruthenen, 16 984 Ukrainer, 16 676 Polen, 5 767 Litauer und 1 412 Esten[148]. Demgegenüber lebten in Riga 1935 nur 28 300 Russen.

---

z.B. Daugavpils (Dünaburg) 81 000 Einwohner (Padomju Latvijas Komūnists 1964, Nr. 7, S. 81), und Jūrmala 45 000 Einwohner (Cīņa 5.8.1964). Mit den Badegästen zusammen beherbergt diee der Ort, der die Badeorte am Rigaer Strand und die früher selbständigen Städte Sloka (Schlok) und Kemeri (Kemmern) umfaßt, im Sommer 80 000 bis 100 000 Personen. Riga hatte am 1.1.1965 657 000 Einwohner (Ežegodnik Bol'šoj Sovetskoj Ėnciklopedii 1965, S. 133).

[147] Landsmanis, Die Bevölkerung der baltischen Republiken, in: Nachrichten aus dem Baltikum, 1963, Nr. 21

[148] Itogi vsesojuznogo perepisi; vgl. Brīviba 1964, Nr. 148/149, S. 5

Die Partei

Die KP Lettlands umfaßte 1961 76 642 Mitglieder und Kandidaten. Demgegenüber wurden im selben Jahr in der ganzen Sowjetunion nur 33 900 organisierte Kommunisten lettischer Volkszugehörigkeit gezählt[149], von denen 4 000 nicht in Lettland lebten und deshalb nicht in der KP Lettlands registriert waren. Daraus ergibt sich, daß sich unter den 76 642 Mitgliedern der KP Lettlands nur rund 30 000 Letten befanden[150]. Die Mehrheit in der KP Lettlands wird also von den Angehörigen anderer Völker der SU, vor allem den Russen, gestellt.

Unter den lettischen Kommunisten bilden die Rußlandletten einen hohen Anteil. Viele Rußlandletten, die nach 1944 nach Lettland übersiedelten, sind nämlich Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre und als solche Mitglieder der KPL. Ihre tatsächliche Nationalität und der Grad ihrer Russifizierung ist nur schwer festzustellen.

Besonders auffallend ist der überaus große Prozentsatz der Rußland-Letten und der Russen unter den mittleren und höheren Funktionären. Er war am Anfang der sechziger Jahre weit größer als in den beiden anderen baltischen Sowjetrepubliken[151]. Freilich verändert sich dieses Bild von Jahr zu Jahr, da der Nachzug von Rußland-Letten naturgemäß weitgehend aufgehört hat und die einheimische Bevölkerung den Hauptanteil des Nachwuchses stellt. Der Erste Sekretär des ZK der KP Lettlands war bisher immer ein Lette, zuerst Jānis Kalnbērziņš, der aus der KP Lettlands kam und als Vertrauensmann Moskaus im selbständigen Lettland eingesetzt war, dann A. Pelše, ein Rußland-Lette, und seit 1966 A. Voss.

Der Zweite Sekretär war meist ein Russe. Nur zu Beginn der Okkupation 1940/41 wurde dieser wichtige Posten mit dem Letten Žanis Spure und unter dem Einfluß des "Tauwetters" in der Zeit vom 16. April 1958 bis zum 8. Februar 1960 mit dem Letten Vilis Krūmiņš besetzt. Der gegenwärtige Zweite Sekretär, N.A. Belucka, ist ebenfalls ein Lette.

---

149 Partijnaja žizn', 1962, H. 1

150 Brīviba 1962, Nr. 7. Am 1.1.1965 umfaßte die KP Lettland 95 742 Kommunisten, während in der KPdSU 44 300 Mitglieder lettischer Volkszugehörigkeit gezählt wurden (Partijnaja žizn' 1965, Nr. 10).

151 Ischreyt hat diesen Prozentsatz durch Verhältniszahlen zu charakterisieren versucht, vgl. Ischreyt, Die Sowjetrepubliken heute

Weder Kalnbērziņš noch Spure oder Pelše haben jemals in der kommunistischen Bewegung eine ähnliche bedeutsame Rolle wie andere lettische Kommunisten (z.B. Stučka, Roziņš, Daniševskis, Kārkliņš, Pētersons, Rudzutaks, Lencmanis) gespielt. Sie waren und blieben kleine Funktionäre ohne eigene Gedanken und Initiative. Umso verwunderlicher ist es, daß Pelše auf dem XXIII. Parteitag im April 1966 in das neue Politbüro der KPdSU und zum Vorsitzenden des Komitees für Parteikontrolle gewählt wurde.

Für die Reden und Richtlinien der Funktionäre der KP Lettlands sind die Beschlüsse des ZK der KPdSU und Anweisungen der Moskauer Zentrale verbindlich. Auch die ZK-Abteilungen der KPdSU scheinen unmittelbare Weisungen an die ZK-Abteilungen der KP Lettlands zu geben. Die Presse der SSR Lettlands, die in lettischer und russischer Sprache erscheint, vertritt keine eigene Meinung.

Die Basis der KP Lettlands wird von den Grundorganisationen ("pirmorganizācijas") gebildet, deren Zahl 1962 3 515 betrug. Die Aufgabe eines jeden Parteikomitees und jeder Grundorganisation ist es, der Partei die wertvollsten Menschen zuzuführen und die Parteigenossen wie die ganze Bevölkerung im kommunistischen Geist zu erziehen[152]. Ferner sollen sie die in der Produktion stehenden Personen zur Arbeit anhalten. Schwierigkeiten entstehen den Parteiorganisationen dadurch, daß viele von denen, die in die Partei eintreten, Opportunisten sind, denen es nur um ein gutes Pöstchen geht[153]. 1961/62 wurde die soziale Struktur der KP Lettlands wie folgt angegeben: 25,9 % Arbeiter, 62,5 % Angestellte und 11,2 % Kolchosbauern. Bruno Kalniņš spricht deswegen mit Recht von der KPL als Beamten- und Städtepartei. Der Prozentsatz der Arbeiter in der KPL ist viel geringer als in der KPdSU[154].

---

[152] Cīņa 25.12.1963

[153] LRK- Archiv Nr. 0370/59

[154] Brīviba 1962, Nr. 126/127, 131; vgl. dazu Partijnaja Žizn' 1962, Nr. 1

Die Nationalkommunisten

In der Zeit, die auf das "Tauwetter" folgte und in der die Parteiorganisationen in den Republiken gegenüber der Moskauer Zentrale größere Bewegungsfreiheit erhielten und es verschiedenen Ortes sogar gelang, besonders verhaßte Parteifunktionäre abberufen zu lassen, bildete sich in Lettland eine Gruppe, der übersteigerte Nationalismus und "Lokalpatriotismus" vorgeworfen wurde und deren Tendenzen man nicht ohne Grund mit einer Art "Nationalkommunismus" verglichen hat.

Dieser Gruppe von Partei-, Staats und Wirtschaftsfunktionären wurde vorgeworfen,

1. die "nationalen Besonderheiten" zu übertreiben, wodurch sie sich den Vertretern des bourgeoisen Nationalismus näherten;
2. die Parteikader nach nationalen Gesichtspunkten aufzufüllen und die nichtlettischen Funktionäre zu benachteiligen;
3. von russischen Mitarbeitern zu verlangen, die lettische Sprache zu beherrschen;
4. eine selbständigere Wirtschaft für die lettische Regierung zu fordern und die Konzentration der Schwerindustrie in Lettland abzulehnen;
5. sich der Umsiedlung von Letten in die RSFSR und in andere "brüderliche Republiken" sowie dem Zustrom von Russen nach Riga und Lettland zu widersetzen;
6. sich vom Partei- und Klassenstandpunkt zu entfernen, die Parteidisziplin zu verletzen und die KP Lettlands zu spalten.

Freilich sprechen alle Anzeichen dafür, daß die kritisierte Gruppe keineswegs eine Spaltung der KP Lettlands bezweckte oder eine eigene Fraktion bildete, sondern im Einklang mit den Beschlüssen und der Generallinie der KPL handelte. Das gilt vor allem auch für die Sprachenfrage.

Der Beschluß des Büros des ZK der KPL von 1956, wonach die Vertreter der Partei, der Räte und der Wirtschaft in Lettland die lettische <u>und</u> die russische Sprache sprechen müßten, erhärtet diese Annahme. Noch 1958 betonte V. Krūmiņš in "Padomju Latvijas Komunists", daß "unsere Mitarbeiter, um im Volk arbeiten zu können, dessen Traditionen und sonstige Eigenheiten kennen sollten. Damit sie sich in einer verständlichen Sprache mit ihm unterhalten können, müssen die führenden Mitarbeiter lettisch und auch russisch beherrschen"[155]. Dasselbe forderte Kalnbērziņš am 13. Januar 1959

[155] Padomju Latvijas Komūnist 1958, Nr. 10

auf einem außerordentlichen Plenum der KPL[156]. Auch andere Anzeichen sprechen dafür, daß es sich nicht um eine Auseinandersetzung innerhalb der KP Lettlands handelte, sondern darum, daß deren Kurs in Widerspruch zur Parteileitung der KPdSU geraten war.

Die Säuberungsaktionen in der KP Lettlands wurden anscheinend persönlich von Chruščev eingeleitet, der kurz zuvor, im Juni 1959, in Riga gewesen war. Als erstes Opfer setzte das Präsidium des Obersten Sowjets der lettischen Sowjetrepublik am 15. Juli 1959 den Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates, Eduards Berklavs, der dieses Amt seit Mitte Januar des gleichen Jahres bekleidete, ab. Einige Wochen lang erschienen in der sowjetischen Presse kritische Artikel über die Schädlichkeit des bürgerlichen Nationalismus. Nach und nach folgten dann weitere Absetzungen und Umbesetzungen von wichtigen Posten.

Von den Säuberungen im Jahr 1959 wurden folgende Personen betroffen:
Pauls Dzērve, Dozent der Staatlichen Universität und Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Akademie der Wissenschaften;
Indriķis Pinksis, Vorsitzender des Gewerkschaftsrates der Republik;
Edgars Muķins, Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission;
Kārlis Ozoliņš, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der SSR Lettland;
Vladislavs Ruskulis, Erster Sekretär der kommunistischen Jugendorganisation (Komsomol) der SSR Lettland;
Jānis Brencis, Zweiter Sekretär der kommunistischen Jugendorganisation (Komsomol) der SSR Lettland.

Der Erste Sekretär des ZK der KP Lettlands, Jānis Kalnbērziņš, wurde am 25. November 1959 von seinem Amt entbunden und zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets ernannt. Der Vorsitzende des Ministerrates, Vilis Lācis, bat zur selben Zeit um Befreiung von seinem Amt aus gesundheitlichen Gründen. Danach spielte er im politischen Leben nie wieder eine Rolle.

Aber die Säuberungen in der Partei und im Staatsapparat dauerten weiter an. Sie betrafen folgende Personen:
Vilis Krūmiņš, Zweiter Sekretär der KPL;
Pavels Pizāns, Redakteur des Parteiorgans "Cīņa";

---

156 Cīņa 13.1.1959

Aleksandr Nikonov, Landwirtschaftsminister;
Eduards Liberts, Minister für Autotransporte und Verkehrswege der Republik;
Voldemars Kalpiņš, Kultur- und Außenminister;
P. Černovskis, Stellvertretender Kulturminister;
Nikolajs Bisenieks, Sekretär des ZK der KPL;
Kārlis Voltmanis, Vorsitzender des Gewerkschaftsrates der Republik;
Benjāmiņs Treijs, Dozent der Staatsuniversität und wissenschaftlicher Mitarbeiter von Dzēre in der Akademie der Wissenschaften;
A. Straujums, Sekretär der Rigaer Parteiorganisation.
Aus ihren Ämtern wurden noch die Parteifunktionäre Vilks und Sondors entfernt.

Der Sturz der meisten Funktionäre erfolgte nicht schlagartig. Zunächst wurden sie auf einen weniger wichtigen Posten abgeschoben, um dann nach einiger Zeit ganz in der Versenkung zu verschwinden. Nicht gegen alle wurde auch der Vorwurf des "Nationalismus" erhoben. Manchen sagte man Unfähigkeit oder Korruption nach. Vielleicht ist das im Falle von Nikonov und Liberts zutreffend, vielleicht auch in bezug auf die Entlassung führender Funktionäre des Exekutivkomitees und des Parteikomitees der Stadt Riga, die in den nächsten Jahren erfolgte.

In diesem Zusammenhang sind einige persönliche Zeugnisse beachtenswert. Ein Augenzeuge, der Lettland verlassen konnte, hörte Anfang 1959 einen lettischen Kommunisten sagen: "Und wenn ich zehnmal Kommunist bin, sehe ich doch, daß die Sache nicht gut ist"[157], womit dieser die Umstände der sowjetrussischen Okkupation meinte. Aus einem anderen Zeugnis geht hervor, daß die alten lettischen Kommunisten in der KPL gegen die Absetzung von Berklavs offen Einspruch erhoben. In einer Sitzung des ZK-Büros der KPL sollen sie gesagt haben, daß "die Forderung von Berklavs, lettische Genossen in führende Positionen zu bringen, vollkommen begründet" sei. "Schon heute (1959) sitzen in allen wichtigen Ämtern zu 80 % Russen"[158]. Berklavs war und blieb Kommunist. Er versuchte nur, den lettischen Kommunisten eine führende Stellung zu verschaffen und den Zustrom von russischen Funktionären nach Riga aufzuhalten. Das begründete er mit der Ablehnung des großrussischen Chauvinismus. Als Pelše zu dieser Frage Stellung nahm, betonte er, daß "der kluge Hinweis Lenins zu beachten sei, gegen den Chauvinismus der Großrussen erst die Russen kämpfen zu lassen, gegen die örtlichen Nationalisten jedoch deren Landsleute"[159].

---

[157] LRK- Archiv Nr. 0205/59
[158] LRK- Archiv Nr. 0200/59
[159] Rapoport, Budni podpolja, S. 276 ff

Eduards Berklavs und Pauls Dzērve waren viele Jahre lang kommunistische Kämpfer im Untergrund und begannen ihren Aufstieg in der Partei als Sekretäre der lettischen kommunistischen Jugendorganisation. Daß Ruskulis und Brencis, der Erste und Zweite Sekretär der lettischen kommunistischen Jugendorganisationn, gleichfalls der Säuberung von 1959 zum Opfer fielen,[160] läßt vermuten, daß die Gedanken an eine größere Selbständigkeit in der lettischen Parteiorganisation beheimatet waren.

Berklavs und Dzērve, die offenbar als "Hauptschuldige" angesehen wurden, wurden zuerst aus ihren Ämtern entfernt. Der erste wurde nach Vladimir geschickt und soll heute irgendwo im Innern der Sowjetunion Sowchosdirektor sein. Dzērve starb 1961 als Dreiundvierzigjähriger in Riga unter ungeklärten Umständen. Von den meisten anderen hat man nichts mehr gehört. Der ehemalige Kultusminister Valdemars Kalpiņš, der seinen Posten erst einige Jahre später verlor, ist Museumsdirektor, und man sah ihn 1965 auf dem Kongreß des Schriftstellerverbandes. Das gegen ihn verhängte Schreibverbot ist inzwischen aufgehoben worden.

An die Stelle des gemaßregelten Zweiten ZK-Sekretärs der KP Lettlands, Krūmiņš, der übrigens der einzige war, der sich zu rechtfertigen versuchte, trat ein aus dem Apparat der KPdSU kommender Russe, Gribkov. An die Stelle des Zweiten ZK-Sekretärs der Kommunistischen Jugendorganisation Brencis kam ein völlig unbekannter Russe namens Karpov, und an die Stelle des Ersten Sekretärs der bis dahin nicht besonders hervorgetretene Lette Zitmanis, der seine Sache so gut machte, daß ihm einige Jahre später die wichtige ZK-Abteilung für Parteiorgane übertragen wurde. Mehr als alles andere kennzeichnen diese Tatsachen, wie die KP Lettlands daran gehindert wurde, lettische Interessen in bescheidenem Umfang wahrzunehmen.

---

[160] Cīņa 20.12.1959

Die Jugendorganisation

Die kommunistische Jugendorganisation heißt offiziell: Latvijas Ļeņinistiska Kumunistiska Jaunatnes Savienība (Leninistisch-Kommunistischer Jugendbund Lettlands) - ĻKJS. In der Alltagssprache hat sich die Benennung "Komjaunatne" durchgesetzt, die dem russischen "Komsomol" entspricht. Die Komjaunatne, die unter der Leitung der Partei steht, erfaßte die Jugendlichen im Alter von 14 bis 26 Jahren.

Die kleinsten Kinder werden in der "Oktobrēni"-Organisation erfaßt. Die Oktobrēni begannen ihre Tätigkeit in Lettland erst Ende 1957[161]. Ihre Aufgabe ist es, die Kinder auf den Eintritt in die Organisation der Pioniere vorzubereiten, in die Kinder zwischen dem 9. und 14. Lebensjahr aufgenommen werden.

Die Pioniere ahmen zum Teil die Bräuche der europäischen Jugendorganisationen nach. Es werden Spaziergänge, Lagerfeuer, Spiele veranstaltet, doch nimmt die ideologische, besonders die atheistische Erziehung der Kinder einen großen Platz ein.

Trotz dieser vorangegangenen Erziehung stehen viele Mitglieder "Komjaunatne", der ideologischen Indoktrination recht kritisch oder gleichgültig gegenüber. In Lettland geht das Wort von den "roten Radieschen mit weißer Mitte" um[162]. Die Klagen über den mangelnden Idealismus der Jugendlichen reißen nicht ab[163].

Ein jugendlicher Umsiedler meinte: "Die lettische Jugend ist nicht kommunistisch. Die Kommunisten können sich nicht einmal auf 10 % der lettischen Jugend verlassen. In die Komjaunātne tritt man nur ein, um die Schule ungestört besuchen zu können und um des Fortkommens willen[164]. Die abweichende Meinung, daß der Kommunismus einen starken Einfluß auf die Jugend ausübe, ist vor allem von Angehörigen der älteren Generation[165] zu hören, die wenig Verbindungen zu der Jugend haben und ihre Meinung auf Grund des äußeren Scheins bilden.

---

[161] Pionieris 19.9.1957

[162] LRK- Archiv Nr. 0289/59, 019/57

[163] Vgl. Padomju Latvijas Skola 1958, Nr. 4, 1962 21.3.; Komsomolskaja Pravda 18.4.1958; Okupēta Latvija 1956, Nr. 26, 1957 Nr. 36, 39, 41

[164] LRK- Archiv Nr. 0195/57; vgl. Ischreyt, Das Baltikum heute, S.

[165] LRK- Archiv Nr. 0203/58, 0374/63

Die Partei, die ĻIKJS und besonders die Lehrer bemühen sich, die Jugendlichen für die Pioniere und die Komjaunatne zu gewinnen. Für eine erfolgreiche Werbung erhalten sie Vergünstigungen verschiedener Art[166]. Besonderer Wert wird darauf gelegt, die begabten Schüler für die Komjaunatne anzuwerben. Wenn die Werbungsversuche erfolglos sind, besucht die Klassenlehrerin die Eltern, um die Gründe zu erkunden. Da viele Lehrer selbst keine überzeugten Kommunisten sind, weisen sie in derartigen Besprechungen vor allem auf die Schwierigkeiten hin, die für sie daraus entstehen könnten, daß sie keine neuen Kandidaten für diese Organisationen finden[167].

1962 waren 58 % der Komjaunatne Schüler und Studenten und nur 42 % gehörten der Arbeiterjugend an. Die Schulung der in der Wirtschaft tätigen Mitglieder der Komjaunatne dient vor allem der Produktionssteigerung. Sie werden an kritischen Punkten der Wirtschaft eingesetzt. So wurden bei dem aussichtslosen Versuch, in Lettland Mais anzubauen, in großem Umfang Mitglieder der Komjaunatne eingesetzt. Im Jahre 1960 wurden 35 500 ha Maiskulturen, d.h. 58,9 % der gesamten Mais-Anbaufläche, von Angehörigen der Komjaunatne betreut[168].

1956 wurde unter den lettischen Jugendlichen und vor allem den Mitgliedern der Komjaunatne eine Kampagne durchgeführt, um sie dazu zu bewegen, sich zur Arbeit in den Neulandgebieten Kasachstans zu melden. Im selben Jahr fuhren 1600 Jugendliche in die Industriewerke Sverdlovsk, Kurgan und in den Donbas. In den Betrieben des Landes übt die Organisation des "Komjaunatne-Scheinwerfers" Kontrollfunktionen aus, der eng mit der Volkskontrolle (früher: Partei- und Staatskontrolle) zusammenarbeitet.

Eine besondere Stellung nehmen die Hochschulorganisationen der Komjaunatne ein. Zwar gab es nach kommunistischen Angaben in den letzten Jahren der Unabhängigkeit Lettlands ungefähr 1 000 Studenten in "linken Jugendgruppen"[169], aber gerade die ersten Jahre nach 1944 zeigten, wie wenig Widerhall die Komjaunatne in den Hochschulen fand. Ende 1944 waren von 1 853 Studenten der Staats-Universität in Riga nur 23 Mitglieder der kommunistischen Jugendorganisation, das sind 1,2 %. Nur wegen der Bevorzugung der Mitglieder der Komjaunatne bei den Aufnahmeprüfungen wuchs ihre Zahl bis zum Oktober 1946 auf 419, unter denen aber viele Nicht-Letten waren. Frei-

---

[166] LRK- Archiv Nr. 0299/59

[167] LRK- Archiv Nr. 0299/59

[168] Vgl. Ežegodnik 1961, 1962 (Latvijskaja SSR)

[169] Vgl. Latgales Komūnisti, S. 311, Kalniņš, Latvijas sociāldemokratijas, S. 277

lich wuchs dann in den folgenden Jahren die Zahl ständig weiter. Allerdings nahmen zugleich auch die Klagen wegen Abweichungen von der Parteilinie zu.

Der Staat

Nach der Verfassung ist der Oberste Sowjet der SSR Lettland das oberste Staatsorgan der Republik. Er wird auf vier Jahre gewählt. Wahlen fanden 1940 (zum "Volksparlament"), 1947, 1951, 1955, 1959 und 1963 statt. Den Wählern wird eine Einheitsliste aus Mitgliedern der KP und Parteilosen vorgelegt. Sie haben keine Möglichkeit, durch Streichungen oder auf andere Weise ihren Willen zum Ausdruck zu bringen. Möglicherweise kommen auch Wahlfälschungen vor. Die Wahlbeteiligung und die Zustimmung zur Einheitsliste lagen in den Nachkriegsjahren immer in der Nähe von 100 Prozent.

Der Oberste Sowjet der SSR Lettland wird in der Regel zweimal jährlich einberufen. Er war bisher eine Versammlung notorischer Ja-Sager und trat lediglich zur formalen Bestätigung längst vollzogener Entscheidungen zusammen. Gegenwärtig besteht er aus 200 Abgeordneten; diese dürfen nicht ohne Zustimmung des Obersten Sowjets vor Gericht geladen oder verhaftet werden. Sie können von den Wählern ihres Wahlbezirks jederzeit abberufen werden, was in Lettland auch geschehen ist. Es handelt sich um den Fall des Traktoristen Podkalns, der, mit großen Vorschußlorbeeren ausgestattet, gewählt wurde, dann aber unter nicht ganz geklärten Umständen auf seinen Sitz verzichten mußte. Man machte ihm vor allem den Vorwurf, die "Wählerwünsche" nicht berücksichtigt zu haben[170].

Nach dem Text der Verfassung liegt die gesetzgebende Gewlt beim Obersten Sowjet. Tatsächlich beschränkt sich seine Tätigkeit jedoch auf die Bestätigung von Dekreten, die vom Präsidium des Obersten Sowjets der SSR Lettland erlassen worden sind. Das ist bisher immer einstimmig geschehen. Er bestätigt auch die ihm vorgelegte Liste der Minister des jeweiligen Ministerrats. Der Oberste Sowjet bildet für verschiedene Sachbereiche Ausschüsse, deren Tätigkeit in der SSR Lettland noch geringfügiger ist als in anderen Republiken, z.B. in der SSR Estland. Die Vorsitzenden dieser Ausschüsse sind zuweilen Leiter oder stellvertretende Leiter der entsprechenden Abteilung im ZK der KP Lettlands. Im großen und ganzen spielt

---

[170] Vgl. Okupētā Latvija, 1956, Nr. 32, 1957, Ne. 34; Partijnaja žizn' 1957, Nr. 2; Sovetskaja molodež, 6.2.1957

der Oberste Sowjet politisch überhaupt keine Rolle. Das könnte sich nur ändern, wenn man sich auf seine verfassungsmäßigen Rechte und Aufgaben besinnen und sie aktivieren wollte.

Das Präsidium des Obersten Sowjets ist nach sowjetischer Auffassung das "kollektive Staatsoberhaupt". Es übt zwischen den Sitzungen des Obersten Sowjets, also praktisch etwa 361 Tage im Jahr, die Befugnisse des Obersten Sowjets aus. Neben einigen unbedeutenden Mitgliedern befindet sich im Präsidium des Obersten Sowjets der SSR Lettland meistens einer der Sekretäre des ZK der KP Lettlands. Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets gehört in der Regel dem obersten Parteigremium an. Er vertritt die Republik und rangiert gegenwärtig bei politischen Veranstaltungen nach dem Ersten ZK-Sekretär, und vor dem Ministerratsvorsitzenden.

Die Rechtsetzungstätigkeit des Präsidiums des Obersten Sowjets unterliegt im wesentlichen dreierlei Beschränkungen. Das Präsidium ist an die Weisungen der KP Lettlands gebunden, die ihrerseits den Weisungen der KPdSU unterworfen ist. Es hat die Entschließungen des Ministerrats und die Verfügungen der Ministerien der Ministerien zu beachten, die ihrerseits auf den Verfügungen und Entschließungen des Ministerrats der UdSSR und - sofern es sich um unions-republikanische Ministerien handelt - auch der entsprechenden Ministerien der UdSSR beruhen. Schließlich müssen die vom Präsidium des Obersten Sowjets erlassenen Gesetze mit den Gesetzen der UdSSR im Einklang stehen. In dem durch diese Beschränkungen abgesteckten Rahmen hat das Präsidium des Obersten Sowjets nur einen geringen Spielraum für eine eigene Initiative.

Das höchste Exekutivorgan, die Regierung der SSR Lettland ist der Ministerrat (bis 1948 "Rat der Volkskommissare"). Die sowjetischen Juristen bezeichnen den Ministerrat als das oberste Verwaltungsorgan des Staates. Sie weisen darauf hin, daß die Existenz eines solchen Staatsorgans vom sozialistischen Zentralismus gefordert werde, obgleich im Sowjetstaat alle Macht in den Händen der Abgeordnetenräte der Werktätigen liegen[171].

Der Ministerrat hat das Recht, Bestimmungen und Anordnungen zu erlassen (Art. 41). Er vereinigt und leitet die Arbeit der Ministerien und der diesen unterstellten Wirtschafts-, Verwaltungs- und Kulturorgane. Er stellt den Staatshaushalt auf und sorgt für dessen Durchführung. Er bestimmt auch

[171] Kļava, Ūdris , Tille: Latvijas PSR konstitūcija, S. 90

über den Volkswirtschaftsplan der Republik, leitet und überwacht die Tätigkeit der Exekutivkomitees in den einzelnen Rayons und gründet die erforderlichen Ausschüsse und Hauptverwaltungen des Ministerrats.

Die Zahl der Ministerien und ihr Aufgabenbereich ändert sich sehr häufig, was mit den laufenden Umorganisierungen des sowjetischen Verwaltungsapparates auf Unionsebene zusammenhängt. Alle Veränderungen in der staatlichen Struktur der UdSSR - Einführung und Abschaffung der Volkswirtschaftsräte, Einführung und Abschaffung der Partei- und Staatskontrolle, Zentralisierung und Dezentralisierung der Wirtschaftsverwaltung usw. - spiegeln sich im Bereich der Republik in der Struktur des Ministerrats.

Gleichgeblieben ist lediglich sein allgemeiner Aufbau. An seiner Spitze steht der Vorsitzende des Ministerrats, der in der Rangfolge nach dem Ersten Sekretär des ZK der KP Lettlands und dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets an dritter Stelle steht. Er hat einen oder mehrere Erste Stellvertreter und Stellvertreter, die für bestimmte Sachgebiete (Landwirtschaft, Kultur, Industrie usw.) zuständig sind. In der Rangordnung folgen sie etwa auf die ZK-Sekretäre.

Bei den Ministerien unterscheidet man unions-republikanische Ministerien und Republiksministerien. Die unions-republikanischen Ministerien, für deren Aufgabenbereich es auch ein entsprechendes Ministerium auf Unionsebene gibt, befindet sich in doppelter Unterordnung gegenüber diesem Ministerium in der UdSSR einerseits und gegenüber dem Ministerrat der Republik andererseits, während die Republiksministerien nur dem Ministerrat der Republik verantwortlich sind. Die All-Unionsministerien verwalten ihre Arbeitsgebiete durch ihnen unterstellte Behörden in der Republik; einen unmittelbaren Einfluß kann der Ministerrat der Republik durch seine Ministerien auf diese Bereiche auch in beschränktem Maße nicht ausüben.

Ferner haben die Vorsitzenden verschiedener Staatskomitees einen Sitz im Ministerrat. Unter ihnen muß das Komitee für Staatssicherheit (KGB: Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti) hervorgehoben werden, ebenso das Komitee für Partei- und Staatskontrolle, das von 1963 bis 1965 bestand und dann in ein "Komitee für Volkskontrolle" umgestaltet wurde. Das Komitee für Volkskontrolle nimmt auf den verschiedenen Gebieten der Verwaltung Kontrollfunktionen wahr.

Trotz einer formalen Trennung zwischen Partei und Staat sind die beiden

Herrschaftsstrukturen eng miteinander verbunden. Träger von Parteiämtern wechseln häufig in entsprechende Staatsämter über: z.B. wurde der ZK-Sekretär Strautmanis, der für die Landwirtschaft zuständig war, zum 1. Stellvertretenden Ministerratsvorsitzenden für dasselbe Fachgebiet ernannt. Auch werden oft Träger von Staatsämtern Parteifunktionäre. Wie sehr sich beide Sphären durchdringen und wie abhängig sowohl die Partei als auch der Staat von der Zentrale in Moskau sind, zeigte sich deutlich bei der Liquidierung der "nationalkommunistischen" Bewegung in Lettland[172].

Die Bevölkerung Lettlands wählt auch Abgeordnete für den Obersten Sowjet der UdSSR, und zwar nach je 300 000 Einwohnern einen Deputierten für den Unionssowjet und 32 (bis 1966 25) Deputierte für den Nationalitätensowjet (§ 35 der Verfassung der UdSSR). Nur ein Teil der auf diese Weise gewählten Deputierten sind Letten, obgleich die frühere Gepflogenheit, sowjetische Spitzenfunktionäre (z.B. Stalin, Molotov, Suslov, Saburov usw.) zu "wählen", heute nicht mehr üblich ist. Von 1954 bis 1957 war Vilis Lācis, damals Ministerratsvorsitzender der SSR Lettland, zugleich Vorsitzender des Nationalitätensowjet, seither ist es Jānis Peive, ein Rußland-Lette, der nach 1945 verschiedene hohe Ämter in der SSR Lettland bekleidet hat.

Die Kommunalverwaltung liegt in den Händen der Rayon-, Stadt-, Siedlungs- und Dorfsowjets der Deputierten der Werktätigen, die auf die Dauer von zwei Jahren gewählt werden. Die eigentliche Entscheidungsgewalt kommt dem jeweiligen Exekutivkomitee des örtlichen Sowjets zu. Die Stellung des Vorsitzenden des Exekutivkomitees einer Stadt ist mit der eines Oberbürgermeisters vergleichbar.

In "Padomju Latvijas Komūnists" erschien 1962 eine Übersicht über die Aufgaben der örtlichen Sowjets, in der folgende Arbeitsgebiete enthalten waren[173]:
Planung der Volkswirtschaft und des Haushalts;
Tätigkeit der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe;
Wohnungsbau und Kommunalwirtschaft;
Handel und Dienstleistungen;
Verkehrswesen und Wegebau;
Volksbildung;
Gesundheitswesen;
Kultur;
"sozialistische Gesetzlichkeit";

---

[172] Vgl. Brīvība 1960, Nr. 3

[173] Birziņa, L., Padomes und valsts parvaldīšanas demokratisko principu attīstība, in: Padomju Latvijas Komunists, 1962, Nr. 2, S. 17 f

Erfüllung der sozialistischen Verpflichtungen;
Einführung "neuer Traditionen".

Inzwischen wurden zwar die Kompetenzen der Exekutivkomitees in bezug auf Industrie und Landwirtschaft beschnitten, doch ist in der Arbeit der örtlichen Sowjets nach wie vor eine auch im Programm der KPdSU verankerte Aufgabe deutlich sichtbar, nämlich die Einbeziehung breiter und der KP fernstehender Volksmassen in die kommunistisch geformte, geleitete und kontrollierte "gesellschaftliche Selbstverwaltung". Über die örtlichen Sowjets werden die Werktätigen weitgehend in die Arbeit der Exekutivorgane einbezogen.

Im Staatsapparat nimmt das Komitee für Staatssicherheit eine besondere Stellung ein, obgleich es nach dem Tode Stalins an Bedeutung eingebüßt hat. Sein Vorsitzender in der SSR Lettland, Longins Avdjukevičs[174], rühmte 1963 die schrecklichen Traditionen der GPU und Tscheka in folgenden Worten: "Unser Sicherheitsdienst oder, wie ihn das Volk mit Liebe nennt, die Tschekisten, hat dem Volk in den schweren Tagen des Bürgerkrieges zum Siege verholfen..... Die lettischen Tschekisten können auf berühmte Kampftraditionen zurückblicken. Viele Tschekisten der legendären Zeit des Bürgerkrieges entstammen der lettischen Arbeiterklasse und den Kompanien der roten Schützen. Neben dem Namen F. Dzeržinskijs wird das Sowjetvolk den seines Vertreters Pēters und des lettischen Tschekisten Bērziņš und vieler anderer in ewig gutem Gedächtnis behalten"[175]. Nachdem zeitweise (1953-1955) das Komitee für Staatssicherheit dem Innenministerium unterstellt war, steht es heute auf einer Ebene mit Ministerien; sein Vorsitzender hat den Ministerrang. Seine Anweisungen erhält er aus Moskau.

Einzelne Berufsgruppen, so die Eisenbahner, Seeleute und andere Personen, die mit dem Ausland in Verbindung stehen, werden besonders aufmerksam überwacht. Stoßen die Miliz und die Volkskontrollgruppen auf Material, das möglicherweise in die Kompetenz des Komitees für Staatssicherheit gehört, wird es an dieses weitergeleitet. Das Netz der Agenten ist zwar weitmaschiger als früher, überzieht aber immer noch das ganze Land.

Die Staatssicherheitsbehörden überwachen auch die Zensur. Briefe, die ins Ausland gehen oder aus dem Westen kommen, werden einer Kontrolle unterzogen. Verdächtige Briefe werden geöffnet und fotokopiert, bevor sie an den

---

[174] Avdjukevičs gehört seit dem 15. Mai 1934 der illegalen Kommunistischen Partei Lettlands (Gemeinde Ludza) an. (Vgl. Letgales partizani S. 182). Er bekleidet sein Amt seit dem 30.1.1963

[175] Cīņa 20.12.1963

Adressaten weitergeschickt werden. Die Fotokopien solcher Texte kommen zu den Akten der betreffenden Personen[176]. Zuweilen erhalten die Adressaten die kontrollierten Briefe nicht durch die Post, sondern werden statt dessen zu den Staatssicherheitsbehörden zitiert und über Einzelheiten befragt. Gegenwärtig befaßt sich der Staatssicherheitsdienst besonders mit der "Abwehr westlicher Diversion"[177] und der Überwachung aller Personen, die mit Reisenden aus dem Westen zusammenkommen. Diese Reisenden selbst werden jedoch nicht immer laufend überwacht.

Die Justiz

"Eine Diktatur ist in unseren Händen, und wir müssen mit unseren Gesetzen, mit juristischen und mit anderen Maßnahmen, in einem solchen Maße auf das Leben einwirken, wie es vielleicht selbst Engels nicht vorausgesehen hat", schrieb 1919 Pēteris Stučka,[178] einer der bedeutendsten Schöpfer des Sowjetrechts und Chef des ersten kommunistischen Regimes in Lettland. Er formulierte damit die Hauptaufgabe der Sowjetjustiz. Sie sollte damals und soll auch heute noch helfen, "die Politik der Kommunistischen Partei zu verwirklichen" [179], und die "Waffe der Diktatur der Werktätigen" sein[180].

Die revolutionären Tribunale, in deren Händen die Rechtsprechung in den ersten fünf Monaten des Jahre 1919 lag[181], waren nur ein Zwischenspiel, das keine nachhaltigen Spuren hinterließ. Die Veränderungen der Jahre 1940/41, die sehr schnell und energisch herbeigeführt wurden, schufen einen Zustand, der im großen und ganzen heute noch besteht. Damals wurden die sowjetische Gerichtsverfassung (Volksgerichte, Staatsanwaltschaft, Rechtsanwaltskollegium) sowie ein neues Straf- und Zivilrecht eingeführt, die auf Rechtsprinzipien beruhen, die dem lettischen Volk bisher fremd gewesen sind.

---

[176] LRK- Archiv Nr. 0220/57

[177] Cīņa 26.12.1963

[178] Vgl. P. Dzērve, Pēteris Stučka S. 148

[179] So M. Blūms in einer Rundfunkrede v. 14.12.1957, "Okup. Latv." 1957, Nr. 43

[180] Der Leiter der juristischen Abt.d. Präs. d. Ob.Sowjets der SSRL, Rīdziņš in einer Rundfunksendung v.7.12.1957, "Ok. Latv." 1957, Nr. 43

[181] Vgl. hierzu Popoff, G. Sowjetherrschaft in Europa, Bern 1935, S. 63-69; Grüner, Von der Willkür zum System, S. 24-27

Das Gerichtssystem

Die Grundlage der Gerichtsverfassung ist die Verfassung der SSR Lettland vom 25. August 1940, deren Teil VII Struktur und Tätigkeit der Gerichte behandelt. Infolge der Okkupation wurde der räumliche Geltungsbereich des sowjetischen Gerichtsverfassungsgesetzes vom 16. August 1938 auf Lettland erstreckt[182]. 1959 trat an die Stelle des Unionsgesetzes das Gesetz über das Gerichtswesen der SSR Lettland, das nunmehr für die Tätigkeit der Gerichte maßgebend ist.

Ūdris charakterisiert in seinem Kommentar zur Verfassung der Republik das Gerichtswesen folgendermaßen:
"Die Freiheit der Gerichte in der Lettländischen Sowjetrepublik wird vom Obersten Gericht der Lettländischen Sowjetrepublik, von den Volksgerichten sowie von den Sondergerichten der UdSSR, die von dem Obersten Sowjet der Sowjetunion gegründet werden, ausgeübt. Alle diese Gerichte sind Bestandteile des einheitlichen sowjetischen Gerichtssystems. Diese Einheit wird sowohl durch die Klassengleichheit der Richter und ihrer Unterordnung unter die Sowjetgesetze als auch dadurch gesichert, daß die zweite Instanz gemäß dem Gerichtsverfassungsgesetz die Gerichtsbarkeit der ersten Instanz leitet und verbessert"[183].

In erster Instanz wird der Fall vor den zuständigen Volksgerichten verhandelt. Diese sind in jedem Rayon und in jeder rayonfreien Stadt tätig. Das Volksgericht behandelt alle Zivil- und Strafsachen, ausgenommen diejenigen, für die nach dem Gesetz das Oberste Gericht der SSR Lettland oder die Kriegstribunale zuständig sind[184]. Die Verfassung bestimmt, daß die Volksgerichte in allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen von den Bürgern der Städte und der Rayons gewählt werden sollen. Tatsächlich bezieht sich das jedoch nur auf die Richter, deren Amtszeit fünf Jahre dauert, während die Beisitzer von Arbeitern, Angestellten, Bauern oder Soldaten in Versammlungen auf zwei Jahre benannt werden. Die Vorsitzenden der Volksgerichte werden vom Vorsitzenden des Obersten Gerichts der SSR Lettland eingesetzt oder bestätigt.

---

[182] Vgl. Miller, V.O., Razvitie sovetskoj gossudarstvennosti v Latvii, S. 111

[183] Latvijas PSR konstitūcija S. 127

[184] Latv. PSR Augst. Tiesas Biļetens 1959, Nr. 3

Die Richter und Beisitzer der Volksgerichte sind verpflichtet, über ihre Tätigkeit vor ihren Wählern Rechenschaft abzulegen und können von diesen vor Ablauf ihrer Amtszeit abberufen werden. Auf diese Weise können die Parteiorgane die Tätigkeit der Gerichte auf der unteren Ebene wirksam kontrollieren.

Bis 1959 leitete und überwachte das Justizministerium das Gerichtswesen der Republik[185]. Seither ist diese Aufgabe auf das Oberste Gericht der SSR Lettland übergegangen. Außerdem kann das Oberste Gericht größere Zivil- und Strafsachen in erster Instanz verhandeln. Es wird vom Obersten Sowjet der SSR Lettland gewählt. Über Proteste gegen Urteile der Volksgerichte und des Obersten Gerichts in Zivil- und Strafsachen sowie gegen bereits rechtskräftige Entscheidungen in Zivilsachen entscheidet das Präsidium des Obersten Gerichts. Außerdem ist es zuständig für Disziplinarverfahren gegen Mitglieder des Obersten Gerichts der SSR Lettland. Proteste gegen seine Beschlüsse werden vor dem Plenum des Obersten Gerichts verhandelt.

Neben den ordentlichen Gerichten gibt es in Lettland Sondergerichte. Das sind die Kriegstribunale und die Sondergerichte für den Eisenbahn- und Wassertrabsport. Die Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden und Richter dieser Gerichte werden vom Obersten Sowjet der UdSSR auf fünf Jahre gewählt[186]. Der Oberste Sowjet der Republik wählt nur die Beisitzer.

An der Spitze der Organisation der sowjetischen Staatsanwaltschaft, die stark zentralistisch ausgestaltet ist, steht der Generalstaatsanwalt der UdSSR. Er ernennt den Staatsanwalt der SSR Lettland auf die Dauer von fünf Jahren. Der Staatsanwalt der SSR Lettland darf zwar seinerseits die Staatsanwälte in den Städten und Rayons ernennen, muß aber die Bestätigung des Generalstaatsanwalts der UdSSR einholen. Die Organe der Staatsanwaltschaft der Republik sind letztlich dem Generalstaatsanwalt der UdSSR unterstellt.

Der Aufgabenbereich der Staatsanwaltschaft als "Hüterin der Gesetzlichkeit" ist sehr umfangreich. Sie wacht über die Durchführung der Gesetze durch alle Ministerien der Republik, durch die Behörden und Betriebe sowie

---

[185] Vgl. Dzilleja in: Latviešu Juristu Raksti, 1961, Nr. 6, S. 13

[186] Vgl. Latvijas PSR konstitūcija S. 127 f

durch die Bürger. Der Staatsanwalt der Unionsrepublik darf ferner den Vollzug eines Urteils oder Gerichtsbeschlusses in jeder Zivil- und Strafsache aussetzen. Er beteiligt sich an allen Ermittlungsverfahren, die vom Präsidium des Obersten Gerichts der Republik durchgeführt werden. Die Organe der Staatsanwaltschaft überwachen die Gefängnisse und Haftanstalten[187].

Zwiespältig, schwierig und sehr wenig einflußreich ist die Tätigkeit der Verteidiger, wie sie zuletzt im Gesetz über die Tätigkeit der Rechtsanwälte der Sowjetrepublik Lettland festgelegt worden ist[188]. Den Prinzipien der sowjetischen Rechtsordnung gemäß sieht die Verordnung sogenannte Rechtsanwaltskollegien vor, die dem Ministerrat der SSR Lettland unterstehen. Sie sollen die Rechte und Rechtsinteressen der Bürger wahren, zugleich aber auch die Beachtung der "sozialistischen Gesetzlichkeit" fördern, weshalb sie vor allem in politisch akzentuierten Prozessen - und das ist doch eine recht große Zahl - die Interessen der Angeklagten nur in sehr beschränktem Maße wahrnehmen können[189].

In Verhandlungen vor den Volksgerichten wirken außer den Rechtsanwälten noch sogenannte "gesellschaftliche Verteidiger" mit, doch sind deren Aufgaben "mehr moralischer als juristischer" Art.

Die Rechtsordnung

Durch Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 6. November 1940 wurden in der Sowjetrepublik Lettland und in den anderen baltischen Sowjetrepubliken Gesetze der Russischen Föderation (RSFSR), vor allem die Straf-, Zivil- und Arbeitsgesetze, eingeführt. Diese widersprachen der einheimischen Tradition. Im Rechtsempfinden des lettischen Volkes waren dank dem baltischen Provinzialrecht die Prinzipien des Römischen und des Germanischen Rechts fest verankert. Dazu traten das örtlich gebundene Gewohnheitsrecht und seit 1864 die unter französischem Einfluß entstandenen

---

[187] Vgl. Latvijas PSR Konstitūcija S. 129-138. Bezeichnend ist für die Bedeutung der Staatsanwaltschaft, daß die lettischen Gerichte in diesem Kommentar auf zweieinhalb Seiten behandelt werden, während der Staatsanwaltschaft neun Seiten gewidmet sind.

[188] Der Text steht in Latv. Augst. Tiesas Biļetēns 1960, Nr. 4

[189] Über die rechtliche und materielle Lage der Rechtsanwälte vgl. Dziļleja in: Latviešu Juristu Raksti 1961, Nr. 5, S. 24 f

"Ustavy"[190]. Durch den Erlaß vom November 1940, der als Gewaltakt anzusehen ist, enstand eine völlig neue Lage, die durch die Abwesenheit elementarer Prinzipien des Rechtsstaates gekennzeichnet war. Das Rechtsprinzip "nulla poena sine lege"[191] wurde ignoriert. Sogar die Zugehörigkeit zur "Weißen Armee" während und nach dem Ersten Weltkrieg und die Teilnahme an den Kämpfen gegen die Sowjets in den Jahren 1919 und 1920 wurden bestraft. Ferner konnte jeder für ein schon verbüßtes Verbrechen erneut zur Verantwortung gezogen werden. Den bisherigen Rechtsgrundsätzen widersprach auch die im Erlaß vom 26. Mai 1947 vorgesehene Einziehung des Vermögens von Personen, die deportiert worden waren, die Todesstrafe für Wirtschaftsvergehen und die übermäßige Härte der Strafen bei Steuerhinterziehung[191a].

Eine solche Gesetzgebung konnte sich weder auf die örtlichen Traditionen und das Rechtsempfinden noch auf den Willen der Bevölkerung stützen[192]. Das geht auch aus der Hierarchie der Rechtsquellen im weiteren Sinne hervor[193]:

I.a. Beschlüsse der KPdSU oder gemeinsame Beschlüsse der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR;
  b. Beschlüsse der KP Lettlands oder gemeinsame Beschlüsse der KP Lettlands und des Ministerrats der SSR Lettland;

II.a. Gesetze und Beschlüsse des Obersten Sowjets der UdSSR und Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR;
  b. Gesetze und Beschlüsse des Obersten Sowjets der SSR Lettland; Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der SSR Lettland;

III.a. Beschlüsse und Anordnungen des Ministerrats der UdSSR;
  b. Beschlüsse und Anordnungen des Ministerrats der SSR Lettland.

---

[190] Julijs Šmits in dem Tagungsprotokoll: "2.Latvijas Kriminaltienta Kongress Rīgā, 1940 g.no 28.-30.apr. Tiesjietu ministrijas izd. 1940.g., S. 21

[191] Vgl. hierzu Rusis, A., Sovietization of Criminal Law in Latvia, S. 3
Cakste, M., Padomju Tiesības Latvijā - neaprobežota partijas varmaciba, in Latvju Ziņas, 21. Aug. 1952,

[191a] Rūsis zählt die Strafverfolgungsarten auf, die mit den bisherigen Rechtsprinzipien nicht übereinstimmen.

[192] Rūsis betont, daß das Rechtssystem auf Grund der unrechtmäßigen Gewaltherrschaft durch eine Besatzungsmacht umgestaltet wurde; in: Latviešu Juristu Raksti 1959, Nr. 1, S. 19; vgl.hierzu v. Loening,"Das Subjekt der Staatsgewalt in besetzten feindlichen Gebieten", Niemeyers Ztschr. für Intern. Recht XXVIII, H. 5, 6, S. 297

[193] Diese Wertordnung wurde von Rūsis auf Grund genauer Beobachtung der tatsächlichen Verhältnisse aufgestellt; in Latviešu Juristu Raksti 1959, Nr. 1, S. 21 f

Von einem nennenswerten Einfluß der Organe und Institutionen der Republik auf die Gesetzgebung kann also bis heute nicht die Rede sein, obgleich am 11. Februar 1957 ein Unionsgesetz über die Ausarbeitung und Einführung von eigenständigen Gesetzbüchern in den Unionsrepubliken in Kraft trat[194]. Die Aussicht, daß es den Unionsrepubliken erlaubt sein werde, "die sowjetische Gesetzgebung zu verbessern, sie noch weiter dem Leben anzunähern, indem die nationalen Eigenheiten und besonderen Verhältnisse jeder Unionsrepublik sorgfältig beachtet werden"[195], erwies sich als trügerisch.

Die Abfassung der Codices der Republiken mußte auf der Grundlage geschehen, die für das Strafrecht in den "Grundlagen der Strafgesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken" (v.25.12.1958) und für das Zivilrecht in einem entsprechenden Gesetz (v.5.12.1961) vorgegeben war. Wie gering der Spielraum war, geht aus dem Bericht über eine wissenschaftliche Tagung der Republiken im Mai 1959 hervor. Man wagte z.B. nicht einmal, in den Entwurf des Strafgesetzbuchs der SSR Lettland eine in den "Grundlagen" nicht erwähnte Strafart aufzunehmen. Abweichend vom Vorbild sah ferner der Entwurf bei Fahrlässigkeitsdelikten die Bestimmung vor, daß der Täter nicht nur fähig sein müsse, die Gefährdung der Gesellschaft durch seine Tat oder Unterlassung zu erkennen, sondern auch imstande sein müsse, diese Gefährdung abzuwenden. Doch stießen die lettischen Juristen damit auf Ablehnung. Der Vertrauensmann Moskaus, Prof. Nikiforov, erklärte schlicht, daß Ergänzungen nicht zulässig seien, da sie den "Grundlagen" nicht entsprächen[196].

Unter solchen Voraussetzungen entstanden die für die gegenwärtige Rechtsprechung in Lettland wichtigsten Gesetzeswerke:

1. Das Gesetz über die Gerichtsordnung der SSR Lettland (Dezember 1959)
2. Das Strafgesetzbuch der SSR Lettland (1.4.1961)
3. Die Strafprozeßordnung der SSR Lettland (6.1.1961)
4. Das Zivilgesetzbuch der SSR Lettland (1.6.1964)
5. Die Zivilprozeßordnung der SSR Lettland (1.6.1964)

---

[194] Latv. PSR Augstākās Tiesas Biļetens 1961, Nr. 1, S. 47

[195] Vgl. Osnovy ugolovnogo zakonodatel'stva Sojuza SSR i sojuznych respublik, in: Sovetskoe gosudarstve i pravo 1959, Nr. 2

[196] Latvijas PSR Augst. Tiesas Biļetens 1959, Nr. 2, S. 33-38

In den geringfügigen Abweichungen vom sowjetischen Vorbild, die in diesen Gesetzen anzutreffen sind[197], kommt das besondere Rechtsempfinden der lettischen Bevölkerung ebenso wenig zum Ausdruck wie die angebliche Souveränität der Republik. Ganz im Gegenteil: In der Rechtsreform, die übrigens noch nicht abgeschlossen ist, da vor allem das Familien- und Arbeitsrecht fehlen, wird das sowjetische Rechtssystem der lettischen Bevölkerung zur weiteren Sowjetisierung Lettlands aufgezwungen[198].

Die Kameradschaftsgerichte

Im Artikel 77 der Verfassung der SSR Lettland heißt es: "Die Rechtsprechung wird nur von den Gerichten ausgeübt." Der Kommentar sagt dazu, keine andere Einrichtung habe "das Recht, die Funktionen des Gerichts zu erfüllen"[199]. Die Verfassung nennt die Kameradschaftsgerichte mit keinem Wort. Dennoch erließ der Oberste Sowjet der SSR Lettland am 6. September 1961 ein Dekret über das Inkrafttreten der Verordnung über die Kameradschaftsgerichte[200]. Diese waren schon seit geraumer Zeit auch in Lettland tätig. Ein Jahr zuvor war ihre Zahl mit 2000 bezeichnet worden[201]. 1961 wuchs sie auf 2500.

Artikel 1 der Verordnung umreißt die Aufgaben der Kameradschaftsgerichte wie folgt:

"Die Kameradschaftsgerichte sind gewählte gesellschaftliche Einrichtungen, deren Aufgabe es ist, die Bürger tatkräftig in dem Geiste erziehen zu helfen, der es ihnen ermöglicht, eine kommunistische Haltung zur Arbeit und zum sozialistischen Eigentum einzunehmen und die Normen des sozialistischen Gemeinschaftslebens zu beachten. Ihre Aufgabe ist ferner, in den Sowjetmenschen das Gefühl für das Kollektiv und die kameradschaftliche gegenseitige Hilfe zu entwickeln und sie lehren zu helfen, Ehre und Ruf der Bürger zu achten. Die wichtigste Aufgabe der Kameradschaftsgerichte ist es, Rechtsübertretungen und widerrechtliche Handlungen, die der Gesellschaft schaden, abzuwenden, die Menschen durch Überzeugung und gesellschaftliche

---

[197] Vgl. Verdnikov, V.G. Kabalkin, A.J. Novye graždanskie kodeksy sojuznych respublik, Moskva 1965

[198] Vgl. Schultz, Lothar, Die Verfassungsentwicklung der baltischen Staaten seit 1940, in: Commentationes Balticae VI/VII, S. 309

[199] Latvijas PSR Konstitūcija S. 121-122

[200] Cīņa, Nr. 213 vom 8.1.1961. Auch: Padomju Latvijas Komunists Nr. 9, 1961, S. 36

[201] Cīņa 25. Nov. 1960, vgl. hierzu Šilde, Kollektīva biedru tiesa, in: Latviešu Raksti 1961, Nr. 5

Beeinflussung zu erziehen und Unwillen gegen alle Handlungen hervorzurufen, die gegen die Gesellschaft gerichtet sind. Die Kameradschaftsgerichte genießen das Vertrauen des Kollektivs, bringen dessen Willen zum Ausruck und sind ihm verantwortlich."

Das Kameradschaftsgericht ist also ein Instrument zur Erziehung des Sowjetmenschen außerhalb der Rechtsprechung durch die Gerichte. Es steht im System der Beeinflussungsmittel dem Bereich der Propaganda und der Agitation nahe. Die "Mittel für die gesellschaftliche Beeinflussung", nämlich die Strafen, die das Kameradschaftsgericht verhängen kann, sind beschränkt. Sie beginnen mit einer vorgeschriebenen Entschuldigung und enden bei Geldstrafen in einer Höhe bis zu zehn Rubel oder dem Vorschlag, den Schuldigen im Betrieb auf einen anderen Posten zu versetzen, ihn aus seiner Wohnung zu weisen usw.

Von den bestraften Personen erwartet man Besserung.
"Kein Beschluß eines Kameradschaftsgerichtes darf ohne Spuren bleiben; die örtliche Gesellschaft und das Kollektiv müssen Kenntnis davon erlangen und das Gericht muß darüber wachen, daß die Ursachen der schlechten Taten beseitigt werden und der Verurteilte sich bessert und in ein neues Leben hinüberwächst"[202].

Die Erfolge der Kameradschaftsgerichte scheinen auch nach deren Umorganisierung nicht überzeugend gewesen zu sein. Das hängt nicht zuletzt mit dem Rechtsempfinden des Kollektivs zusammen, das mit den Erziehungszielen, die den Kameradschaftsgerichten zugrunde liegen, nicht übereinstimmt.

---

[202] Cīna 26. Juli 1962

Die Wirtschaft

Die Wirtschaft der SSR Lettland ist ebenso wie die Wirtschaft der anderen Unionsrepubliken den nicht selten von ideologischen Vorurteilen bestimmten Experimenten und Anweisungen der Moskauer Zentrale ausgeliefert. Das gilt sowohl für die ersten Maßnahmen der Enteignung und Verstaatlichung privaten Wirtschaftsvermögens sowie die Kollektivierung der Landwirtschaft mit ihren katastrophalen Folgen als auch für die Experimente in der Chruščev-Ära: die Gründung der Volkswirtschaftsräte und des großen Westlichen (später: Baltischen) Wirtschaftsrayons, die Aufgliederung der Kommunistischen Partei nach dem Produktionsprinzip und schließlich die heute in der Sowjetunion als Folge von "Subjektivismus und Voluntarismus" gebrandmarkten landwirtschaftlichen Eskapaden: die Propaganda für die"Königin Mais", den "Kampf gegen das Graslandsystem" usw.

Alle diese Experimente sind nach dem Sturz Chruščevs neuen Experimenten gewichen, offenbar weil die alten zu nichts geführt haben. Der Siebenjahresplan ließ sich zunächst sowohl in der Sowjetunion im allgemeinen als auch in Lettland nicht schlecht an. Aber bald kam die Ernüchterung. Das mit vielen Vorschußlorbeeren bedachte Regionalprinzip der Wirtschaftsverwaltung führte zu "lokalen Abweichungen", die in aller Schärfe bekämpft wurden. Hierdurch zeigte sich sehr augenfällig, daß die Verwaltungsreformen den Republiken kaum größeres Mitspracherecht brachten.

Die Zentrale wachte weiter eifersüchtig darüber, daß ihre Macht nicht geschmälert wurde. Die Hoffnung, mit Hilfe der Volkswirtschaftsräte zu einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Unionsrepubliken und der Moskauer Zentrale zu kommen, erfüllte sich nicht. Der Große Baltische Wirtschaftsrayon mit seinem Rat für Koordinierung und Planung und seinem Verwaltungsbüro in Riga, stellte nach einer kleinen aktiven Arbeitsperiode seine Tätigkeit praktisch wieder ein.

Die Aufteilung der Parteiorganisation nach dem Produktionsprinzip schuf anscheinend ein großes Durcheinander nicht nur in der Partei, sondern auch in der Wirtschaft. Sie gehört nun gleichfalls der Vergangenheit an. Freilich wurden die landwirtschaftlichen Produktionsverwaltungen aus der Liquidationsmasse herausgenommen. Sie sind bis heute als Leitungsorgane des Landwirtschaftsministeriums der Republik tätig.

Das neue Experiment hat den Namen "Wirtschaftsreform" erhalten. An die Stelle des regionalen Gliederungsprinzips der Wirtschaftsverwaltung trat seit Herbst 1965 wieder das Branchenprinzip. Die Verwaltung der Industriebetriebe wurde All-Unions-Ministerien, unions-republikanischen Ministerien und in einem sehr schmalen Bereich schließlich auch Ministerien der Republik übertragen. Die Formel für die Wirtschaftsreform lautet: Zentrale Wirtschaftsleitung bei gleichzeitiger Erweiterung der Rechte der Betriebe. Tatsächlich scheint sich jedoch nicht viel im Verhältnis zwischen der Zentrale und den Republiken zu ändern, denn auch bisher waren die Unionsrepubliken fast vollständig von der zentralen Wirtschaftsleitung abhängig und auch künftig werden sie sich nach Kräften dagegen wehren.

Davon, daß die Regierungs- und Wirtschaftsorgane der SSR Lettland auch nur in bescheidenem Maße die Linie der Wirtschaftsentwicklung im eigenen Land bestimmen, kann nicht die Rede sein.

Aber vielleicht, so könnte man meinen, ist gerade diese Abhängigkeit von einer umfassenden, weitblickenden Planung der lettischen Wirtschaft gut bekommen. Konnten dadurch vielleicht die besonderen, dem Lande innewohnenden wirtschaftlichen Möglichkeiten ausgeschöpft und entwickelt werden, so daß ein optimaler wirtschaftlicher Aufschwung erzielt wurde, der der ganzen Bevölkerung zugute kam? Es ist nicht leicht, diese Frage zu beantworten, weil die sowjetische Statistik schwer vergleichbare Zahlen liefert, die ihrerseits nicht ohne weiteres den Zahlen der Vorkriegszeit gegenübergestellt werden dürfen. Schließlich kann man nicht voraussetzen, daß sich die Wirtschaft Lettlands seit 1939 nicht weiterentwickelt hätte. Jede Produktionszunahme als Erfolg der "sozialistischen Wirtschaft" und als Frucht der wirtschaftlichen Integration in die Sowjetunion darzustellen, wie das von der Sowjetpublizistik getan wird, ist sicher abwegig.

Aber noch ein anderer Gesichtspunkt ist zu erwähnen. Lettland bringt, wie jedes Land, bestimmte natürliche Voraussetzungen für die Entwicklung der Wirtschaft mit. Nur wenn diese richtig eingeschätzt und berücksichtigt werden, rentieren sich die Investitionen.

Landwirtschaft, Handel und Verkehr, Fremdenverkehr, Fischfang und lohnintensive Industrien, die handwerkliche Fähigkeiten voraussetzen, entsprächen den natürlichen Voraussetzungen des Landes. Ob und mit welchem Erfolg sich die sowjetische Wirtschaftspolitik der natürlichen Voraussetzungen angepaßt hat, soll im folgenden untersucht werden.

Die Landwirtschaft

Während der Zeit obligatorischer Selbstkritik nach dem Sturz Chruščevs äußerte der Erste ZK-Sekretär der KP Lettlands, Pelš, von 1960 bis 1965 sei die Fleischproduktion der Kolchose und Sowchose lediglich um 2 % und die Milchproduktion nur um 10 % gestiegen[203]. Das ist ein recht entmutigendes Ergebnis, das in keinem Verhältnis zu den großen Worten am Beginn dieser Periode steht.

Für die unbefriedigende Entwicklung gibt es verschiedene Gründe: psychologische[204] und wirtschaftliche. Von den letzteren seien die wichtigsten ausgewählt. Zu erwähnen ist zunächst die ungenügende Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Bodens. 1962 betrug die ganze Fläche 6 458 900 ha und war folgendermaßen aufgeteilt[205]:

Acker	1 756 600 ha	(1935: 2 114 000 ha)
Wiesen	723 500 ha	(1935: 1 657 000 ha)
Viehweiden	338 400 ha	
Brachland	220 900 ha	
Gärten	41 100 ha	
Gebüsch	99 100 ha	
Wald (auch Buschwald)	2 411 800 ha	
landwirtschaftlich nicht nutzbares Land	867 500 ha	

Nur 47,6 % waren also landwirtschaftliche Nutzfläche, 53,4 % dagegen landwirtschaftlich nicht genutzt. 1950, gleich nach der Kollektivierung, war das landwirtschaftliche Nutzland mit 3 353 000 ha um mehr als 250 000 ha größer als 1962[206].

Die Waldgebiete haben während der Sowjetherrschaft verhältnismäßig stark zugenommen. Während 1939 28 % des ganzen Staatsgebietes von Wald bestanden war[207], betrug 1960 der Anteil 36,1 % und 1963 sogar 37,3 %[208]. Diese

[203] Cīņa 18.4.1965

[204] Vgl. hierüber Ischreyt, Das Baltikum heute S.

[205] Padomju Latvijas Komūnists 1963, Nr. 1,S. 64; der Ertrag je Hektar betrug 1965 15, 1 dzt. Das ist das beste Ergebnis seit 1939, wie ausdrücklich festgestellt wurde liegt aber unter den Ergebnissen früherer Jahre.

[206] Latvijas PSR statistiskais atlants, Tab. 27

[207] Padomju Latvijas Komūnists 1963, Nr. 1, S. 64

[208] Agrarpolitische Rundschau 1964, Nr. 15, S. 10

Nutzung des Bodens ist unwirtschaftlich, besonders da etwas weniger als die Hälfte des geschlagenen Holzes als Brennmaterial dient und die Abfälle in den holzbearbeitenden Betrieben unverhältnismäßig groß sind. Das vorhandene Land und die weitgehend vernachlässigten Forsten werden also keineswegs im Sinne einer vernünftigen Wirtschaft zum Wohle der Bevölkerung genutzt.

Die Verkleinerung des Ackerlandes hatte u.a. sinkende Getreideernten zur Folge.

Getreideernten in den Baltischen Staaten[209]

(in 1000 t)

	1938/39	1953	1960	1961	1962
Lettland	1 372	495	562	547	428
Litauen	1 840	646	856	822	741
Estland	702	277	363	365	372

Vergleicht man die Ernteergebnisse in Lettland im Jahr 1950 (gleich nach der Kollektivierung) mit denen im Jahr 1961, dem dritten Jahr des Siebenjahresplans, so ergibt sich das folgende ebenso negative Bild:

	1950	1961[210]
	(in 1000 t)	
Getreide	732	547
Leinsamen	8,8	5,9
Flachs	10,7	6,3
Kartoffeln	1 933	1 457
Gemüse	241	226

Die Produktion von Viehfutter blieb etwa gleich, wenn auch vor allem während der Kampagne für den unter den klimatischen Bedingungen Lettlands sehr schlecht gedeihenden Mais die Anbaustruktur sich stark veränderte[211].

---

[209] Agrarpolitische Rundschau 1964, Nr. 15, S. 10

[210] Razvitie narodnogo chozjajstva LSSR, S. 157 ff

[211] Razvitie narodnogo chozjajstva LSSR, S. 157 ff

Die Fläche aller Obst- und Beerenkulturen[212]
(in 100 ha)

	1950	1953	1958	1959	1960	1961
	17	22	34	36	37	38
davon in Sowchosen und anderen Staatsgütern	2	3	5	6	6	8
in Kolchosen	5	9	15	16	16	15
in sonstigen Gärten	10	10	14	14	15	15

1961 betrug die Anbaufläche mit neugepflanzten Obstbäumen und Beerensträuchern nicht weniger als 19 000 ha.

Das Schwergewicht der lettischen Landwirtschaft liegt, den natürlichen Gegebenheiten entsprechend, auf der Viehwirtschaft, was selbst von Chruščev anerkannt wurde. Der Viehbestand ist aber heute erheblich kleiner als 1939 und hat in den wichtigsten Zuchtorten den Stand von 1913 etwas überschritten.

Der Viehbestand in allen Wirtschaftsarten
(staatlicher und privater Sektor) 213
(in 1000 Stück)

	1939	1950	1953	1958	1959	1960	1961	1962	196[illegible]
Rinder	1271,8	812	808	843	886	938	1005	994	91[illegible]
davon Kühe	890	496	466	534	543	553	568	576	56[illegible]
Schweine	889,8	533	600	751	859	1051	1050	830	69[illegible]
Schafe	1468,7	485	520	528	517	472	458	429	34[illegible]
Pferde	414,7	292	264	164	152	141	132	(nicht angegeben)	

Bis 1961 zeigte die Geflügelzucht eine aufsteigende Tendenz. 1950 gab es 3 176 000 Stück Geflügel, 1961 waren es schon 5 513 000 Stück[214], (1937: 3,6 Mio Stück). Aber seit 1962 ging es anscheinend wieder abwärts. Jedenfalls war die Eierproduktion rückläufig (1961: 381 Mio Stück, 1963: 340 Mio Stück)[215], obgleich inzwischen einige Sowchose in hochspezialisierte Geflügelfarmen umgewandelt worden waren[216].

---

[212] Razvitie narodnogo chozjajstva LSSR, S. 159

[213] Razvitie narodnogo chozjajstva LSSR, S. 60. Diese Tabelle wurde durch Zahlen aus "Ežegodnik" 1964 und Darbiņš- Vītiņš, Latvija, statistisks pārskats, 1947, ergänzt.

[214] Razvitie narodnogo chozjajstva LSSR, S. 160

[215] Ežegodnik 1964, S. 134

[216] Vgl. u.a. Cīņa 4.8.1964

Der Vergleich der Entwicklung von 1920 bis 1939 mit der von 1947 (bzw. 1950) bis 1965 zeigt, daß sich die Viehwirtschaft im selbständigen Staat Lettland viel gleichmäßiger entfalten konnte als im Sowjetstaat. Zu Zugehörigkeit zur Sowjetunion und die Abhängigkeit von der sowjetischen Landwirtschaftspolitik hat sich also für die lettische Landwirtschaft als verhängnisvoll erwiesen.

Die Großmannssucht des Sowjetregimes, das nicht mit den Realitäten rechnen will, fügte der lettischen Landwirtschaft erheblichen Schaden zu. Die von Chruščev eingeleitete Mais-Kampagne führte dazu, daß Kleefelder und andere Futterkulturen umgepflügt wurden, um dort Mais anzubauen, der nicht gedieh[217]. Es entstand ein immer größerer Futtermangel. Noch 1964 fütterte man das Vieh z.T. mit Futter-Ersatz. Sogar Zweige und Fichtennadeln sowie Stroh, das zur Streu dienen sollte, wurden verfüttert[218]. Zur Zubereitung gesäuerten Grünfutters benutzt man gleichfalls Stroh und Kartoffelkraut[219].

Dazu kam noch der Egoismus des "großen Bruders". Ein erheblicher Teil des hochwertigen lettischen Rinderbestandes war nach der Besetzung des Landes zur Zuchtverbesserung in die Russische Föderation (RSFSR) gebracht worden, wo die Tiere, schlecht gepflegt, bald eingingen[220]. Für die lettische Viehzucht entstand dadurch ein Schaden, der bis heute nicht überwunden werden konnte.

Nach dem Sturz Chruščevs schlug die Sowjetunion eine neue Richtung in der Landwirtschaftspolitik ein: Die Landbevölkerung soll nun nicht mehr so stark wie bisher ausgebeutet werden. Die Betriebe sollen größere Dispositionsfreiheit erhalten und die Bewirtschaftung des Hoflands von den Beschränkungen der Chruščev-Zeit befreit werden. Auch sind größere Mittel für Investitionszwecke vorgesehen. Das soll sich angeblich schon gut auf die landwirtschaftliche Produktion in Lettland ausgewirkt haben. Ob diese neue Richtung in der Landwirtschaftspolitik von Dauer ist, ob mit der Benachteiligung der Landbevölkerung ernstlich Schluß gemacht werden wird, wird sich aber erst in den nächsten Jahren herausstellen. Auch zu Beginn der Chruščev-Ära, die heute als so verhängnisvoll dargestellt wird, gab es begeisterte Erfolgsmeldungen.

---

[217] LRK- Archiv Nr. 0218/57

[218] Cīņa 9.2.1964, Padomju Latvijas Komūnists 1963, Nr. 1, S.19

[219] Cīņa 14.9.1963

[220] LRK- Archiv Nr- 0326/63, vgl. Cīņa 14.8.1963

Typisch war es jedenfalls, daß nach dem Eingeständnis des Mißerfolgs in der Landwirtschaft auf jene Produktion zurückgegriffen wurde, die vom Hofland kommt. Mit erstaunlichem Fleiß wirtschaften nämlich nach wie vor die Bauern aus diesen winzigen Parzellen, die nur 4 % des landwirtschaftlichen Nutzlandes ausmachen und deren Größe 0,25 bis 0,6 ha beträgt, einen erheblichen Teil der gesamten landwirtschaftlichen Produktion heraus.

Viehstand auf den Einzelparzellen in Lettland[221]
(in % des gesamten Viehbestandes)

Jahr	Rinder	Kühe	Schweine	Schafe	Geflügel
1950	45,5	58,0	60,9	71,3	84,5
1958	45,5	50,7	40,8	75,3	81,9
1960	32,4	46,9	43,7	73,1	69,1
1961	35,6	44,5	37,4	75,6	(unbe-
1962	34,2	43,3	37,9	76,2	kannt)

Diese Ergebnisse sind um so überraschender, als die Bearbeiter des Hoflandes fast vollständig auf Wiesen verzichten müssen und außerdem kaum maschinelle Hilfsmittel haben.

Die Lage der sowjetlettischen Landwirtschaft ist ungünstig. Das Land wird nicht intensiv bewirtschaftet, die "Produktionskultur ist niedrig"[222]. Ein riesiger Verwaltungs- und Kontrollapparat zehrt die mageren Einkünfte der Betriebe auf[223]. Das Verhältnis zwischen Kolchosbauern und Kolchosleitung ist oft schlecht[224], die Mechanisierung für die Bewirtschaftung in Großbetrieben nicht ausreichend. 1963 gab es in der SSR Lettland 24 500 Traktoren und 2 800 Kombinen[225], aber viele von ihnen sind reparaturbedürftig. Außerdem handelt es sich fast ausschließlich um sehr große Maschinen, die unter den gegebenen Verhältnissen oft nur unrationell eingesetzt werden können. Sie beanspruchen außerdem viel mehr Wartung als entsprechende in Westeuropa oder in den USA hergestellte Maschinen.

Die "Elektrifizierung" der landwirtschaftlichen Betriebe hat gute Fortschritte gemacht. Bis Ende 1963 waren alle Sowchose und Kolchose an das

[221] Agrarpolitische Rundschau 1964, Nr. 15, S. 20 f
[222] Padomju Latvijas Komūnists 1964, Nr. 12 S. 6
[223] Vgl. hierzu Ischreyt, Das Baltikum heute, S.
[224] Cīņa 1963 Nr. 140
[225] Vgl. Ežegodnik 1964, S. 134; Padomju Latvijas Komūnists 1964, Nr. 7

elektrische Stromnetz angeschlossen worden. Freilich bedeutet das nicht, daß alle Höfe Strom haben und daß in allen Betrieben tatsächlich mit Maschinen gearbeitet werden könnte.

Insgesamt kann gesagt werden, daß die Entwicklung der lettischen Landwirtschaft seit den Tagen der Sowjetisierung stagniert, obgleich ein chronischer Mangel an Agrarerzeugnissen in und außerhalb der Republik besteht. Dieser Wirtschaftszweig ist jedenfalls nicht zum Nutzen der Bevölkerung entwickelt worden. Die im Land selbst liegenden Voraussetzungen werden nicht beachtet und das vorhandene Kapital verschleudert, ausgebeutet. Trotzdem wäre die Situation nicht ganz hoffnungslos, wenn die Landwirtschaftspolitik mit einem Mindestmaß an Vernunft betrieben würde. Dies wäre sicher schon längst geschehen, wenn man nur die Fachleute der lettischen Landwirtschaft hätte gewähren lassen. Lettland ist nämlich trotz Deportation, Flucht und Drangsalierung reicher an erfahrenen Landwirten als das Innere der Sowjetunion.

Die genossenschaftliche Organisation der Kolchose ließe sich vielleicht allmählich aus einer reinen Fiktion an echte genossenschaftliche Organisationsformen heranführen. Unternehmerische Ansätze, wie sie in den Interkolchos-Organisationen oder von Kolchosen betriebenen Produktionsstätten (z.B. Konserven- und Holzbearbeitungsfabriken) vorhanden sind, ließen sich ausbauen. Aber wahrscheinlich müßte vorher eine ideologische Umorientierung erfolgen, was gegenwärtig wenig wahrscheinlich ist.

Die Industrie

Bis 1940 hatte Lettland die am besten entwickelte Industrie der baltischen Staaten[226]. Aber während des Zweiten Weltkrieges wurden viele der Fabrikeinrichtungen verwüstet. Im Laufe der politischen Umwälzungen verlor das Land auch einen hohen Prozentsatz der technischen und wirtschaftlichen Fachleute. Sowjetischen Quellen zufolge soll die Industrie Lettlands bis 1950 wieder vollständig aufgebaut worden sein[227]. Dann begann die radikale Industrialisierung, die ohne Rücksicht auf Mangel an Rohstoffquellen vorgenommen wurde[228]. Die Ergebnisse dieser ohne Zweifel großen Anstrengungen dienen der sowjetischen Statistik zu vielen propagandistischen Zahlenspielereien.

Von 1953 bis 1963, so wird z.B. gesagt, sei die industrielle Produktion in der ganzen Sowjetunion auf das 2,7-fache, in Lettland aber auf das Dreifache angestiegen; von 1940 bis 1964 sei die Industrieproduktion sogar auf das Sechzehnfache darunter die Produktion des Maschinenbaus und der metallverarbeitenden Industrie auf das Einhundertachtzehnfache angewachsen[229].

Wenn Zahlen, wie sie oben genannt wurden, auch sehr wenig über die tatsächliche Leistungsfähigkeit der Industrie aussagen und außerdem einer "parteilichen" Statistik entstammen, besteht kein Zweifel, daß die industrielle Produktion erheblich gewachsen ist und daß sich die Struktur der Industrie Lettlands seit 1939 gewandelt hat.

Die Struktur der industriellen Produktionszweige am 1. Januar 1962 [230]

	In % der Gesamtsumme	
Gesamte Industrie	100	
Schwarzmetallurgie	1,6	
Brennstoffindustrie	3,8	
davon Torfindustrie		3,4
Energieerzeugung	15,3	
Maschinenbau und Metallbearbeitung	20,5	
davon Maschinenbau		11,8
Chemische Industrie	1,9	
Forst-, Holz- und Papierindustrie	10,6	
davon Forstindustrie		2,6
Holzbearbeitung		5,4
Zellstoff- und Papierindustrie		2,6
Baumaterialindustrie	7,8	
Glas- und keramische Industrie	1,1	

	In % der Gesamtsumme	
Leichtindustrie	10,1	
davon Textilindustrie		6,8
Bekleidungs- und Näherzeugnis-Industrie		1,4
Leder-, Schuh- und Rauchwaren-Industrie		1,9
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	24,7	
Druckerzeugnisse (Polygraphische Industrie)	0,9	

Seither hat sich die Produktion der chemischen Industrie (durch Inbetriebnahme der Werke in Daugavpils/Dünaburg, Valmiera/Wolmar und Olaine/Olai) und der Nahrungsmittelindustrie (vor allem durch den zunehmenden Fischfang) besonders schnell entwickelt, und für den neuen Fünfjahresplan (1966-1970) ist außer für die Elektroenergieerzeugung eine besonders starke Steigerung für die chemische Produktion vorgesehen.

Die wichtigsten Zweige der Nahrungsmittelindustrie[231]

(in 1000 t)

	1950	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964
leisch und leischwaren	13,7	28,2	34,8	47,5	70,8	79,9	77,6	80,0	81,5	68,0
ıtter*	14,8	17,4	21,8	22,5	24,1	25,2	23,3	23,2	21,3	24,0
ische	26,9	66,3	82,7	94,9	104,6	142,9	133,6	174,3	214,4	270,0
onserven in io Büchsen	19,0	67,2	------nicht zu ermitteln----------					121,8	143,2	165,0

1938: 29,7; 1939: 28,2

[226] Vgl. Latvijas statistiskas gada grāmata 1939, S. 278

[227] Pludonis, Rascvet socialističeskoj promyšlennosti Sovetskoj Latvii, in: 15 let Seovetskoj Latvii, S. 146

[228] Vgl. Latvijskaja SSR, 2. Kapitel

[229] Padomju Latvijas Komūnists, 1965, Nr. 7, S. 5, 1964, Nr. 10, S. 2, 1965, Nr. 2, S. 13, Cīņa 21.7.1964
Das Wesen solcher Statistiken untersucht Bokalders in: Acta Baltica II, S. 149

[230] Razvitie narodnogo chozjaistva LSSR, S. 72

[231] Vgl. Razvitie narodnogo chozjaijstva LSSR, S. 125 ff, Latvijas PSR, Tautas saimniecība, Ežegodnik 1965, Darbiņš - Vītiņš, Latvija

Die für den Export wichtige Butterproduktion des unabhängigen Lettlands ist erheblich gesunken. 1945 produzierten die lettischen Molkereien nur 3400 und 1946 nur 6200 Tonnen Butter statt 29 700 im Jahre 1938 und 28 200 Tonnen im Jahre 1939. Diese Leistungen wurden bis heute nicht eingeholt. Andererseits scheint die Lebensmittelindustrie besonders in der Fleischwaren- und Konservenproduktion gute Entwicklungsmöglichkeiten zu haben, zumal hier Kolchos- und Interkolchosbetriebe eine gewisse Aktivität entwickeln können. Freilich ist trotz sehr guter Spitzenerzeugnisse das allgemeine Qualitätsniveau nicht hoch.

Der Fischfang stellte sich vollständig um. Die Hochseefischerei trat in den Vordergrund, wodurch die außerordentliche Produktionssteigerung erklärt ist. In Liepāja (Libau) wurde der erste Hafen für Hochseefischerei gegründet[232], und schon 1949 übertrafen die Fangmengen diejenigen der lettischen Fischerei von 1939. Die in Lettland stationierten Fischereischiffe fangen vor allem in der Nordsee, in den Küstengebieten Norwegens, im Golf von Neuschottland, an den Küsten Afrikas und im Atlantischen Ozean[233]. Andererseits haben die rücksichtslosen Fangmethoden vor allem in den ersten Jahren der Sowjetherrschaft den Fischreichtum der Ostsee stark sinken lassen. Auch der Fischfang in den Binnengewässern und die Fischzucht, vor allem Karpfenzucht, wurden vernachlässigt, so daß die Erträge sanken.

Um so wichtiger ist die Hochseefischerei geworden. Die Verwaltung für "Expeditions-Fischfang" (Ekspedīcijas zvejas pārvalde) der SSR Lettland, verfügt über eine ansehnliche Fischereiflotte, zu der Fangschiffe, Kühlschiffe usw. gehören. Durch den Erlaß vom 12. September 1962 wurde sie der neuen Hauptverwaltung für Fischindustrie im Westlichen Bassin "Zapryba" unterstellt, unter deren organisatorischer Leitung nun die ganze sowjetische Fischerei, die von den baltischen Häfen aus betrieben wird, stand. Verwaltungszentrum war Riga. Außerdem war der Chef der Verwaltung zwei Jahre lang Mitglied des Ministerrats der SSR Lettland. Dann begann die Ausgliederung dieses Zweiges aus der Wirtschaft der Republik. 1964 gab der Finanzminister der SSR Lettland bekannt, daß die Einkünfte aus der Fischerei, sofern sie "Zapryba" untersteht, nicht mehr in das Budget der Republik

---

[232] Vgl. Bokalders in: Acta Baltica II, 158

[233] ZA Vēstis 1963, Nr. 5, S. 128; vgl. hierzu Cīna 21.5.1963; 17.9.1964; 31.3.1965; Padomju Latvijas Komunists 1961, Nr.7, S. 68

aufgenommen werden[234]. Freilich scheint diese Entwicklung noch nicht abgeschlossen zu sein. Jüngst meldeten sich nämlich energische Stimmen, die die Auflösung von "Zapryba" und unions-republikanische Ministerien für den Fischfang verlangten.

In den letzten Jahren wurden mehrere große Fischereihäfen an der lettländischen Küste ausgebaut. Die meisten der sechzehn (1963) Fischereikolchose konnten für sowjetische Verhältnisse ungewöhnlich hohe Gewinne erzielen und auch die Fischer gut entlohnen. Die Fischverarbeitung und die Konservenproduktion entwickelten sich gut, wenngleich die Kapazität der fischverarbeitenden Industrie nicht ausreichte. 1961 wurden 52,2 Mio Büchsen Fischkonserven hergestellt[235].

Von den Zweigen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie ist vor allem auch die Zucker- und Konditoreiwaren-Herstellung zu nennen. 1956 hatte die Zuckerindustrie wieder den Stand der Unabhängigkeitszeit erreicht[236]. In späteren Jahren begannen die Zuckerfabriken in Liepāja (Libau), Jelgave (Mitau) und Jēkabpils (Jakobstadt) Rohzucker aus Kuba zu verarbeiten, wodurch die Produktion schnell anstieg. Freilich nimmt der Anteil an Backwaren, Zucker, Zuckerwaren und Spirituosen an der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie Jahr für Jahr ab, während der Anteil der Fleisch-, Milch- und Fischerzeugnisse ansteigt.

Innerhalb der Leichtindustrie hatte die Textilindustrie schon seit der Jahrhundertwende in Lettland ein besonderes Gewicht. 1950/51 wurden die Produktionsmengen der Unabhängigkeitszeit wieder erreicht, während die durchschnittliche Qualität bis heute weitaus schlechter ist. Die Tendenz ist steigend, vor allem in der Produktion von Baumwoll-, Leinen- und Seidenstoffen[237]. Auch der Produktionsumfang der Lederwaren- und Schuhindustrie hat sich gegenüber derjenigen von 1940 verdoppelt, die Produktion von Gummischuhwerk sogar vervierfacht[238]. Letzteres findet vor allem bei den russischen Käufern Anklang. Freilich ist die Qualität der Erzeugnisse z.T. sehr schlecht und liegt weit unter der Qualität ähnlicher Erzeugnisse vor der Sowjetisierung der Wirtschaft. Nachfrage nach diesen Waren

---

[234] Padomju Latvijas Komūnists Nr. 1, 1963, S. 13, Cīņa 12.12.1964

[235] Razvitie narodnogo chozjaijstva LSSR, S. 128.
In jüngster Zeit scheint sich der Schwerpunkt des Fischfangs und der Fischverarbeitung nach Königsberg (Kaliningrad) zu verlagern.

[236] Razvitie narodnogo chozjaistva S. 128

[237] Vgl. Razvitie narodnogo chozjajstva S. 121; Deics, in: Trudy Instituta, Ekonomiki II, Ėkonomika promyšlennosti, S. 69-97

besteht nur, weil die ausländische Konkurrenz weitgehend ausgeschaltet ist und die Verbrauchsgüter sehr knapp sind.

Eine wichtige Veränderung in diesem Industriezweig bedeutet die Verarbeitung synthetischer Fasern. 1963 wurde etwa die Hälfte der gesamten Strumpfproduktion und aller Trikotagen aus Kunstfasern hergestellt. Naturseide wird nicht mehr verarbeitet. In den Fabriken "Rigas Audums" und "Aurora" wurden synthetische Fasern zu 85 % und zu 44 % verwandt.

In der Sowjetunion hat neben der lettischen Textilindustrie auch die lettische Möbelindustrie einen guten Namen. Die Rigaer Werke stellen 70 % aller Möbel in der Republik her, aber auch in der Provinz gibt es einige ausbaufähige Werkstätten[239]. Trotz bemerkenswerter Anstrengungen konnte die frühere Qualität[240] nur ausnahmsweise erreicht werden.

Die während der Unabhängigkeitszeit gut entwickelte Sperrholzindustrie stagniert. In der Papierindustrie ist vor allem die Produktion von Feinpapieren sowohl dem Umfang als auch der Qualität nach ansehnlich, doch haben sich in der letzten Zeit auch hier Qualitätsmängel eingestellt. Trotz der im ganzen reichlichen Papierproduktion leidet die graphische Industrie in Lettland an Papiermangel[241]. Ferner muß die Produktion von Streichhölzern (75 % des Streichholz-Exports der SU kommt aus Lettland)[242], von Lack, Emaille, Kosmetika und Parfümeriewaren, von Superphosphat (in Riga befindet sich eines der größten Superphosphatwerke der SU) und von Linoleum (in Liepāja/Libau) genannt werden. Für die Bauindustrie war die steigende Zementproduktion (1964: 758 000 t) wie auch die beträchtliche Schiefer- und Ziegelindustrie von Bedeutung.

Die wichtigsten Werke der Maschinenbauindustrie und der metallbearbeitenden Industrie befinden sich in Riga. Hier sind vor allem das "Rigaer Elektromaschinenwerk" (früher "Provodnik")[243] und die Rigaer Waggonfabrik zu nennen. Die letztere stellt Trieb- und Straßenbahnwagen sowie Diesellokomotiven her. 1962/63 wurden hier die ersten Wechselstrom-Triebwagen der Sowjetunion, die übrigens auch in diesem Werk entwickelt worden sind, gebaut, ebenso

---

[238] Razvitie narodnogo chozjajstva, S. 124

[239] ZA Vēstis 1958, Nr. 5, S. 5-14

[240] Vgl. Māksla 1962, Nr. 2, S. 17; Trimdas Arodnieks 1962, Nr. 44, S. 3; Trud 2.12.1962; Padomju Latvijas Komunists 1964, Nr. 12, S.

[241] Cīņa 5.2.1965

[242] Vgl. Cīņa 10.12.1965

[243] Vgl. Forschungsdienst Osteuropa, Die Baltischen Sowjetrepubliken 1960, Mai

ein neuartiger Eisenbahnzug (E-20), der in Zusammenarbeit mit der Rigaer Elektromaschinenfabrik hergestellt wurde[244]. Auf die Erfolge dieser beiden Werke wird in der Sowjetpresse oft hingewiesen.

In den Nachkriegsjahren ist der während der Unabhängigkeitszeit mit großer Umsicht aufgebaute Musterbetrieb, die Staatliche Elektrotechnische Fabrik "VEF", stark erweitert worden. Sie ist heute einer der größten Rundfunkgeräteproduzenten der Sowjetunion. Besondere Anerkennung hatten das Rundfunkgerät "Spīdola" und die gleichfalls in diesem Betrieb hergestellten [illegible] Zentralen gefunden[245].

Das gleichfalls in Riga stationierte "Popov-Rundfunkwerk" konnte sich nicht ähnlicher Erfolge rühmen. Die schlechte Qualität seiner Produktion wurde immer wieder angeprangert[246]. In allerletzter Zeit scheint aber eine gewisse Besserung eingetreten zu sein. Die Gesamtproduktion an Rundfunkgeräten in Lettland betrug 1964 1,1 Mio Stück.

Auch andere Produktionswerte waren bemerkenswert. So lieferte die elektrotechnische Industrie 1964 357 000 Waschmaschinen und 103 Mio elektrische Glühbirnen[247]. Bei der "VEF", der Rigaer Waggonfabrik, der Rigaer elektrotechnischen Fabrik, der Fahrradfabrik "Sarkāna Zvaigzne" ("Roter Stern", früher "Ehrenpreiß") und zahlreichen anderen Werken handelt es sich um moderne, recht gut eingerichtete Betriebe[248].

Auf dem Gebiet der Metallurgie ist das Werk "Sarkanais Metalurgs" ("Roter Metallurg", früher "Drāšu fabrika"/Drahtfabrik) nicht nur das größte Unternehmen dieser Art in den baltischen Staaten sondern auch praktisch der einzige stahlerzeugende Betrieb. Im Winter 1965 wurde der erste der alten Martin-Öfen - modernisiert und automatisiert - wieder dem Betrieb übergeben. Man hofft, daß dadurch die Stahlproduktion bei den gegenwärtigen Preisen und trotz des langen Transportweges für die Rohstoffe einigermaßen rentabel werden wird.

Schon vor 1940 war der Energiemangel spürbar. Deshalb wurden die Wasser-

---

[244] Er ist einer der größten und modernsten Betriebe in der Sowjetunion (ZA Vestis 1964, Nr. 7, S. 27)

[245] Vgl. Ciņa 13.10.1963, 14.7.1963; Padomju Latvijas Komūnists 1964, Nr. 12, S. 7

[246] Padomju Latvijas Komūnists 1965, Nr. 2, S. 13 f; Ežegodnik 1964, S. 133

[247] Padomju Latvijas Komūnists 1965, Nr. 2, S. 14

[248] Padomju Latvijas Komūnists 1965, Nr. 2, S. 14

kraftwerke "Ķegums" (an der Düna) und "Aiviekste" erbaut. Kaum fertiggestellt, wurde das Kraftwerk "Ķegums" während des Krieges zerstört, aber bis 1947 unter Heranziehung der umwohnenden Bevölkerung wiederhergestellt, und seine Kapazität wurde erweitert. Eine Notmaßnahme war die Errichtung des Wärmekraftwerks in Riga, das von 1954 bis 1958 aufgebaut wurde. Es wurde zuerst mit Torf beheizt und dann auf Erdgas (durch die Leitung von Dašava) umgestellt; 1960 begann man mit dem Bau eines großen Wasserkraftwerks bei Pļaviņas (Stockmannshof) an der Düna[249], das seine volle Kapazität mit 880 000 kV erreichen soll und damit mehr als die zehnfache Leistung von "Ķegums"haben wird. Die ersten Aggregate wurden Ende 1965 in Betrieb genommen. Weitere Wasserkraftwerke an der Düna sind geplant, von denen eines bei Riga bereits 1966 begonnen werden soll.

Das vorhandene und geplante Energiesystem Lettlands ist ein Teil des Nordwestlichen Energieversorgungssystems der UdSSR. Zu ihm gehören außer den drei Baltischen Sowjetrepubliken die Gebiete Leningrad, Kaliningrad und Südkarelien. Die Dispatcherverwaltung befindet sich zwar in Riga, die eigentlichen Entscheidungen über den Bau neuer Kraftwerke, ihre technische Gestalt, die Verteilung der Energie usw. fallen jedoch in den entsprechenden Ministerien und Institutionen der UdSSR. Bisher war der Hauptstromlieferant des Nordwestlichen Energieversorgungssystems Estland (Baltisches Kraftwerk). Lettland verbrauchte mehr Energie,als es erzeugte.

In der ersten Etappe der Industrialisierung wurde die Produktion durch eine größere Zahl von Schichten und den Ausbau alter Industriebetriebe erweitert. Aber gerade in letzter Zeit entstanden auch große neue Werke, vor allem im Zuge der Kampagne für die Entwicklung der chemischen Industrie. Es handelte sich dabei um die Großunternehmen Daugavpils (Dünaburg), das u.a. synthetische Fasern und künstliche Gewebe herstellt[250], die Glasfaserwerke in Valmiera (Wolmar) und die Kunststoffwerke in Olaine (Olai)[251], schließlich auch das Werk für Kunststoffprodukte in Riga ("Rīgas polietilēna izstrādājumu rūpnīca"[252]. Alle diese Betriebe haben, wenn auch nicht immer mit voller Kapazität, ihre Arbeit aufgenommen.

---

[249] Padomju Latvijas Komūnists 1964, Nr. 11, S. 87; Nr. 12, S. 10

[250] Über die technischen und wirtschaftlichen Merkmale des Kraftwerks vgl. das Gutachten der Ingenieure Kelinskis und Gleznis, in: "Zinātne un technika", 1962, Nr. 12, S. 12 f

[251] Padomju Latvijas Komūnists 1961, Nr. 5, S. 69; 1964, Nr. 8, S. 15; Māksla 1964, Nr. 1

[252] Cīņa 27.4.1963, Padomju Latvijas Komūnists 1963, Nr. 1, S. 23

Die industrielle Leistungsfähigkeit der SSR Lettland ist beachtenswert, wenn man berücksichtigt, daß diese Republik nur über 0,3 % des Gesamtgebietes der Sowjetunion verfügt und ihre Bevölkerungszahl weniger als 1 % ausmacht. Das bedeutende "spezifische Gewicht" einiger Erzeugnisse der lettischen Industrie innerhalb der Gesamtproduktion der Sowjetunion wird durch folgende Zahlen[253] deutlich gemacht:

	In % der Gesamtproduktion der SU
Automatische Telefonzentralen	47,8
Straßenbahnwagen	27,4
Eisenbahn-Personenwagen	25,9
Rundfunkempfänger	13,0
Elektrische Glühbirnen	11,1
Fournierplatten	9,5
Fahrräder	5,8
Schiefer	3,6
Fische	3,5
Butter	3,4
Papier	3,3
Trikotagen	3,1
Torf	3,0
Möbel	2,8
Wollstoffe	2,6
Strümpfe	2,5
Konserven	2,3

[253] Razvitie narodnogo chozjajstva S. 102

Der Wohnungsbau

Wie in der übrigen Sowjetunion stellt das Bauwesen auch in Lettland einen nur schwer zu überwindenden Engpaß dar. Das drückt sich u.a. darin aus, daß Jahr für Jahr auf vielen Großbaustellen die bewilligten Mittel nicht verbraucht werden, weil es an Fachleuten, an Baumaterial und an Baumaschinen fehlt. Die Landwirtschaft leidet darunter, daß geeignete Ställe, Scheunen usw. nicht vorhanden sind. Die Fertigstellung von Industrieprojekten verzögert sich, und es herrscht eine große Wohnungsnot in den Städten, vor allem in Riga. Etwa die Hälfte aller Schulgebäude entspricht nicht den Anforderungen; daher wird der Zweischichtenunterricht in absehbarer Zeit nicht aufhören[254]. Dazu kommt die sehr schlechte Qualität der Neubauten und die Tatsache, daß die Altbauten Jahrzehnte lang gar nicht oder nur unvollkommen renoviert worden sind. So wurde ein großer Teil der beachtlichen Vermögenswerte, die 1940 (endgültig 1944)[255] durch Enteignung des Hausbesitzes in die Hände des Staates kamen, verschleudert.

Die Wohnungsnot ist durch die Zerstörung im Krieg, weit mehr aber durch die Verstädterung im Zuge der Industrialisierung entstanden. Folgende Prozentzahlen über die Zerstörung von Wohnraum wurden von sowjetischer Seite angegeben[256], wobei die jeweilige Einwohnerzahl berücksichtigt werden muß.

Stadt	Einwohner in 1000 (1940)	vollst. zerstört in %	teilw. zerstört in %
Riga	355,2	5,6	10,6
Liepāja (Libau)	53,7	20,5	9,8
Daugavpils (Dünaburg)	46,2	51,5	25,2
Jelgava (Mitau)	32,5	80,0	10,0
Rēzekne (Rositten)	13,3	20,3	13,3

Der Umfang der Verstädterung geht daraus hervor, daß 1940 35,3 % der Bevölkerung in Städten wohnte, während es am 1. Dezember 1964 60,3 % aller Einwohner waren[257]. Diese Bevölkerungsbewegung ist nur zum Teil auf die

---

[254] Cīņa 10.12.1965

[255] Auf Grund eines Erlasses vom 28.10.1940 wurden in Riga, Liepāja (Libau), Ventspils (Windau), Jelgava (Mitau) und Daugavpils (Dünaburg) alle Gebäude, deren Wohnfläche 220 m^2 überstieg, "nationalisiert", in den anderen Städten die Gebäude und Bauten, deren Wohnfläche 170 m^2 überstieg. Vgl. Ceichners, Was Europa drohte S. 494

Landflucht zurückzuführen, zum größeren Teil aber auf die Zuwanderung von Personen, vor allem von Russen, aus dem Innern der Sowjetunion, die sich in den Städten niedergelassen haben.

Unter diesen Umständen konnte die Bautätigkeit nach dem Krieg den Bedarf an Wohnraum nicht im entferntesten decken. Von 1946 bis 1963 waren in Städten und Ortschaften 6,1 Mio m^2 Wohnraum gebaut, und zwar zu 79 % vom Staat und von Genossenschaften und zu 21 % von Privatpersonen[258]. Dieses Verhältnis scheint auch nach der Zeit der Beschränkung privater Initiativen[259] in den Jahren von 1962 bis 1964 heute wieder zu bestehen. Ein Teil des Wohnungsbaus fällt auf Riga, das besonders stark gewachsen ist, nämlich von rd. 355 000 auf rd. 649 000 (1. Juni 1964) Einwohner[260]. Der Ministerratsvorsitzende Rubenis gab im Juli 1964 an, daß in Riga während der Nachkriegsjahre 1,2 Mio m^2 Wohnraum gebaut worden sei[261]. Das würde bedeuten, daß für jede zugewanderte Person und jede Person, die während des Kriegs ihren Wohnraum verloren hat, nur rd. 3,5 m^2 Wohnraum neu errichtet worden sind.

Auf dem Lande wurden von 1940 bis 1963 24 000 Wohnhäuser erbaut[262]. Die Mehrzahl der Landbevölkerung blieb auf den alten Einzelhöfen, die aber allmählich verfallen, weil kein Baumaterial vorhanden ist. Zum Teil liegt das im Interesse der Machthaber, um auf diese Weise die Kolchosbauern und Sowchosarbeiter besser unter Kontrolle halten zu können. Freilich konnten die hochgesteckten Pläne, die bereits bis jetzt die Übersiedlung aller Landbewohner von den Einzelhöfen in größere Ansiedlungen vorsahen, nicht im entferntesten verwirklicht werden[254]. Inzwischen hat man sich anscheinend damit abgefunden, daß die Siedlungsweise in Einzelhöfen noch lange Zeit dem Land ihr Gepräge geben wird.

Reparatur und Renovierung der Wohnhäuser sind ganz und gar ungelöste Probleme, obgleich die dafür bereitgestellten Mittel in den letzten Jahren

---

[256] Razvitie narodnogo chozjajstva (sbornik) S. 442, dazu Latvijas PSR tautas saimnieciba

[257] Narodnoe chozjaistvo SSR S.

[258] Padomju Latvijas Komūnists 1964, Nr. 12, S. 69

[259] Vgl. Padomju Latvijas Komūnists 1964, Nr. 12

[260] Razdelenie

[261] Cīņa 21.7.1964

[262] Cīņa 16.7.1964; Padomju Latvijas Komūnists 1964, Nr. 8, S. 4

zunahmen. So sollen die Renovierungsarbeiten im Jahre 1966 gegenüber denen im Jahre 1965 um 78 % anwachsen[263]. 1963 wurden schon für Generalrenovierungen 14,2 Mio Rubel, d.h. 1,86 Rubel je Quadratmeter Wohnfläche ausgegeben[264]. Das zeugt davon, wie überaltert, wie ungepflegt der Wohnraum ist, wie wenig Sorgfalt man auf die Erhaltung dieses Kapitals verwandt hat.

Die Sowjetarchitektur der Stalinära hat ein fremdes Element in das Bild der Städte und des Landes gebracht. Symbol dafür ist das "Kolchosnikhaus", jetzt das Haus der Wissenschaften, in Riga, das mit seinem 23 Stockwerke hohen Zuckerbäckerturm die Silhouette der Stadt stört. Freilich sind gerade in den letzten Jahren auch Bauten von angenehmer Modernität entstanden. Gerade die jüngeren Architekten bemühen sich nicht ohne Erfolg um eine gute Harmonie örtlicher Traditionen und moderner Bauweise und versuchen, durch geschickte Gruppierung die Gefahr der Eintönigkeit vorgefertigter Typenbauten nach Möglichkeit zu vermeiden. Dies gelingt allerdings nur zu einem Teil. Wie die neuen Wohnviertel Rigas und anderer Städte sich bewähren, wird man erst in zehn Jahren erfahren.

---

[263] Vgl. die Äußerungen des 1. ZK-Sekretärs Pelše auf dem XX. Parteikongreß der KPL, Cīņa 3.3.1966

[264] Cīņa 21.12.1965

[265] Padomju Latvijas Komūnists 1964, Nr. 12, S. 70

Die Häfen

Lettland hat eine 494 km lange Küste, die 26 % seiner Grenzen ausmacht. An ihr befinden sich sechs Häfen: Rīga, Liepāja (Libau), Ventspils (Windau), Ainaži (Hainasch), Pāvilosta (Paulshafen) und Mērsrags. Die ersten drei sind für die internationale Schiffahrt von Bedeutung. Im Zweiten Weltkrieg wurde vor allem der Rigaer Hafen schwer zerstört, und nur langsam kam nach 1945 in ihm und in anderen lettischen Häfen die Schiffahrt wieder in Gang.

Warenumschlag in den Häfen Lettlands [266]

Jahr	verschifft		gelöscht	
	in 1000 t	% im Vergleich zu 1937	in 1000 t	% im Vergleich zu 1937
1937	2106	100,0	1440	100,0
1945	13	0,6	269	18,7
1946	51	2,4	1100	76,4
1947 - 1949 nicht angegeben				
1950	230	10,9	899	62,4
1955	1500	71,2	857	59,5
1956	1598	75,9	938	65,1
1958	1918	91,1	702	48,7

Die fast vollständig zerstörten [267]Hafenanlagen Rigas wurden nach 1945 nicht nur instandgesetzt, sondern es wurden auch neue Kräne und vollmechanisierte Verladeeinrichtungen aufgestellt. Die Fahrrinne wurde vertieft, und heute gilt der Rigaer Hafen als einer der besten in der ganzen Sowjetunion[268]. Nach Leningrad ist er gegenwärtig der wichtigste Hafen des "Baltischen Bassins". Seit 1948 wirft er einen Gewinn ab, obgleich erst 1959 der Güterumschlag wieder einen Umfang wie in der Unabhängigkeitszeit Lettlands erreicht hatte[269]. Die Bedeutung des Rigaer Hafens für die Sowjetunion ist freilich heute weitaus geringer als im Jahre 1913 für das Zarenreich.

[266] Sumin, Apcerējums, S. 132

[267] Latvijas PSR vēsture, S. 588

[268] Vgl. Veiss-Puriņš, Latvijskaja SSR, S. 260 f; Razvitie narodnogo chozjajstva LSSR, S. 189; ZA Vēstis Nr. 166, S. 20; Čerdancev-Nikitin, Ekonomičeskaja geografia, S. 141

[269] Vgl. Razvitie narodnogo chozjajstva, S. 191

Vor 1940 war Liepāja (Libau) der zweitgrößte Hafen. Heute spielt er in der Handelsschiffahrt fast gar keine Rolle mehr, obgleich er eisfrei ist und als einer der besten Häfen der Ostsee gilt[270]. Im Zweiten Weltkrieg wurde er verhältnismäßig wenig zerstört. Heute wird er vor allem als Kriegshafen benutzt und dient als U-Boot-Stützpunkt. Er beherbergt eine Werft zur Reparatur von Kriegsschiffen.

Der Hafen von Ventspils (Windau) hat eine sehr interessante Entwicklung genommen, da er seit kurzem zu einem wichtigen Ausgangspunkt für Öltanker ausgebaut wird. Inzwischen sind besondere Verladerampen, starke Pumpwerke und andere Spezialeinrichtungen entstanden. In Zukunft soll eine Pipeline hier enden und das Öl von hier nach Kuba, Brasilien, England, Finnland, Norwegen, die Bundesrepublik Deutschland und die "DDR" verschifft werden[271]. Ventspils (Windau) ist ebenso wie Liepāja (Libau) ein eisfreier Hafen und dient dem Hafen Leningrad, wenn er zugefroren ist, als Ausweichhafen.

Die lettischen Häfen spielen heute lange nicht mehr die wirtschaftliche Rolle wie vor 1913. Damals war Riga der zweitgrößte Hafen Rußlands[272]. 1965 lag er weit hinter den größeren Sowjethäfen. Nach den Ermittlungen von "Shipping World and Shipbuilder" bestand zu diesem Zeitpunkt folgende Rangordnung: Leningrad, Odessa, Vladivostok[273]. Lediglich in der Ostsee steht Riga hinter Leningrad an der zweiten Stelle. Allerdings ist eben eine gewisse Zunahme des Schiffsverkehrs in den lettischen Häfen zu verzeichnen, und die Planung deutet darauf hin, daß Riga, Liepāja (Libau) und Ventspils (Windau) in den kommenden zwanzig Jahren wieder eine größere Bedeutung erhalten werden[274].

Die "lettländische Flotte" und die lettischen Häfen werden vom Unionsministerium für Hochseeschiffahrt geleitet, das von 1953 bis 1958 eine Verwaltung für die Schiffahrt aller baltischen Sowjetrepubliken unterhielt[275]. Seitdem gibt es eine besondere Verwaltung für die SSR Lettland, die ihren Sitz in Riga hat.

Die Republik hat praktisch keinerlei Einfluß auf diesen so wichtigen Bereich der Wirtschaft. Im Budget erscheinen keine Einnahmen aus der Schiff-

---

[270] Vgl. Handbook of Baltic and White Sea Loading Ports, S. 507

[271] Vgl. Ciņa 17.5.1963

[272] Razvitie narodnogo chozjajstva LSSR, S. 187 ff; vgl. auch Memorandum des Rigaer Börsen-Komitees, Dezember 1917

[273] Shipping World and Shipbuilder 1965, January, S. 387 f

[274] Vgl. Busanov-Graudiņš, Komūnisma celtniecība, in: ZA Vēstnis 19[illegible] Nr. 11, S. 25

[275] Pierakstīšanas osta - Rīga, S. 50 ff

fahrt und der Benutzung der Häfen. Das Personal auf den Schiffen wie das höhere Fachpersonal der Häfen besteht fast ausnahmslos aus Russen. Auf den Parteiversammlungen der entsprechenden Organisation kommen seit Jahren nur Russen zu Wort.

Die Steuern

Das Budget Sowjetlettlands ist ein Bestandteil des Staatsbudgets der UdSSR Zwar arbeitet das Finanzministerium der Republik nach Weisungen des Finanzministeriums der UdSSR den Haushaltsentwurf der SSR Lettland aus, doch hat weder das Finanzministerium der Republik noch ihr Oberster Sowjet, der das Budget bestätigt, eine Möglichkeit, die Wirtschaft selbständig zu gestalten. Tatsächlich wird in den Moskauer Regierungsorganen entschieden, und die Regierungsorgane der Republik können nur in äußerst beschränkten Grenzen über die von der Republik aufgebrachten Mittel verfügen.

Die Einnahmen bestehen vor allem aus den sogenannten Einkünften aus der sozialistischen Wirtschaft, d.h. aus dem an den Staat zu entrichtenden Teil des "Gewinns" der Betriebe, die der Verwaltung von Republiksorganen unterstehen, und aus der Rückerstattung von Umsatzsteuer, die an die Union abzuführen ist. Einen verhältnismäßig kleinen Teil der Einnahmen bringt die Einkommensteuer der Kolchose und der Privatpersonen. Letztere wird gleichmäßig und nicht progressiv erhoben. Als Beispiel seien die Einkünfte genannt, die für 1966 geplant wurden[276]:

Die Gewinne wurden mit 488 Mio Rubeln veranschlagt. Die Umsatzsteuer soll 592,5 Mio Rubel erbringen, von denen 473,6 Mio Rubel beim Unionsbudget verbleiben, während 118, 9 Mio Rubel zurückgezahlt werden. Außerdem fällt nur noch die Einkommensteuer der Bevölkerung mit 56,6 Rubel ins Gewicht, während die Einkommensteuer der Kolchose auf nur 5,1 Mio Rubel festgesetzt wurde.

Da Preise und Gewinne diktiert werden und sich grundsätzlich nicht nach dem Markt, der Produktionsweise usw. richten, schlägt sich der an den Staat abzuführende Gewinnanteil mindestens bei den Konsumgütern in den Preisen nieder.

---

[276] Vgl. Cīņa 1965, Nr. 300, 301

In welchem Maße wird das Einkommen nun tatsächlich im Interesse der Sowjetrepublik Lettland verwandt? Auffallend ist zunächst, daß Lettland seit Jahren die bei weitem geringsten Rückzahlungen aus der Umsatzsteuer erhält. Das geschieht offenbar, weil die Höhe des Budgets sich nicht nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Republik oder der Tüchtigkeit der Bevölkerung richtet, sondern nach einer angeblich gleichmäßigen Wirtschaftsentwicklung in allen Teilen der UdSSR. Die verhältnismäßig gut entwickelte Sowjetrepublik Lettland und ihre tüchtige Bevölkerung muß besonders viel abgeben. Von 1961 bis 1966 betrugen die Rückzahlungen zwischen 10,8 % und 19,9 %. Dazu kommt noch, daß die Einkünfte aus dem Fischfang und der Fischindustrie, sofern diese der Organisation "Zapryba" unterstehen, seit 1964 nicht mehr im Budget der Republik erscheinen[277], was seit jeher schon für die Häfen und die Schiffahrt gilt. Der Fremdenverkehr ist gleichfalls nicht die Einnahmequelle, die er sein könnte.

Löhne und Preise

Es ist außerordentlich schwierig, die Löhne und ihre Kaufkraft ebenso wie die Entwicklungstendenzen auf diesem Gebiet zu ermitteln. Die Höhe der Löhne ist sehr verschieden. Man kennt zwar die sogenannten Mindestlöhne, nicht aber die Spitzengehälter. Außerdem erfährt man nur selten und dann ungenau von dem Umfang der Prämien, Nebeneinnahmen, Nebenleistungen usw.

Auf der anderen Seite differieren auch die Preise für ein und dieselbe Ware in verschiedenen Läden und in den Geschäften der Großstadt, der Kleinstadt oder auf dem flachen Lande. Im allgemeinen kann man annehmen, daß die Auswahl in der Großstadt größer und die Preise niedriger sind als in der Kleinstadt oder auf dem Lande. Freilich besteht die Tendenz, diese Unterschiede auszugleichen.

Andererseits nimmt die Zahl der legalen Preisdifferenzen zu. So sind die faktischen Kosten für eine Wohnung, die im Kooperativbau hergestellt wurde, weit höher als in den vom Staat zugewiesenen Wohnungen. Der freie Verkauf von Lebensmitteln, die in den Kolchosen erzeugt werden, wird seit 1965 wieder gefördert, die "Kommissionsläden" erweitern ihren Umsatz usw..

[277] Vgl. Cīņa 1965, Nr. 300

Die Löhne sind im Durchschnitt seit 1945 nicht unerheblich angestiegen. Damals meldete Radio Riga, daß die Schneider im Rigaer Industriekombinat einen mittleren Monatslohn von 287 Rubel (alte Währung) erhielten, Feuerwehrmänner 175 Rubel und Angestellte der Filmtheater 140 Rubel[278]. Noch 1957 verdiente eine Krankenschwester nur 360 Rubel (alte Währung) im Monat[279]. 1959 wurde der Mindestlohn auf 270 bis 350 Rubel und 1962 auf 400 bis 450 Rubel (alte Währung) festgesetzt[280].

Das deutet auf einen Fortschritt hin, doch geht aus Augenzeugenberichten hervor, daß die Lohntüten der Arbeiter trotzdem im Jahr 1960 dünner wurden, was im Zusammenhang mit der Neuordnung des Prämiensystems stand. Das weckte die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft so sehr, daß es sogar zu einzelnen Streiks kam[281]. Außerdem begannen am Anfang der sechziger Jahre die Preise zu steigen, so daß 1963 viele Arbeiter feststellten, sie hätten zwar zwischen 1960 und 1962 mit 60 Rubeln Monatslohn (neue Währung) auskommen können, 1963 aber nicht mehr. Zu dieser Zeit betrug der Mindestlohn in den Rigaer und Libauer Fabriken 40 Rubel und der Durchschnittslohn 60 Rubel. Siebzig Rubel Monatslohn gelten schon als hoch.

Am 1. November 1964 trat auch in der SSR Lettland das Gesetz über die Lohnerhöhung für die im Bildungs- und Gesundheitswesen beschäftigten Personen in Kraft. Die Gehälter der Lehrer wurden um etwa ein Drittel erhöht und einander angeglichen. Sie betrugen durchschnittlich etwa 100 Rubel und waren nach Dienstjahren gestaffelt. Auch die Löhne für Ärzte, Krankenschwestern, Hebammen und Feldschere stiegen. Dies war im Fall der Krankenschwestern und des übrigen Krankenhauspersonals besonders dringend, da hier bis dahin außerordentlich niedrige Gehälter bezahlt wurden.

Jedoch hält man sich keineswegs immer an die vorgeschriebenen Sätze. So gab man im Kurort Ķemeri (Kemmern) einer Zahnärztin zu verstehen, sie könne, wenn sie wolle, für ihr bisheriges Gehalt (92 Rubel) ihren Posten behalten; die ihr zustehenden 105 Rubel würde sie jedenfalls nicht bekommen. Um das Gesetz zu umgehen, beschloß die Verwaltung, entweder die Zahnärztin in die Kategorie der Dentisten einzustufen oder einen Dentisten anzustellen[282].

Noch schlechter als die Arbeiter und die mittlere Intelligenz verdienen die Kolchosbauern. Sie werden in Lettland durch Naturalien und Geld ent-

---

[278] Latvija aiz Dzelzs priekškara, S. 12

[279] LRK- Archiv Nr. 0220/57

[280] LRK- Archiv Nr. 0201/60, 0388/59

lohnt[283]. Der Verdienst wird auf Grund der "Arbeitstage" geschätzt, wobei diese als Einheit einer bestimmten Arbeitsleistung und nicht nach einer bestimmten Zahl von Arbeitsstunden festgelegt ist. 1957 wurde ein Arbeitstag mit 1,5 - 3 Rubel (alte Währung) bezahlt[284]. Die Landarbeiter des Kolchos "Oškalni" im Rayon Rēzekne (Rositten) erhielten 1956 für einen Arbeitstag 14 Kopeken (alte Währung) und eine kleine Menge an Naturalien. Bei 26 % aller Kolchosbauern betrug 1957 das Jahreseinkommen in Geld weniger als 560 Rubel (alte Währung). Diese Zustände waren auf die Dauer unhaltbar. Seit 1962 wurde deswegen immer öfter über ein System für einen garantierten Arbeitslohn gesprochen. Inzwischen hat sich die Lage zwar etwas gebessert, aber auch 1964 sah man die Entlohnung des Kolchoses Ķekava, die in einem Rubel (neue Währung) und 500 g Getreide für den "Arbeitstag" bestand (1963 waren es allerdings nur 350 g Getreide gewesen), als ganz ausreichend an[285]. Im Unterschied zu den Kolchosbauern erhalten die Sowchosarbeiter einen festen Arbeitslohn, der sich - ähnlich wie in der Fabrik - nach Menge und Qualität der Arbeit richtet. Auch zusätzliche Leistungen und Prämien sind vorgesehen.

Es ist aus den schon genannten Gründen fast unmöglich, die Kaufkraft des Geldes zu ermitteln. In diesem Bereich kann man mit geschickt ausgewählten Zahlen fast alles beweisen. Guljan behauptet[286], daß während der Sowjetherrschaft der Lebensstandard in Lettland um 74 % gestiegen sei, inbezug auf die Familienmitglieder sogar um etwas mehr als das Doppelte. Bei seinen und ähnlichen Berechnungen werden die unentgeltliche Ausbildung, die ärztliche Fürsorge, soziale Beihilfen und anderes einbezogen und ähnliche Leistungen, etwa im selbständigen Lettland, nicht zur Kenntnis genommen oder nur mangelhaft berücksichtigt.

Der zweifelhafte Wert solcher Berechnungen liegt auf der Hand. Statt dessen soll hier eine Liste von bezeugten Preisen zeigen, was sich etwa ein Arzt mit einem Gehalt von rund 100 Rubel, ein Arbeiter mit 70 Rubel und ein Mann, der den Mindestsatz von 45 Rubel erhält, leisten können.

---

[281] Brīviba 1963 Nr. 142/143, S. 5

[282] LRK- Archiv Nr. 0389/64

[283] Vgl. Padomju Latvijas Komūnists 1963, Nr. 2, S. 49

[284] Okupētā Latvija 1957 Nr. 35; 1959, Nr. 29

[285] Padomju Latvijas Komūnists 1964, Nr. 4, S. 67

[286] Razvitie narodnogo chozjajstva LSSR S. 377 - 414

1 m	billiger Anzugstoff	16 Rubel
eine gebrauchte Milchflasche	30 Kopeken	
eine	Damen-Strickjacke	17 - 24 Rubel
ein	billiger Konfektionsanzug	75 Rubel
ein	Rundfunkgerät mittlerer Größe	75 Rubel
ein	Wecker	7 - 50 Rubel
eine	Leder-Aktentasche	14 - 20 Rubel
ein	Moskvič (Kleinwagen)	3450 Rubel
ein	Staubsauger	50 Rubel

Im allgemeinen muß die Qualität der Konsumgüter erheblich unter dem durchschnittlichen Niveau entsprechender Waren bei uns angesetzt werden.

Sozialversicherung und Altersversorgung

Mit Dekret vom 28. November 1940 wurde in Lettland die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten an die entsprechenden Gesetze der UdSSR angeglichen. Die Arbeiter und Angestellten erhielten hiernach folgende Beihilfen und Renten:

1. Leistungen bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit wegen Krankheit, Unfall oder nach Geburten;
2. Altersrenten und Renten wegen Erwerbsunfähigkeit;
3. Hinterbliebenenrenten;
4. Kostenlose Einweisung in Erholungsheime, Sanatorien und Kurorte;
5. Aufnahme der Kinder von Werktätigen in Pionierlager und Kindersanatorien;
5. andere, nicht spezifizierte Hilfsmaßnahmen.

Diese Versicherungen und Hilfeleistungen wurden durch Beiträge der einzelnen Betriebe, in denen der Versicherte arbeitet, und durch den Staat finanziert. Die Arbeitnehmer selbst wurden nicht zu Leistungen herangezogen.

Am 14. Juli 1946 trat an die Stelle dieser Regelung ein neues Gesetz über die Staatspensionen. Danach erhalten Arbeiter und Angestellte:

1. Altersrenten, die an Frauen, welche mindestens 20 Jahre lang gearbeitet haben, vom 55. Lebensjahr an und an Männer mit mindestens 25jähriger Arbeitszeit vom 60. Lebensjahr an gezahlt werden;

2. Invalidenrenten für Erwerbsunfähige und Pflegebedürftige, ferner für ganz oder zeitweise Erwerbsunfähige, aber nicht Pflegebedürftige und schließlich für erheblich im Erwerb beschränkte Personen;

3. Witwen- und Waisenrenten für erwerbsunfähige Familienmitglieder, die von einem verstorbenen oder verschollenen Arbeiter oder Angestellten versorgt wurden[287].

In den Genuß dieser Renten oder Leistungen kommen alle Arbeiter und Angestellten, unabhängig davon, ob sie in dauernden, zeitlich begrenzten oder in saisonbedingten Arbeitsverhältnissen stehen bzw. gestanden haben. Zu diesen Renten kommen noch sogenannte Personalpensionen hinzu, die verdiente Funktionäre im Ruhestand sowie Wissenschaftler und Künstler mit besonderen Verdiensten erhalten. Derartige Pensionen werden in Sowjetlettland auch an eine Anzahl von Teilnehmern der Revolutionen von 1905 und 1917 gezahlt.

Die Höhe der Pensionen wird nach dem Gehalt des Berechtigten festgesetzt. 1959 lag das Minimum bei 300 Rubel (alte Währung), das Maximum bei 1200 Rubel (alte Währung)[288].

Ganze Gruppen der Bevölkerung der SSR Lettland haben keine Chance, eine Rente zu erhalten. Hierzu gehören vor allem die ehemaligen selbständigen Handwerker und Kleinunternehmer, von denen die meisten nicht die ausreichende Zahl von Jahren eine unselbständige Tätigkeit ausgeübt haben, ferner auch die Pfarrer oder die kirchlichen Hilfskräfte[289]. In einer besonderen Lage befanden sich die Deportierten, die in ihre Heimat zurückkehren durften. Ihnen gelang es zuweilen, an ihren Arbeitsstätten in den Verbannungsorten eine Altersrente zugesprochen zu erhalten. Diese wurde dann auch in der Regel nach ihrer Rückkehr in der SSR Lettland anerkannt. Beantragten sie jedoch in Lettland eine Rente, so wurde diese meist mit der Begründung abgelehnt, daß die Antragsteller als antikommunistische Elemente anzusehen seien und deswegen die von ihnen abgeleisteten Arbeitsjahre nicht angerechnet werden dürften[290].

Bis zum 1.1.1965 war die Lage der Kolchosbauern in dieser Hinsicht besonders schlecht, da sie von den Bestimmungen über die Sozialversicherung

[287] Vgl. Birziņa, Pensijas stradniekiem un kalpotajiem

[288] Vgl. Swerew, Soziale Leistungen des Sowjetstaates

[289] Vgl. "Pie Svētavota" 1963, Nr. 4, S. 18; Acta Baltica Bd. 1,S.112

[290] Acta Baltica IV, S. 45

nicht erfaßt wurden. Durch die Kollektivierung war die materielle Grundlage der Landbevölkerung Lettlands vernichtet worden, doch wurde ihre Altersversorgung in der Regel nicht sichergestellt. Es blieb den Kolchosen überlassen, Renten aus eigenen Pensionsfonds zu zahlen, aber nur die wohlhabenden Betriebe konnten einen Pensionfonds bilden. Noch 1964 waren es nur 223 Wirtschaften, d.h. 22,5 % aller Kolchose[291].

Aufstellung über die an Kolchosbauern gezahlten Renten[292]

(in 1000 Rubel)

Jahr	Erwerbsunfähige und alte Kolchosbauern	Pensionsempfänger	Prozentualer Anteil der Pensionäre an der Gesamtzahl der erwerbsunfähigen und alten Kolchosbauern
1957	145,0	7,0	4,8
1958	143,3	18,5	12,9
1959	142,1	29,6	20,8
1960	134,5	22,9	17,0
1961	134,3	27,5	20,5
1962	132,8	31,0	23,4
1963	132,7	30,7	23,0

In den letzten Jahren, bevor das Gesetz über Pensionen und Beihilfen an Kolchosmitglieder in Kraft trat, waren in einzelnen Rayons schon Mustersatzungen für die Pensionierung von Kolchosbauern ausgearbeitet worden, die dann mit Abänderungen von den Kolchosbauern angenommen wurden. Aber die Tatsache, daß jemand eine Rente zugesprochen bekommen hatte, bedeutete - wie die ideologische Zeitschrift "Padomju Latvijas Komūnists" feststellt[293] - noch lange nicht, daß er sie auch tatsächlich erhielt. Besonders in den armen Kolchosen blieb den Bauern nichts anderes übrig, als ohne Rücksicht auf ihr Alter weiter zu arbeiten. Wer nicht mehr arbeitsfähig war, konnte aus dem Kolchos ausgeschlossen werden. Noch im Jahre 1964 erschien in der lettischen Presse ein Bericht über den "automatischen Austritt" eines dreiundachtzigjährigen Kolchosbauern aus

[291] Padomju Latvijas Komūnists, 1964, Nr. 4, S. 27

[292] Padomju Latvijas Komūnists, 1965, Nr. 1, S. 15

[293] Padomju Latvijas Komūnists, 1965, Nr. 1, S. 16

einem landwirtschaftlichen Artel, der das vorgeschriebene Soll nicht erfüllt hatte. Viele derjenigen Kolchose, welche ihre alten und erwerbsunfähigen Mitglieder nicht versorgen konnten, suchten einen Ausweg in der Zuteilung von Hofland oder in der Einweisung in Invalidenheime. 1963 betrug die Monatsrente für einen lettischen Kolchosbauern durchschnittlich nur 5,68 Rubel[294].

In einer besseren Lage befanden sich die Mitglieder der Fischereikolchose. Auch sie mußten den Weg der Selbsthilfe gehen und Hilfskassen einrichten. Jedes Mitglied zahlte monatlich 1 bis 4 % seines Arbeitslohnes ein. Der Kolchos beteiligte sich mit einem Betrag, der bis 0,5 % seines Gesamteinkommens betragen durfte[295]. Dadurch und weil die Fischereikolchose wirtschaftlich verhältnismäßig gut gestellt sind, konnte ein ausreichender Pensionsfonds gebildet und den Mitgliedern Renten in Höhe von 25 bis 80 Rubel (neue Währung), im Durchschnitt jedoch in Höhe von 40 Rubel, gezahlt werden.

Es zeigt sich also, daß es bis vor kurzem ganze Berufszweige gab, die sich durch eigene Beitragszahlungen für den Fall der Erwerbsunfähigkeit oder des Alters zu sichern hatten.

Mit dem 1. Januar 1965 trat das Gesetz über die Pensionen und Beihilfen für Kolchosbauern in Kraft. Es sieht Leistungen im Falle des Alters, der Erwerbsunfähigkeit und des Todes vor, desgleichen eine Unterstützung bei der Geburt eines Kindes. Die Voraussetzungen sind ähnlich wie in dem entsprechenden Gesetz für die Arbeiter und Angestellten.

Darin liegt offensichtlich ein Fortschritt. Da in den baltischen Sowjetrepubliken erst im Jahre 1949 das Kolchossystem eingeführt wurde, ist außerdem auch für die SSR Lettland eine Übergangszeit mit einem kleineren Soll an Arbeitsjahren vorgesehen. An diese Ausnahme knüpft sich aber die Bedingung, daß der Kolchosbauer innerhalb von 12 Monaten nach der Gründung seines Kolchos in diesen eingetreten sein muß und seitdem das Arbeitssoll erfüllt hat[296]. Diese Bestimmung schließt praktisch diejenigen Bauern von Rentengewährungen aus, die 1949 der Kollektivierung ablehnend gegenüberstanden oder deportiert wurden. Ferner werden nicht die Arbeitsjahre angerechnet, in denen der Kolchosbauer "ohne triftige Gründe der Arbeit in der

---

[294] Padomju Latvijas Komūnists 1964, Nr. 6, S. 29
[295] Padomju Latvijas Komūnists 1965, Nr. 1, S. 17
[296] Padomju Latvijas Komūnists 1963, Nr. 9, S. 37

genossenschaftlichen Landwirtschaft systematisch ferngeblieben" ist[297].

Als Beweis für die Erfüllung des Solls gelten die Eintragungen im Arbeitsbuch, die Auskünfte, welche von der Kolchosleitung gegeben werden, sowie Daten aus Archiven. Viele Kolchose haben jedoch keine Listen geführt, so daß auch hieraus Nachteile für die alten Kolchosbauern erwachsen.

Die Höhe der Alterspension richtet sich auch bei den Kolchosbauern nach dem Einkommen. Sie beträgt 50 % bei einem Monatslohn bis 50 Rubel und 25 % des Lohnteiles, der über dieser Grenze liegt. Die Minimalpension wurde auf 12 Rubel, die Maximalpension auf 102 Rubel monatlich festgesetzt[298]. Ein Kolchosbauer, der weiterarbeitet, erhält die Pension in voller Höhe zusätzlich zu seinem Arbeitslohn.

Als Fortschritt kann auch angesehen werden, daß Kolchosbauern bei Erwerbsunfähigkeit Invalidenrente erhalten. In ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkte Personen werden allerdings nicht berücksichtigt. Vor 1965 waren die Bauern bei Invalidität in einer ausweglosen Lage. Besser haben es allerdings die Kolchosvorsitzenden, Spezialisten, Buchhalter und Mechanisatoren, die schon seit dem 1. Oktober 1964 auch bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit unterstützt werden[299].

Die Mittel für die Pensionen und Beihilfen an Kolchosangehörige kommen aus dem Pensionsfonds der UdSSR und des Staatshaushalts. Sie fließen aus den einzelnen Republiken in Moskau zusammen, werden aber faktisch zu einem großen Teil durch die Kolchose selbst aufgebracht. Deren Beiträge in Lettland betrugen 1964 2,5 % und 1965 4 % der Einnahmen[300].

Eine Verbesserung ist auch die jetzt eingeführte Schwangerschaftshilfe. Kolchosbäuerinnen erhalten einen bezahlten Urlaub von je 56 Kalendertagen vor und nach der Geburt eines Kindes. Hierdurch werden die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten gleichgestellt. Auch für kinderreiche Familien und ledige Mütter sind Beihilfen vorgesehen. Für das dritte Kind erhält die Familie eine einmalige Zahlung, vom vierten Kind an eine monatliche Beihilfe, jedoch nur von dessen zweitem bis fünftem Lebensjahr.

---

[297] Vgl. Padomju Latvijas Komūnists 1965, Nr. 1, S. 18

[298] Cīna 17.11.1964

[299] Padomju Latvijas Komūnists 1965, Nr. 1, S. 19

[300] Cīņa 28.10.1964

Das Gesundheitswesen

Wie in der übrigen Sowjetunion, so sind auch in der SSR Lettland die ärztliche Betreuung und die Heilmittel in den Krankenhäusern kostenlos. Das Gesundheitswesen ist verstaatlicht. In den öffentlichen Sprechstunden dürfen die Ärzte keine Privatpatienten behandeln. Die Zahl der Ärzte und des Hilfspersonals ist groß. Im Sommer 1964 gab es in Lettland 6 900 Ärzte und 18 200 Krankenschwestern, Feldschere, Hebammen usw. Auf je 335 Einwohner kam ein Arzt[301]. Dies veranlaßte den Gesundheitsminister, davon zu sprechen, daß die SSR Lettland im Gesundheitswesen einen der ersten Plätze in der Welt einnehme[302].

Die Effektivität des Gesundheitsdienstes leidet jedoch unter der Bürokratisierung und der z.T. schlechten technischen Ausrüstung. Es mangelt vor allem auf dem Lande z.B. an Sanitätswagen, an Kraftwagen für Ärzte und Krankenhäuser, aber auch an notwendigen Medikamenten und Instrumenten[303]

Die Ärzte werden schlecht bezahlt. Nach der Gehaltserhöhung im Jahr 1964 verdient ein Arzt mit fünfjähriger Praxis 90 Rubel, mit 10- bis 25jähriger Praxis 110 Rubel im Monat. Bis zu dieser Neuregelung erhielt ein Arzt zwischen 50 und 95 Rubel[304]. Eine Krankenschwester verdiente vor 1964 zwischen 36 und 60 Rubel. Nun wurde ihr Monatsgehalt auf 80 Rubel erhöht[305]. Freilich liegen die Gehälter der Ärzte höher, wenn sie sich spezialisieren oder bestimmte leitende Aufgaben in Krankenhäusern wahrnehmen.

Die Ausbildung der Krankenschwestern erfolgt in einem drei Jahre währenden Lehrgang. Hilfsschwestern werden in einem sechsmonatigen Kursus ausgebildet[306]. Schwesternschulen gibt es in Riga, Jelgava (Mitau), Valka (Walk) und Cesis (Wenden). Feldschere und Hebammen erhalten ihre Ausbildung in einem Medizinischen Technikum, in das die Schüler schon mit 14 Jahren aufgenommen werden können. Mit 17 Jahren kann also u.U. schon das Diplom abgelegt werden. Feldschere sind auch als Geburtshelfer tätig[307].

[301] Narodnoe chozjajstva SSSR 1965 S.

[302] Cīņa 1964 Nr. 167, 178

[303] Cīņa 25.1.1961

[304] Vgl. Cīņa 16.7.1964; East Europe 1964, September; LRK- Archiv Nr. 0220/57, 0421/65

[305] Cīņa 16.7.1964

[306] Vgl. LRK- Archiv Nr. 0220/57; Cīņa 13.7.1957

[307] Cīņa 13.7.1964

Die Zahl der Krankenhausbetten stieg von 12 000 im Jahr 1940 auf 25 700 im Jahr 1964 und übertrifft mit 114 Betten auf 10 000 Einwohner bei weitem alle anderen Republiken der UdSSR[308]. In den fünfziger Jahren waren die Krankenhäuser z.T. äußerst primitiv eingerichtet. So wurde im Jahre 1956 in der Cīņa berichtet[309]: "Schwer ist es, in einem Republikskrankenhaus auf den buckligen Matratzen zu liegen. Es ist schlimm, wenn die Klosetts nicht funktionieren oder kein Wasser vorhanden ist, weil die Wasserleitung defekt ist, und wenn die Kranken in den Steingebäuden unter den dünnen Decken frieren. Ist es dann ein Wunder, wenn einige den Arzt sogar bitten: 'Erlauben Sie mir doch, nach Hause zu fahren, um mich ein wenig zu wärmen.' Im vergangenen Jahr wurde dem Krankenhaus weder von der staatlichen Plankommission die notwendige Menge Brennstoff zugewiesen, noch bekam es das Zugewiesene von dem Rigaer städtischen Brennstofftrust geliefert. In den großen Krankenhausgebäuden gibt es selten warmes Wasser. Wie können die hygienischen Zustände sein, wenn der Kranke längere Zeit nicht baden kann? In den langen Jahren ist die Frage der Wasserversorgung der Krankenhäuser noch nicht gelöst worden. Man kann nicht einmal die Wäsche ordentlich waschen, obwohl eine große moderne Wäscherei vorhanden ist..... Das Krankenhaus wird mit Injektionsnadeln und Thermometern von geringer Qualität beliefert......"

Inzwischen sind die Zustände im allgemeinen besser geworden; aber auch heute noch wird die Arbeit der Ärzte oft durch schlechte, veraltete oder primitive Krankenhauseinrichtungen sehr erschwert. Die größten Schwierigkeiten haben die Kranken bei der Beschaffung von Medikamenten. Sie fehlten und fehlen auch heute noch oft in den Apotheken und Krankenhäusern[310]. Die Hauptapothekenverwaltung der Republik beantragte 1962 1312 verschiedene Medikamente, erhielt aber nur etwas mehr als 800[311]. Die Ärzte werden in jedem Monat davon unterrichtet, welche Medikamente in den Apotheken vorhanden sind und dürfen keine anderen verschreiben[312]. Der Bezug von Medikamenten aus westlichen Ländern wurde 1961 verboten. Um diese und ähnliche Maßnahmen zu rechterftigen, schlachtete man den Contergan-Fall propagandistisch aus.

---

[308] Vgl. Padomju Latvijas Komūnists 1964, Nr. 6; Cīņa 11.7.1964; Narodnoe chozjajstva SSSR 1964, S.

[309] Cīņa 22.5.1956, zitiert nach "Okupetā Latvija 1956, Nr. 25, S. 9

[310] LRK- Archiv Nr. 0219/57, 0399/65

[311] Ėkonomičeskaja gazeta 13.10.1962

[312] LRK- Archiv Nr. 0219/57

Die SSR Lettland gilt in der Sowjetunion als einer der bedeutendsten Hersteller pharzmazeutischer Präparate. Einige dieser Medikamente haben sich in der Praxis als wertvoll erwiesen. Das trägt aber nicht dazu bei, die Schwierigkeiten zu beseitigen. Freilich gibt es auch Anstalten, die sowohl mit Medikamenten als auch mit anderen Einrichtungen gut versorgt sind. Eine solche ist die Polyklinik des Gesundheitsministeriums in Riga, in der die Partei-, Regierungs- und Wirtschaftsfunktionäre behandelt werden.

Besondere Aufmerksamkeit wird der vorbeugenden Gesundheitspflege gewidmet, ein Prinzip, das sich schon das Lettische Rote Kreuz im selbständigen lettischen Staat zu eigen gemacht hatte. Dazu gehört auch der Ausbau eines Netzes von Sanatorien und Erholungsheimen.

Bis 1939 wurde der Sommerurlaub in Lettland im allgemeinen in einem gemieteten Sommerhaus, etwa am Rigaschen Strande, vor allem aber bei Verwandten "auf dem Lande", nämlich bei den vielen Besitzern kleinerer oder größerer Bauernhöfe, verbracht, wo man sich erholte, uugleich aber auch oft den Gastgebern bei den Erntearbeiten half. Diese Möglichkeit ist nach der Kollektivierung der Landwirtschaft viel weniger attraktiv geworden und besteht für die Mehrzahl der russischen Stadtbewohner überhaupt nicht. So gewinnen die Kurorte immer mehr an Bedeutung.

Die lettischen Sanatorien und Erholungsheime werden auch von vielen Erholungssuchenden aus dem Innern der Sowjetunion besucht. Sie unterstehen seit 1960 den Gewerkschaften, die auf Grund einer allgemeinen Regelung in der SSR Lettland von dem bis dahin zuständigen Gesundheitsministerium 23 Sanatorien, 21 Erholungsheime und einige Polykliniken am Rigaschen Strand und in Ķemeri (Kemmern) übernahmen[313]. 1964 waren alle Sanatorien und Erholungsheime in der SSR Lettland der Kurverwaltung des Gewerkschaftsrates der Republik unterstellt. Diese hat vor allem und in erster Linie die Erholungssuchenden aus der übrigen Sowjetunion in ihre Heime aufzunehmen, ohne daß aus diesem "Fremdenverkehr" besondere Vorteile für das Land entstünden. Nach Augenzeugenberichten werden lettische Arbeiter, für deren Heilung z.B. die Kuranstalten in Ķemeri (Kemmern) sehr geeignet wären, dort nur selten aufgenommen. Sie kommen in die bescheideneren Erholungsheime "Cīrulīšsi" in Cēsis (Wenden), nach Baldone (Baldohn) oder in das östliche Letgallen[314].

[313] Trimdas Arodnieks 1960, Nr. 39

[314] LRK- Archiv Nr. 0194/57

1963 verbrachten in den Sanatorien und Erholungsheimen Lettlands 82 000 Personen ihren Urlaub oder ihren Kuraufenthalt[315]. 7 000 Personen aus Lettland reisten in die südlichen Kurorte der Sowjetunion oder nach Karlsbad in der ČSSR[316].

Die Arbeitsverhältnisse

Bis 1956 galt in der Sowjetunion die 48-Stundenwoche; dann folgte die 46-Stundenwoche. Auf Grund eines Beschlusses vom 21. April 1958 sollte in Lettland auf einen Siebenstunden-Tag bei sechs Arbeitstagen übergegangen werden. Dies verursachte so große Schwierigkeiten, daß 1960 von über 1000 Betrieben in Lettland nur 119 diese Regelung eingeführt hatten[317].

Jedem Arbeiter steht ein bezahlter Urlaub von 12 Tagen zu. Für Betriebsleiter ist ein längerer Urlaub vorgesehen. Bis 1956 konnten Jugendliche schon im Alter von 14 Jahren in der Industrie beschäftigt werden. Seit dem 13. Dezember 1956 wurde jedoch die Arbeitszeit für jugendliche Personen im Alter von 16 bis 18 Jahren auf sechs Stunden täglich beschränkt. Gerade diese und andere Schutzbestimmungen führten dazu, daß Jugendliche nur schwer einen Arbeitsplatz finden. Die Frauen, die auch in der SSR Lettland zu schwerer körperlicher Arbeit herangezogen werden, erhielten bis zum 26. März 1956 im Falle einer Schwangerschaft und Geburt 77 Tage, seitdem 112 Tage Urlaub. Für jeden Arbeitenden wird ein Arbeitsbuch geführt, in das ein Arbeitsplatzwechsel, Verwarnungen usw. eingetragen werden[318]. Die Bestimmungen des Arbeitsrechts werden sehr oft durch die Werksleitungen auch mit Einverständnis der Gewerkschaften oder der Parteigrundorganisationen übertreten. So berichten die Zeitungen immer wieder davon, daß die Arbeiter zu unbezahlten Überstunden herangezogen, daß die Bestimmungen über Entlassungen nicht eingehalten würden usw.

---

[315] Die Anstalten sind meist schon vor 1939 gegründet worden. Nach dem Kriege erweiterte man sie jedoch beträchtlich. Sie entsprechen z.T. nicht den allgemeinen Vorstellungen, die man im Westen von derartigen Anstalten hat. Einige sind bis heute sogar geradezu verwahrlost.

[316] LRK- Archiv Nr. 0194/57

[317] Trimdas Arodnieks 1960, Nr. 39, S. 2

[318] Eine Übersicht über die Entwicklung des Arbeitsrechts gibt Prof. P. Mucenieks in ZA Vēstis 1960, Nr. 7

Solche Zustände sind vor allem deshalb möglich, weil die Arbeiterschaft keine echte Interessenvertretung hat. Die Gewerkschaften haben andere Aufgaben: Sie sind die größte Massenorganisation der Sowjetunion, die die "kommunistische Erziehung und die Schaffung einer kommunistischen Haltung zur Arbeit" fördern sollen. "Neben der politischen Agitation betreiben die Gewerkschaften auch eine Arbeitspflicht-Agitation"[319].

So geht es den Gewerkschaften weniger darum, die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren, sondern vor allem darum, die Arbeitsleistung zu erhöhen, für Sparsamkeit zu sorgen, die Disziplin zu festigen, Wettbewerbe zu organisieren, das kommunistische Bewußtsein der Massen zu stärken und Arbeitsgruppen aus Aktivisten für unentgeltliche Arbeit zu bilden.

Auf die Höhe der Arbeitslöhne, die Arbeitszeit und die Schaffung besserer Arbeitsbedingungen haben die Gewerkschaften nur geringen Einfluß. Trotzdem fallen ihnen auch Aufgaben zu, an deren Verwirklichung die Arbeiter selbst interessiert sind, vor allem im Gesundheitswesen, bei der Sicherung einer angemessenen Erholung und der Organisation kultureller Veranstaltungen sowie in Fragen des Arbeitsschutzes und durch ihr Mitspracherecht bei der Kündigung. Diese Aufgaben lösen die Gewerkschaften, wie aus vielen Zeugnissen hervorgeht, in der Praxis nur unvollkommen. Die Rechte der Arbeiter werden immer wieder verletzt; und auch der Arbeitsschutz weist Mängel auf.

Den Arbeitern selbst sind alle Rechte und Möglichkeiten genommen, ihre Interessen außerhalb der staatlichen Einheitsgewerkschaft zu vertreten, ganz zu schweigen von einem Streikrecht. Trotzdem sind wiederholt Arbeitsniederlegungen vorgekommen, so in der Rigaer Fabrik für Elektromaschinen, in dem Libauer Werk "Sārkanais Metallurgs", in der Zellulose-Fabrik in Schlok, in den Rigaer Holzsägewerken und zuletzt im Rigaer Hafen[320].

---

[319] B. Kalniņš in: Trimdas Arodnieks 1956, Nr. 5, 7; vgl. Šilde, Beztiesībām un brīvibas, S. 331-338

[320] Kalniņš, Evolūcija vai revolūcija, S. 9; Šilde, Vazu raveji S. 129

Bildung, Wissenschaft und Kultur

Die Organisation des Bildungswesens, der wissenschaftlichen Institutionen und die Verbände der "Kulturschaffenden" wurden in Lettland nach und nach dem sowjetischen Vorbild angeglichen. Im Bildungswesen führte man vor allem die Dreiteilung der Grundschule, Mittelschule und Hochschule ein, wobei die Mittelstufe entweder "allgemeinbildend" war oder auf einzelne Fächer , z.B. Technik, Medizin, Landwirtschaft, Wirtschaft, Kunst etc.spezialisiert war. Eingeführt wurde auch das "Lernen ohne Unterbrechung der Produktion", d.h. der Abend- und Fernunterricht in der Mittel- und Hochschulstufe. Die wissenschaftliche Tätigkeit erhielt in der Akademie der Wissenschaften der SSR Lettland ein neues Zentrum. Das kulturelle Leben wurde durch die Bildung von Schriftsteller-, Künstler-, Architekten- und anderen Verbänden neu organisiert.

Die Unterrichtssprache in den lettischen Schulen und Hochschulen ist entweder Lettisch oder Russisch. Bestimmte Fächer in der Mittelschule werden nur in russischer oder nur in lettischer Sprache unterrichtet. Auch auf den Hochschulen wurden einzelne Fächer nur in einer der beiden Sprachen gelehrt.

Die Schulen

Ein Unterschied zu den übrigen sowjetischen Schulen besteht in der Dauer der Schulzeit an den allgemeinbildenden Mittelschulen mit lettischer Unterrichtssprache. Nach dem Schulgesetz von 1934 dauerte die Ausbildung in den Grundschulen sieben Jahre (eine Vorbereitungsklasse und sechs weitere Klassen). Ihnen folgten fünf Jahre höhere Schule der etwa auch in Deutschland üblichen Richtungen. Insgesamt waren also bis zur Erlangung des Reifezeugnisses zwölf Jahre Schulbildung vorgesehen. Diese Regelung blieb bis 1941 bestehen. Nach der zweiten Okkupation wurde 1944/45 die Schulpflicht auf sieben Jahre Volksschule festgesetzt, denen drei Jahre allgemeinbildende Mittelschule folgen sollten. 1947/48 wurde jedoch in einer Sonderregelung die Schulzeit um ein Jahr auf elf Jahre verlängert. Der Unterschied zur übrigen Sowjetunion in der Dauer der Schulpflicht fiel 1959/60, als Chruščev den polytechnischen Unterricht und den Arbeitsunterricht einführte, der wegen der zusätzlichen Beanspruchung der Schüler eine Verlängerung der Schulzeiten der Pflichtschule auf acht Jahre bedingte. Unter- und Mittelstufe zusammen dauerten nunmehr in der ganzen Sowjetunion elf Jahre.

Die Forderung lettischer Pädagogen und Funktionäre, die Schulzeit in Lettland nun auf 12 Jahre zu verlängern, damit der Unterricht in der Muttersprache und in lettischer Literatur nicht leide, stieß auf Ablehnung. Es blieb bei elf Jahren. Trotzdem verzichtete man nicht auf den Unterricht in einer zweiten Fremdsprache (Deutsch, Englisch oder Französisch), den man eine Tradition der lettischen Schulen nannte, sondern versuchte, den Stundenplan auf andere Weise den neuen Verhältnissen anzupassen.

Nach Abschaffung des Arbeitsunterrichts wurde 1965 in der ganzen Sowjetunion wieder die alte Schulzeitregelung (sieben Jahre Unterstufe und drei Jahre Oberstufe) eingeführt. Zugleich erhielten aber die baltischen Sowjetrepubliken die Anweisung, Gesetze zu erlassen, nach denen die Schulzeit in den nationalsprachlichen Schulen elf Jahre dauern sollte. Wie sich das auf Schulen, die parallele Klassenzüge mit russischer oder mit lettischer Unterrichtssprache haben, auswirkt, ist unbekannt.

In den ersten Jahren nach dem Krieg hatten die Schulen mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es fehlte vor allem an Lehrkräften. Viele Lehrer waren deportiert worden oder waren geflohen.. Viele, die in der Heimat geblieben waren, erschienen dem Sowjetregime politisch untragbar. Alle alten Schulbücher wurden aus dem Verkehr gezogen, und es fehlte an neuen. Sehr viele Kinder blieben dem Unterricht fern. Über die Maßnahmen der Partei sagte der damalige Komsomolsekretär Dzērve im August 1947: "Es ist ein Irrtum zu glauben, man könne ungenügende Leistungen allein dadurch bessern, daß man die schlechten Schüler zu einer Zusammenkunft im Komsomol kommen läßt"[321].

Die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Schulbüchern sollte durch Übersetzung russischer Schulbücher gelöst werden. Im Herbst 1947 wurden derartige Bücher vom Staatsverlag in einer Gesamtauflage von 254 000 Stück herausgebracht[322]. Doch erwies sich dieses Verfahren als ungeeignet. Trotzdem bevorzugte man auch in den folgenden Jahren, ja bis heute, Lehrbücher russischer Autoren.

Den Lehrermangel versuchte man durch Umschulung zu beheben. Diejenigen, die in ihrem Amt bleiben durften, mußten Abendvorlesungen der Universität über Marxismus-Leninismus, Geschichte der UdSSR und Darwinismus besuchen. Von den 2330 1946 in Riga beschäftigten Lehrern taten das 2186. Aber viele von ihnen bestanden die Abschlußexamina nicht. Einen Lehrgang des Jahres 1946 konnten

[321] Radio Riga 2.8.1947

[322] Radio Riga 7.10.1947

nur 38 von 137 Russen und nur 16 von 97 Letten erfolgreich beendet[323]. Besonders die Geschichts- und Geographielehrer versuchten ein Zusatzstudium an der Universität oder am Rigaer Pädagogischen Institut zu absolvieren. Aber viele von ihnen fielen schon bei der Aufnahmeprüfung in den Fächern Geschichte der UdSSR, russische Sprache oder in anderen Fächern durch. Die meisten studierten im Fernunterricht, um ihre Arbeit nicht aufgeben zu müssen.

Größte Schwierigkeiten bereitete der Russischunterricht, denn es fehlte an Russischlehrern. Darüber hinaus strebte man an, daß auch alle anderen Lehrer die russische Sprache beherrschten, u.a. weil die pädagogische Literatur ausnahmslos in russischer Sprache abgefaßt war. Der Russisch-Unterricht nimmt im Lehrplan einen sehr großen Raum ein. Von der fünften Klasse an beansprucht er die meisten Stunden. Der Lettisch-Unterricht an den Schulen mit russischer Unterrichtssprache ist dagegen fakultativ.

Von Anfang an wurde auf die Erziehung der Kinder zu guten Sowjetbürgern größtes Gewicht gelegt. Das sollte während des ganzen Unterrichts und nicht in besonderen Stunden geschehen. 1962/63 wurde trotzdem ein neues Fach eingeführt, in dem diese Fragen besonders behandelt wurden [324]. Das geschah vor allem, weil viele Fachlehrer die ideologische Durchdringung des Fachunterrichts ablehnten. Man versuchte nun, die Schüler in den Gesellschaftskunde-Stunden mit den aktuellen Fragen des "wissenschaftlichen Kommunismus" und mit der Politik der KPdSU bekannt zu machen.

Auch die Sorgen der Machthaber über die tiefe Abneigung vieler Letten und insbesondere der lettischen Jugend gegen die russische Unterwanderung und kulturelle Russifizierung schlugen sich in der Schulpolitik nieder. Der proletarische Internationalismus sollte nunmehr auch durch besondere neue Schulen propagiert und praktiziert werden, die Parallelklassen mit Lettisch und Russisch aufwiesen. Heute soll ein Drittel aller Schulkinder solche Schulen besuchen[325].

Die Schüler lettischer und russischer Nationalität verbringen hier ihre freie Zeit miteinander, wogegen der Unterricht getrennt in lettischer oder in russischer Sprache stattfindet. Auch in der Jugendorganisation oder beim

---

[323] Radio Riga 10.8.1946, 31.8.1947

[324] Cīņa 27.7.1962; Padomju Latvijas Komūnists 1962, Nr. 2, S. 3, 52

[325] Cīņa 3.3.1966

Sport sind die Schüler zusammen und "helfen so einander, die lettische und die russische Sprache schneller und besser zu erlernen"[326].

Auch die auf Grund des Unionsgesetzes von 1956 gegründeten Internatsschulen werden vor allem als "Pflanzstätten der Völkerfreundschaft" betrachtet[327]. Freilich zeigte es sich bei der Eröffnung der ersten Institute dieser Art, daß ganz unabhängig von dieser politischen Aufgabe ein großer Bedarf an ihnen bestand. In die ersten fünf Internatsschulen wurden nämlich 133 Waisenkinder, 375 Halbwaisen, 200 Kinder aus kinderreichen Familien und 159 Schwererziehbare aufgenommen[328]. Wie weit diese Internatsschulen tatsächlich einer effektiveren kommunistischen Erziehung, dem proletarischen Internationalismus, der Verbreitung des Atheismus usw. dienen oder nur eine sehr notwendige Schulform in einer radikal zerstörten Gesellschaft sind, läßt sich kaum sagen. Ihre Zahl ist jedenfalls stark gewachsen.

Jahr	Zahl der Internatsschulen	Zahl der Schüler [329]
1957	5	987
1958		
1959		
1960	18	5 090
1961	30	7 000
1962	33	9 000
1963	34	10 400
1964	34	11 000

Die Hochschulen

Vor 1939 galten in Lettland als vollgültige Hochschulen: die Staatsuniversität, die Landwirtschaftliche Akademie in Jelgava (Mitau), das Lettländische Konservatorium und die Lettländische Kunstakademie. Heute werden folgende Institute als Hochschulen genannt:

[326]Padomju Latvijas Komūnists 1962 Nr. 10, S. 29
[327]Cīņa 29.8.1963; Padomju Latvijas Skola 1961 Nr. 12, S. 34 ff
[328]Acta Baltica Bd. 1, S. 153
[329]Šilde, Bez tiesībām un brīvības, S. 200

Die Lettländische Pēteris-Stučka-Staatsuniversität (Riga),
das Polytechnische Institut (Riga),
das Medizinische Institut (Riga),
die Lettländische Landwirtschaftliche Akademie (Jelgava/Mitau),
das Konservatorium der SSR Lettland (Riga),
die Kunstakademie der SSR Lettland (Riga),
das Institut für Leibeserziehung (Riga),
das Institut für Ingenieure der zivilen Luftflotte (Riga),
das Pädagogische Institut (Daugavpils/Dünaburg),
das Pädagogische Institut (Liepāja/Libau).

Die wichtigste dieser Hochschulen ist die Staatsuniversität, die auf das im Jahr 1861 gegründete Rigaer Polytechnikum, die erste Hochschule in dieser Stadt überhaupt, zurückgeht. Der Ursprung der Universität wird heute in einem Dekret der ersten Sowjetregierung vom 8. Februar 1919 gesehen. Freilich lebte diese Institution nur wenige Monate und verschwand mit dem Sturz des ersten Sowjetregimes. Da ihre Gründung von politischen Erwägungen bestimmt gewesen war, hatte sie auch innerlich keinen Zusammenhang mit der "Lettländischen Universität" (LU), die, am 28. September desselben Jahres gegründet, höchste Bildungsstätte des selbständigen Lettlands wurde.

Gleichwohl werden die zwanzig Jahre dieser Lettländischen Universität heute in die Geschichte der jetzt bestehenden Hochschule einbezogen. Tatsächlich scheinen auch nicht wenige, dem gegenwärtigen System fremde Traditionen aus jener Zeit weiterzubestehen, obgleich die Sowjetregierung natürlich das ganze Universitätsleben von Grund auf gewandelt hat[330].

Die sowjetische Okkupation des Landes im Jahr 1940 unterbrach die wissenschaftliche Tätigkeit und die Lehrtätigkeit der Universität nicht vollständig. Am wenigsten litten die naturwissenschaftlichen Fächer unter den Veränderungen, am meisten die geisteswissenschaftlichen. Schon am 22. August 1940 wurden die beiden theologischen Fakultäten (evangel.-luth. und katholisch) geschlossen. Siebzehn Tage vorher waren die theologischen Lehrkräfte ihres Amtes enthoben worden. Auch der Rektor, Prof. M. Prīmanis, wurde sogleich durch einen Rußland-Letten, J. Paškevičs, ersetzt. Einige Monate später folgte ihm J. Jurgens, der dieses Amt nochmals zwischen 1948 und 1959 bekleidete.

---

[330] Vgl. zu den folgenden Ausführungen: Pētera Stučkas Latvijas valsts universitāte 40 gados, Riga 1959

Sehr bald wurden die philosophische und die philologische Fakultät in eine Fakultät für Geschichte und Philologie zusammengelegt, die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät hingegen in eine physikalisch-mathematische Fakultät und in eine naturwissenschaftliche Fakultät aufgeteilt. Diese organisatorischen Maßnahmen wurden von einer Umwandlung des Lehrkörpers begleitet. Obgleich ein Teil der alten Lehrkräfte als "reaktionär" entlassen wurde, weil er angeblich reaktionär war, bildeten die Professoren der ehemaligen LU doch den Kern der 641 Dozenten, die 1941 in der Universität tätig waren. Zu ihnen traten eine Reihe von Rußlandletten, so J. Jurgens, V. Miške, J. Paškevičs, P. Valeskalns, J. Āboliņš, E. Ripa, H. Martinsons und J. Loja.

Nun ging es vor allem darum, "die bürgerliche Ideologie auszumerzen". Dem diente in erster Linie die Gründung des Lehrstuhles für Marxismus-Leninismus im August 1940. Die Vorlesungen über Marxismus-Leninismus, über Politökonomie und über die Geschichte der Sowjetunion waren obligatorisch. Sie erschienen den neuen Machthabern besonders wichtig zu sein, weil 1940 nur 65 Studenten als Mitglieder der kommunistischen Jugendorganisation registriert waren, eine Zahl, die, wenn sie sich auch im Laufe einiger Monate auf über hundert erhöhte, im Verhältnis zur Gesamtzahl der Studenten (1940/41 = 7773) außerordentlich gering war.

So war es kein Wunder, daß auch nach 1945 einem Teil der Studenten, die das "Studium der marxistischen Wissenschaft" aufnahmen, "zum erfolgreichen Lernen die notwendigen Kenntnisse und die materialistische Weltanschauung" fehlten. "Viele verstanden das Leben und die Geschehnisse in den brüderlichen Sowjetrepubliken nicht, waren apolitisch oder wünschten nicht, an Diskussionen über aktuelle politische Fragen teilzunehmen"[331].

Umso größere Beachtung mußte unter diesen Umständen dem Lehrstuhl für Marxismus-Leninismus geschenkt werden. 1940/41 war hier nur Geschichte der KPdSU gelehrt worden, 1945 begann man zusätzlich mit Vorlesungen über dialektischen und historischen Materialismus. Die Wichtigkeit, die diesem Lehrstuhl beigemessen wurde, ist daran zu sehen, daß ihm, selbst als diese Fächer im Jahr 1949 ausgegliedert worden waren und für sie ein eigener Lehrstuhl errichtet wurde, immer noch 15 Professoren, Dozenten und wissenschaftliches Personal ihm angehörten. (Die Leitung hatte zunächst der Rußland-Lette Prof. V. Miške, und seit 1954 A. Balbere.)

---

[331] Pētera Stučkas Latvijas valsts universitāte, S. 71 f

Die umfangreiche Arbeit dieses Lehrstuhls wird im Tätigkeitsbericht für das Studienjahr 1957/58 charakterisiert: Alle Studierenden des ersten und zweiten Kurses mußten seine Vorlesungen besuchen. Die Geschichte der KPdSU wurde in Tages- und Abendvorlesungen sowie in Fernkursen für 15 Studiengruppen in russischer Sprache und für 50 Studiengruppen in lettischer Sprache gelehrt. In der damals an der Universität noch bestehenden technischen Fakultät mußten die Studenten drei Semester Parteigeschichte hören, in den geistes- und naturwissenschaftlichen Fakultäten vier Semester.

Die Ergebnisse dieser so umfangreichen Arbeit waren aber nur zu oft unbefriedigend. Die Klagen über die mangelhaften Kenntnisse der Studenden sind bis heute nicht verstummt, wenngleich sie etwas seltener geworden sind. Es kann aber angenommen werden, daß es sich oft um eine rein mechanische Aneignung von Daten und Formulierungen handelt, die die jungen Menschen gar nicht persönlich berühren. Der wissenschaftliche Nachwuchs für dieses Fach ist dementsprechend gering. Bis 1959 wurden nur 12 wissenschaftliche Dissertationen an dem genannten Lehrstuhl verteidigt.

Der 1949 durch Ausgliederung aus dem Lehrstuhl für Marxismus-Leninismus gegründete Lehrstuhl für dialektischen und historischen Materialismus (seit 1958 auch Lehrstuhl für Philosophie genannt) wurde von russischen Spezialisten aufgebaut, vor allem von den Professoren I. Širokov und E. Karpovič. Gelehrt wurden dialektischer und historischer Materialismus, Geschichte der Philosophie, Ästhetik und Logik. Der Besuch der Vorlesungen über dialektischen und historischen Materialismus ist für Studierende aller Fakultäten obligatorisch.

Der Lehrstuhl für politische Ökonomie, dessen erste Lehrkräfte ausnahmslos Rußland-Letten waren, zeichnete sich durch größere Lebendigkeit aus. Im Studienjahr 1957/58 waren hier zwanzig Lehrkräfte tätig, die z.T. eng mit der rechtswissenschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät sowie mit dem Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Akademie der Wissenschaften zusammenarbeiteten.

Die Fakultäten für Wirtschaftswissenschaften und Rechtswissenschaft und die Fakultät für Geschichte und Philologie wurden besonders stark von der Ideologisierung der Universität betroffen. Nicht so sehr die Tatsache, daß auch hier neben das reguläre Studium ein Abend- und Fernstudium trat, ja nicht einmal der Umstand, daß nun linientreue Fachleute ausgebildet werden sollten, waren daran schuld, als vielmehr der Wunsch, nach Möglichkeit mit allen

alten Traditionen zu brechen und solche, die sich nicht ausrotten ließen, umzudeuten und in das ideologische Konzept einzufügen.

Beide Fakultäten verzichteten besonders in der ersten Zeit nicht vollständig auf die Mitarbeit einzelner ehemaliger Professoren und Dozenten der LU. In der Fakultät wir Wirtschafts- und Rechtswissenschaft sind hier folgende Professoren zu nennen: Eduards Širons, Eduards Balodis und Karlīs Bērziņš, und die Dozenten Roberts Roze und Jānis Stiprais; in der Fakultät für Geschichte und Philologie die Historiker M. Stepermanis und T. Zeids, vor allem aber der Senior der Baltologie, Prof. Dr. Jānis Endzelīns. Er war der einzige, der bis zu seinem Tode im Jahre 1961 mit wirklichem Erfolg die Traditionen der alten Wissenschaftsgesinnung unter den neuen Verhältnissen - wenn auch nur beschränkt - auf den ihm anvertrauten Lehrstuhl für lettische Sprache, auf Geund seiner überragenden Persönlichkeit und seines weltweiten Rufes bewahren konnte.

Die grundlegende Wandlung der Universität wurde 1963 durch die Gründung einer Fakultät für gesellschaftliche Berufe noch unterstrichen. Sie hatte vier Abteilungen: für Redner und Journalisten, für höhere Pionierführer, für Leibeserzieher und für Leiter künstlerischer Laienkollektive. Sie erhielt die Aufgabe, hochqualifizierte Mitarbeiter für die Massenorganisationen auszubilden.

Die Zahl der seit 1945 an den Universitäten ausgebildeten Fachleute ist sehr groß. 1965 beendeten 3 300 Personen die Hochschulen der Republik, an denen im Schuljahr 1964/65 33 000 Studenten immatrikuliert waren.

Die Akademie der Wissenschaften der SSR Lettland

Höchste Institution der wissenschaftlichen Forschungsarbeit in Lettland ist die Akademie der Wissenschaften. Sie wurde entsprechend dem System der sowjetischen Wirtschaftsplanung und Wissenschaftsleitung am 7. Februar 1946 gegründet. In ihrer Arbeit ist sie gegenwärtig abhängig von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und von anderen zentralen Stellen. Die Richtlinien für ihre Arbeit erhält die Akademie vom ZK der KPdSU und vom Ministerrat der UdSSR[332]. In der finanziellen Planung und der Personalpolitik untersteht sie in erster Linie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR[333] und dem Ministerrat der SSR Lettland. Die Ausgliederung von

[332] ZA Vēstnis 1961, Nr. 2, S. 183 f

[333] ZA Vēstnis 1963, Nr 7, S. 12

Instituten der Akademie und ihre Unterstellung unter andere Institutionen kann ebenso in Moskau beschlossen werden wie das Einstellen bestimmter Forschungsarbeiten, wenn diese anderswo konzentriert werden sollen. Freilich muß die Republik für die Finanzierung der Akademie aufkommen.

Die Akademie der Wissenschaften betreibt neben Forschungen, die von allgemeinem Interesse sind, andere, die vor allem die SSR Lettland betreffen. So stehen z.B. neben Arbeiten über Mikroelemente, Automation, Astrophysik, Kernforschung, solche über lettische Sprache und Literatur, Geschichte und Ethnologie des Landes, aber auch über besondere Fragen der lettischen Landwirtschaft, der Industrieansiedlung in den baltischen Sowjetrepubliken und ähnliches.

Akademie der Wissenschaften der SSR Lettland

Präsident

Prof. Pauls Lejiņš (1946 -)
Prof. Jānis Peive (19 - 1960)
Prof. Kārlis Plaude (1960 - 1966)

Institute (nach dem Stand von 1966)

Physikalisch-technische Wissenschaften

Institut für Physik

Institut für Energetik

Institut für Elektrotechnik und Rechentechnik

Institut für Mechanik und Polymere

Astrophysikalisches Laboratorium (in Baldone)

Chemische und biologische Wissenschaften

Institut für Chemie

Institut für organische Synthesen

Institut für Holzfaserchemie

Institut für Biologie

Institut für Mikrobiologie

Botanischer Garten

Sozial- und Geisteswissenschaften

Institut für Wirtschaftswissenschaften

Institut für Geschichte und materielle Kultur

Institut für Sprache und Literatur

Atomreaktor in Salaspils (Salisburg)

Zeitschrift: Latvijas PSR Zinātnu Akadēmijas Vēstnis
(12 Hefte im Jahr, je 8 - 9 Druckbogen)
Verlag: Zinātne (Wissenschaft) in Riga

Obgleich die wissenschaftliche Ausbildung grundsätzlich Sache der Hochschulen ist, besteht an der Akademie der Wissenschaften der SSR Lettland ebenso wie an den Hochschulen die Einrichtung der "wissenschaftlichen Aspirantur", die praktisch ein weiterführendes, noch enger spezialisiertes Hochschulstudium nach Abschluß des fünfjährigen Hochschulstudiums ist. Jedes Jahr werden etwa 60 Personen nach wissenschaftlichen und politischen Gesichtspunkten ausgewählt, die unter Aufsicht von Professoren wissenschaftlich arbeiten. In drei Jahren soll der Aspirant seine Dissertation schreiben. Auch hier gibt es Fernlehrgänge für Aspiranten.

Die Hauptaufgabe der Akademie der Wissenschaften besteht jedoch nicht in der Ausbildung, sondern in der Forschung. Letztere ist auch in Einzelvorhaben fast vollständig von der Wissenschaftsplanung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR abhängig, die der lettischen Akademie bestimmte Forschungsaufgaben zuweist. Das gilt besonders für die naturwissenschaftlichen, mathematischen und technischen Fächer. Den geisteswissenschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Instituten der Akademie ist hingegen mit besonderem Hinblick auf die örtlichen Verhältnisse die allgemeinere Aufgabe gestellt, "wissenschaftliche" Grundlagen für die Propaganda und Agitation durch marxistisch-leninistische Bewertung historischer Tatsachen zu schaffen.

Das Institut für Sprache und Literatur bekam z.B. den Auftrag, eine lettische Literaturgeschichte "unter marxistischem Blickwinkel" zu verfassen[334]. Das Institut für Geschichte sollte Standardwerke und Lehrbücher über die Geschichte Lettlands unter dem Aspekt des Klassenkampfs erarbeiten. "Welchen Zeitraum der Geschichtsforscher auch betrachten mag", sagte der Erste ZK-Sekretär und korrespondierendes Mitglied der Akademie, Pelše, "ob unsere Tage oder vergangene Zeitalter, er hat kein Recht, die Geschehnisse leidenschaftslos zu registrieren, sondern er muß gegen die bürgerliche Ideologie und für den Sieg der marxistisch-leninistischen Weltanschauung kämpfen, und es ist seine Pflicht, die Errichtung der gerechten Ordnung auf Erden, des Kommunismus, zu fördern"[335].

In diesem Sinne veranstaltet die Akademie auch alljährlich "ethnographische Expeditionen", die volkskundliches und kulturgeschichtliches Material sammeln und sich mit der "Erforschung der sozialistischen Veränderungen" befassen sollen, ebenso mit den Erfahrungen, die beim Zusammenleben verschiedener Völker, vor allem der Letten und Russen, gemacht worden sind [336].

[334] ZA Vēstnis 1963, Nr. 12, S. 34

[335] ZA Vēstnis 1963, Nr. 4

[336] ZA Vēstnis (Jahresberichte für 1960 ff)

Aber es wäre ganz falsch, die Arbeit der Institute, die sich mit geisteswissenschaftlichen Fragen befassen, als bloße Propaganda abtun zu wollen. Besonders auf linguistischem, aber auch auf literarhistorischem, ja sogar auf historischem Gebiet gibt es immer wieder durchaus ernstzunehmende Arbeiten. Auch wenn sie, mehr oder weniger gezwungenermaßen, die Tatsachen von einem "parteilichen" Standpunkt betrachten, so enthalten sie doch oft Elemente, die weit über die Propaganda hinausgehen und für künftige Literatur- und Kulturgeschichtsstudien unentbehrlich sind.

Daneben steht der Wunsch nach sauberer Wissenschaftlichkeit, die den Verfasser mancher Schrift aus dem total politisierten Wissenschaftsbetrieb in abseitige Gebiete flüchten läßt.

Literatur, Musik und Kunst

Zwar konnten sich schon in der Zeit der "bürgerlichen Diktatur"[337] seit 1934 einzelne Kulturzweige nicht mehr ganz ungestört entfalten, - eine vollständige Reglementierung der Kultur begann jedoch erst unter dem Sowjetregime und unterbrach die bisherige Entwicklung. Alle Äußerungen der Literatur, Musik und Kunst sollten von nun an der Erziehung des kommunistischen Menschen, der Formung des Bewußtseins dienen. Aus dieser allgemeinen Zielsetzung ergaben sich für die Kulturpolitik in Sowjetlettland vor allem zwei Aufgaben: die Bewältigung des kulturellen Erbes durch Umdeutung und die Schaffung von Werken, die der ideologischen Zielsetzung entsprachen. Diese Aufgaben konnten nicht gelöst werden, obgleich mehrmals im Zuge allgemeiner Veränderungen in der Sowjetunion auch die Taktik geändert wurde.

Diese Veränderungen schlugen sich in der Art und Weise nieder, wie die lettische Literatur in den Schulen mit lettischer Unterrichtssprache behandelt wurde. Bis in die Mitte der fünfziger Jahre, also bis zum sog. "Tauwetter", wurden die lettischen "Klassiker" nicht in das Lehrprogramm aufgenommen. Eine Ausnahme bildete nur der bedeutende lettische Dichter und Dramatiker Rainis (1865 - 1929), der Sozialdemokrat war, nach Spaltung der Partei aber nicht der radikalen Richtung angehörte, sondern sich für den jungen selbständigen Staat entschied und in ihm sogar eine Zeit lang Erziehungsminister war. Anknüpfend an seine sozialistische Vergangenheit und seine zahlreichen Beziehungen zu Mitkämpfern, die sich später zum

337 Während der Selbständigkeit Lettlands waren von 1918 bis 1934 die Rechte aller Bürger in vollem Umfang gesichert. Dann

Kommunismus bekannten, versuchte man seine Rolle und seine Werke umzudeuten und ihn als Wegbereiter des Kommunismus in Lettland hinzustellen[338], ein schwieriges, ja aussichtsloses Unterfangen, das für die Erhaltung lettischer Kulturtradition in schwerster Zeit insofern bedeutungsvoll war, als dadurch viele Gedanken, Ideen und Vorstellungen, die nichts mit der ideologischen Norm zu tun haben, im Bewußtsein der Bevölkerung lebendig blieben.

Die meisten älteren lettischen Autoren wurden damals totgeschwiegen. In den Literaturstunden wurden ihre Werke nicht behandelt und sie wurden auch nicht neu aufgelegt. Dagegen wurden lebende kommunistische Autoren oder Schriftsteller, die dem Kommunismus nahe standen, wie Vilis Lācis, Anna Sakse, Valdis Lukss, Jānis Sudrabkalns, Anna Brodele und Andrejs Balodis, ebenso wie einige früh Verstorbene, besonders wenn ihr Tod mit den Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und deren Gegnern in Verbindung stand, z.B. Leons Plaegle oder Arājs-Bērce, als die einzigen Repräsentanten der lettischen Literatur hervorgehoben. Der Bedeutendste dieser Gruppe war Andrejs Upītz (geb. 1877), der nach der Okkupation des Landes hohe Staatsämter bekleidete und als Inhaber des Lehrstuhl für lettische Literatur an der Staatsuniversität die wichtigsten Beiträge zur Umdeutung der lettischen Literatur nach sowjetischen Grundsätzen und auch allgemein wichtige Beiträge zur Theorie des sozialistischen Realismus lieferte.

Die Ergebnisse des einseitigen Literaturunterrichts an den Schulen gehen aus einer Befragung[339] von elf aus Sowjetlettland ausgereisten Kindern, die bis 1958 dort eine höhere Schule besucht hatten, hervor. Einstmals so bekannte Dichter wie Kārlis Skalbe, Jānis Poruks, Aspazija (die Gattin von Rainis), Jānis Akuraters, Andrievs Niedra und Edvarts Virza waren diesen Kindern nicht einmal dem Namen nach bekannt. Von Jānis Jaunsudrabiņš, Anna Brigadere und Apsīšu Jēkabs hatte die Hälfte der Befragten etwas gehört. Der kulturhistorische Roman "Mērnieku laiki" (Landmesserzeiten) der Brüder Kaudzītes wurde zur atheistischen Propaganda benutzt.

Nach 1958 erfolgte im Zuge einer gewissen allgemeinen ideologischen "Liberalisierung" und unter dem Druck der lettischen Intelligenz ein gewisser Umschwung. Im Lehrprogramm erschienen wieder Jaunsudrabiņš (1877 - 1962), Anna Brigadere (1861 - 1933), Apsīšu Jēkabs (1858 - 1929) und noch andere bisher nicht berücksichtigte Schriftsteller[340]. Man begann auch wieder ihre Werke zu verlegen, so z.B. sogar die Schriften von Jaunsudrabiņš, obwohl er seit seiner Flucht im westlichen Ausland lebte.

---

folgten sechs Jahre einer autoritären Herrschaft, die ihre Spuren auch im Kulturleben hinterließen, die jedoch in keiner Weise mit den Verhältnissen nach 1940 verglichen werden können.

[338] Diese Bemühungen werden bis heute fortgesetzt. Vgl. u.a.

Trotz dieser Konzessionen wurde unter den älteren Schriftstellern der Nachdruck auf jene gelegt, die man dem "kritischen Realismus", dem Vorläufer des "sozialistischen Realismus", zuordnen konnte (z.B. Rudolfs Blaumanis), und auf jene anderen, die mit mehr oder weniger Recht als zur kommunistischen Bewegung gehörend betrachtet werden konnten, wie z.B. den Politiker und Schriftsteller Linards Laicens. Um diese angeblichen Traditionen der lettischen Literatur stärker erscheinen zu lassen als sie tatsächlich sind, griff man auch auf die Werke ehemaliger kommunistischer Funktionäre, wie z.B. auf die von Roberts Eidemanis, zurück und blähte deren Bedeutung gewaltig auf.

Besser konnte die kommunistische Tradition in der lettischen Literatur durch den auch in früheren Jahren recht stark beachteten Andrejs Upītz und durch Vilis Lācis belegt werden, die beide im unabhängigen Lettland zu den Arrivierten gehörten, obgleich sie mehr oder weniger deutlich dem Kommunismus zuneigten. Beide bekleideten nach der Okkupation hohe politische Ämter. Upītz stellte seine beachtlichen, wenn auch einseitigen literarischen Kenntnisse bedenkenlos in den Dienst des Regimes und vertritt heute in greisenhafter Erstarrung eine so dogmatische Literaturtheorie, daß er unter der jüngeren Generation kaum noch ernst genommen werden dürfte[341].

Bis etwa 1958, eben jenem Jahr, in dem eine gewisse Lockerung in der Bewertung des literarischen Erbes eintrat, herrschten die Alten (Upīts und der exzessiv russophile Sudrabkalns) sowie die Angehörigen einer etwas jüngeren Generation, die zwischen 1900 und 1910 geboren worden waren und sich auf das neue Regime eingeschworen hatten: Anna Sakse, Vilis Lācis, Anna Brodele, Žanis Grīva, Valdis Lukss, Andrejs Balodis und andere. Die meisten von ihnen waren keine großen Talente; der Zwang hinderte sie außerdem in der Entwicklung. Weil wirklich fähige Schriftsteller fehlten, wurde ihre Bedeutung unglaublich übertrieben[342], was aber nicht so sehr auffiel, da sie mit der Mehrzahl der Sowjetdichter in den übrigen Teilen der Sowjetunion gut konkurrieren konnten. Sie wurden ins Russische übersetzt, erlebten Riesenauflagen, und Lācis bekam sogar den Stalinpreis. Es entstand eine

---

ZA Vēstis 1962; Padomju Latvijas Komunists 1961, Nr. 11, S. 68; Padomju Jaunātne 11.10.1963; Šilde, Lettland zwischen Ost und West, in: Baltische Hefte 1955, Nr. 3

339 LRK- Archiv Nr. 0234/58, 0239/58, 0299/59, 0286/59

340 In sehr einseitiger Weise und außerordentlicher Kürze wurden einige von ihnen auch behandelt in "Latviešu literaturas vēsture, Riga 1959

341 Vgl. z.B. Andrējs Upītz, Socialistiskā realisma jautājumi literaturā, Riga 1957

342 Vgl. Apcerējumi par latviešu padomju literaturas vēsturi, Riga 1955

Gruppe von meist unbedeutenden Arrivierten, die auch heute noch der jüngeren Schriftstellergeneration als Vorbild hingestellt wird, obgleich diese die meisten von ihnen wohl nicht ganz ernst nehmen dürfte.

Diese junge Generation meldete sich zu Worte, als das "Tauwetter" begann. 1957 schrieb der damals vierundzwanzigjährige Ojārs Vācietis einen Aufruf "An Mein Lied" (Savai dziesmai), der mit dem Vers "Zieh den Mantel des Kriegers an, mein Lied!" (Dziesma, uzvelc karavīra šineli!) beginnt. Das war ein Wendepunkt in der sowjetlettischen Literatur; denn sein Stil und seine Gesinnung wurden für die jüngere Generation, die zumeist zwischen 1930 und 1940 Geborenen, kennzeichnend. Die Kunst müsse zwar ihre soziale Funktion erfüllen, aber sie müsse auch immer Kunst bleiben, schrieb einmal Vācietis[343] und fand damit in seiner Generation viel Anklang.

Allerdings verstanden diese jungen Schriftsteller auch ihre soziale Funktion anders als jene älteren Genossen, die resigniert, aus Mangel an Zivilcourage oder auch aus Überzeugung sich dem Diktat von oben immer gebeugt hatten. Sie verstanden die Forderungen nach "Parteilichkeit", "Prinzipientreue" und "Volkstümlichkeit", - alles Schlagworte der sowjetischen Kulturpolitik zur Gängelung der Schriftsteller - auf eine neue und viel individuellere Weise[344]. Es bildete sich nach und nach eine Gruppe durchaus engagierter Dichter und Schriftsteller, deren literarisches Niveau erheblich über derjenigen lag, die ihnen dauernd als Vorbild empfohlen wurden, und die auch ein viel individuelleres Gesicht hatten: die Lyriker Vācietis, Ziedonis, Auziņš, die Lyrikerinnen Belševica und Kroma, der Dramatiker Priede, die Prosaisten Vilks, Eglons, der allerdings als Essayist sein Bestes leistet, aber auch Skujiņš und einige andere.

Die meisten dieser Gruppe wurden nicht nur einmal und nicht nur behutsam kritisiert. Zwischen 1958 und 1960 übten einige Selbstkritik[345]. Die schweren Angriffe des Jahres 1963 überstanden jedoch alle, ohne sich zu beugen. Und heute scheint auch in der ideologischen Führung der KP Lettlands keine völlige Einigkeit über den kulturpolitischen Kurs zu bestehen. Jedenfalls sind wieder Ansätze für eine lettische Literatur, die man vielleicht einmal wird ernstnehmen können, vorhanden, Ansätze, die dem Regime abgetrotzt worden sind.

---

343 Karogs 1962, Nr. 3, S.118

344 Vgl. Ischreyt, Das Baltikum heute

345 Vgl. z.B. Literaturnaja gazeta

Außerdem ist es durchaus möglich, daß so etwas wie eine Untergrundliteratur vorhanden ist, also Arbeiten, die ihres Gehalts oder ihrer von den Normen abweichenden Form wegen nicht veröffentlicht werden können. Ebenso gibt es eine große Zahl meist lyrischer Gedichte, die fern der Heimat in den Straflagern und Verbannungsgebieten als Ausdruck dieser traurigsten Etappe im Leben des Volks entstanden sind[347].

Vor der Okkupation gab es in Riga einige lettische, ein russisches, ein deutsches und ein jüdisches Theater. Den Grundstock des Spielplans der lettischen Theater bildeten die Stücke von Rainis, Blaumanis und von Anna Brigadere. Heute gibt es außer den lettischen Theatern in Riga und in einigen anderen Städten eine Reihe von russischen Theatern, so z.B. in Liepāja (Libau) das Theater der Baltischen Rotbannerflotte. Schon diese Tatsache zeigt eine gewisse Russifizierung des Theaterlebens an. Der Eindruck vertieft sich noch, wenn man den Spielplan der lettischen Theater untersucht. Dieser unterliegt der Kontrolle durch das Kulturministerium in Moskau und ist heute weitgehend überfremdet. Als Beispiel sei hier die Aufschlüsselung des Repertoirs in acht lettischen Theatern für die Spielzeiten von 1958 - 1960 gegeben[348].

Autoren	1958/59	1959/60
westliche Klassiker	22	31
russische Klassiker	7	14
lettische Klassiker	21	15
sowjetrussische und kommunistische	51	43
sowjetlettische Autoren	29	27

Neuere westliche Stücke wurden damals überhaupt nicht gespielt[349]. Von den lettischen"Klassikern" erfreuen sich Rainis und Blaumanis der Wertschätzung. Die Stücke von Anna Brigadere, deren gefühlsbetont-idealistische

[346] Diese Benennung benutzt Rudzītis in "Die sowjetische Literatur", in: Acta Baltica Bd. 3, S. 146, der besten zusammenfassenden Darstellung dieses Gegenstandes.

[347] Šilde, Pa deporteto pēdām, S. 272 ff

[348] Gulbītis in: Nachrichten aus dem Baltikum 1962, Nr. 15,S.5

[349] Heute werden zwar verhältnismäßig selten, aber doch in jeder Spielzeit auch Stücke neuerer westlicher Autoren gespielt.

Färbung dem lettischen Volkscharakter sehr gut entspricht, sind ideologisch untragbar. Außerordentliche Schwierigkeiten hat das Regime bei der Propagierung von sowjetlettischen Originalstücken, so daß man weitgehend auf die Dramatisierungen von Romanen und Novellen zurückgreift.

Größeren Erfolg als Dramatiker hatte bisher nur Gunars Priede, dessen beste Werke von lyrischer Empfindsamkeit sind. Aber auch diesem Autor wird immer wieder vorgeworfen, er wende sich nicht den aktuellen Stoffen zu. Trotzdem läßt man ihn nicht fallen, ja er spielt nicht nur im lettischen Theaterleben eine bedeutende Rolle, sondern auch bei den Bemühungen, das Filmstudio in Riga zu einer einigermaßen annehmbaren Produktion zu bringen.

Dieses Filmstudio ist ein Sorgenkind, obgleich es nach einem Umbau zu den technisch am besten ausgestatteten Ateliers in der Sowjetunion gehört[350]. Neben Propagandafilmen, die u.a. besonders gegen die lettische Emigration gerichtet waren (z.B. "Werwölfe"/Vilkači) und kaum Interesse bei den breiten Massen fanden, konnte es z.B. 1962 nur einen einzigen Spielfilm "Das Teufelsdutzend", und 1963 drei Spielfilme produzieren, die alle, bis auf einen, ("Ein Tag ohne Abend") aus ideologischen oder künstlerischen Motiven von der offiziellen Kritik mehr oder weniger scharf abgelehnt wurden.

Grundsätzlich ähnliche Verhältnisse wie in der Literatur und im Theaterwesen herrschen auch im Musikleben. Aber hier greift man unbeschwerter auf das reiche kulturelle Erbe zurück, weil der Ideengehalt der Musik nicht so leicht zu formen ist, wie der Literatur oder der bildenden Kunst. Die Grundlagen des lettischen Musiklebens hatten in den ersten vierzig Jahren dieses Jahrhunderts vor allem Jāzeps Vītols (Withol), Alfreds Kalniņš, Emīls Melngailis und Jānis Mediņš geschaffen. Die Werke dieser und einiger anderer Komponisten behielten einen wichtigen Platz im Musikleben Sowjetlettlands, obgleich z.B. bei einer Neuausgabe der Chorliedersammlung von Jāzeps Vītols die patriotischen und religiösen Gesänge fortfielen[351]. Die Oper "Baņuta" von Alfreds Kalniņš erhielt weiterhin und nicht nur auf lettischen Bühnen Anerkennung. Melngailis konnte seine große Volksliedersammlung beenden.

Einige Komponisten, wie z.B. Lucija Garuta hatten viele Jahre lang keine Möglichkeit, ihre neuen Werke der Öffentlichkeit vorzustellen. Das änderte

---

[350] Vgl. Māksla 1964, Nr. 4, S. 54

[351] Vgl. Laiks Nr. 36 vom 5. Mai 1962

sich mit Beginn des "Tauwetters"[352]. Damals konnte sogar die ausgesprochen nationale Kantate von Andrejs Jurjans "An das Vaterland" (Tēvijai) wieder aufgeführt werden.

Neben dieser Traditionspflege, die sowohl im reichen Musikleben Rigas und einiger anderer Städte wie auch in der Pflege von Volksmusik, vor allem in Chören und auf Sängerfesten[353] zum Ausdruck kommt, steht die Förderung einer ideologisch belasteten "Sowjetmusik". Margers Zariņš, der Vorsitzende des Lettländischen Komponistenverbandes, klagte 1963 darüber[354], daß in der Kommission des Kulturministeriums, die die neuen Werke bewertet und ankauft, kein einziger Komponist sitze. Das ist jedoch ganz natürlich, da die entscheidenden Kriterien nicht künstlerischer, sondern ideologischer Natur sind. So wurden eine Reihe von Kantaten auf Stalin, auf politische Themen und einige Opern mit ideologischem Inhalt geschrieben, die sich jedoch nicht durchsetzen konnten. Einigen Erfolg hatte dagegen das Ballett "Rigonda" (nach dem Roman von Vilis Lācis "Pazudusi dzimtene"/Verlorene Heimat) von Romualds Grīnblats.

Besondere und andauernde Sorgen bereitet die Unterhaltungs- und Tanzmusik. Die zahlreichen kleinen privaten oder halbprivaten Gruppen, die abends zum Tanz spielen, nehmen in ihr Repertoire oft westliche Schlager auf, was in der kulturpolitischen Zentrale mit großem Unbehagen vermerkt wird. Selbst die großen und repräsentativen Unterhaltungs- und Tanzorchester gerieten in den Meinungsstreit über die ideologische Einstufung des Jazz. Eine eigene sowjetische Tanz- und Unterhaltungsmusik, wie man sich das wünscht, ist jedenfalls nicht entstanden. Man versucht sie zu schaffen, indem man immer wieder, gleichsam die nationalen Gefühle mobilisierend, dazu auffordert, volkstümliche Elemente - offenbar sind Volksliedmotive gemeint - in die Unterhaltungs- und Tanzmusik einzufügen.

Welchen Einfluß man auf die Entwicklung der künstlerischen Mittel und den individuellen Schaffensprozeß zu nehmen versucht, zeigt folgendes Zitat: "Die Sowjetkunst muß", so heißt es in einem maßgebenden Aufsatz[355]," ... eine Aufforderung zum Kommunismus sein. Die Sowjetkunst darf nicht

---

[352] LRK- Archiv Nr. 0188/57

[353] Zum Sängerfest 1965 hatten sich 25 000 Sängerinnen und Sänger angemeldet. Bei den Konzerten kam es zu vorsichtigen aber eindeutigen patriotischen Demonstrationen.

[354] Cīņa 21.12.1963

[355] Māksla 1962, Nr. 3, S. 41 f

apolitisch sein. Auch eine Landschaft darf nicht apolitisch sein. In einem apolitischen Gemälde wird das Sujet banalisiert, wird die Natur passiv nachgeahmt, und das erniedrigt unsere Kunst. Es dient also den Interessen der Spießbürger. Ein der Partei dienender Künstler schafft bleibende Werte der Sowjetkunst. Die Hauptsache ist, daß das Herz dem Kommunismus angehören muß, weil nur das Herz eines Kommunisten und sein Gewissen den rechten Weg weisen können. Es ist die Pflicht eines Künstlers, sich in den gemeinsamen Kampf für den Kommunismus einzureihen und unnachgiebig dagegen aufzutreten, daß eine dem Volk feindliche Ideologie in die Kunst hineingetragen wird."

Trotz oder gerade wegen eines so weitgespannten kulturpolitischen Programms ist die totale Politisierung der lettischen bildenden Kunst nicht gelungen. Ein wahrscheinlich nicht ganz falsches Bild von den Bemühungen und Schwierigkeiten, vor die sich die lettischen Künstler gestellt sehen, gab Zigmunds Skujiņš in seinem Roman "Fonarina"[356].

Was die Malerei betrifft, so versucht man einerseits an die starken Traditionen der lettischen Malerei anzuknüpfen, andererseits aber auch den Anschluß an Kunstrichtungen der westlichen Welt zu finden, die von den Ideologen als "Abstraktionismus" und "Formalismus" abgetan und bekämpft werden. Man rechtfertigt sich damit, daß neue und wirksamere Formen gefunden werden müßten, die als "Neuerertum" von der offiziellen Kulturpolitik genehmigt sind. Aber für einen Maler ist es schwer, die Grenzen des Erlaubten nicht zu überschreiten.

Lettische, litauische und estnische Künstler mußtem im Herbst 1960 schwere Angriffe hinnehmen, als sie ihre Arbeiten in Moskau ausstellten. Die Kritiker warfen ihnen den Einfluß westlicher moderner Malerei und nationale Absonderung vor. Auch sagte man, daß es ihnen an "Parteilichkeit" fehle. Diese Vorwürfe wiederholten sich 1963, obgleich inzwischen die allgemeinen Grenzen des Erlaubten etwas erweitert worden waren.

Tatsächlich formierte sich allmählich auch in Lettland so etwas wie eine Front der Künstler und Literaten, insbesondere der jüngeren Generation, die sich gegen die Kunstdiktatur auflehnten. Die Querverbindungen sind nicht zu übersehen. So gehörte z.B. der Graphiker Fridrichsons mehrfach zu den Kritisierten, und gerade er illustrierte einen Gedichtband von Vācietis; Vizma Belševica erregte nicht nur durch ein Gedicht, das den "Abstraktionismus verherrlicht", Unwillen, sondern widmete ein anderes als "dekadent" ver-

---

[356] Karogs

urteiltes Gedicht einem Maler, der abstrakt malt.

Freilich stehen die meisten Maler in der Tradition der lettischen Landschaftsmalerei. Aber auch gegen sie wurde der Vorwurf der fehlenden "Parteilichkeit" und des "Apolitismus" einer "nationalen Engherzigkeit in der "Thematik" erhoben und empfahl ihnen, Motive aus Mittelasien, Sibirien oder den Karpaten zu wählen[357].

Am wenigsten war das Kunstgewerbe von der Beeinflussung durch die Partei bedroht. Die Keramik wurde sogar recht eindrucksvoll gefördert. Ihre Erzeugnisse, auch aus Lettgallen, sollen heute schon zu einem festen Bestandteil der Wohnkultur geworden sein und auch Gebäude schmücken[358]. Aber auch handgewebte Stoffe mit Motiven der Volkskunst und andere Handarbeiten werden hergestellt. Der Nachwuchs im Kunstgewerbe und in der Volkskunst scheint nicht gering zu sein. Auch auf diese Weise widersetzt man sich der traurigen Nivellierung des Lebens.

---

[357] Cīņa 1963, Nr. 280

[358] Vgl. Pujāts, Latgales keramika, Riga 1960

Die Letten und der Kommunismus

Die Erfahrungen, die das lettische Volk schon 1919 mit dem Kommunismus gemacht hatte, waren nicht dazu angetan, ihm Popularität zu verleihen. So bildete er während der Zeit der Selbständigkeit des lettischen Staates für diesen niemals eine innere Gefahr, obwohl von Moskau aus große Mengen Propagandamaterial in die baltischen Staaten eingeschleust wurden. Wie fremd der Kommunismus der Bevölkerung blieb, zeigte sich 1940, als das Land zum ersten Mal unter sowjetische Herrschaft geriet, in aller Klarheit. Obgleich nach der zweiten Besetzung in kürzester Zeit ein weitverzweigter Propagandaapparat aufgebaut wurde, mußte ZK-Sekretär Pelše im Herbst 1945 feststellen, daß "die Bauern Individualisten" seien und daß die "Weltanschauung der Intelligenz sich in der bürgerlichen Gesellschaft geformt"[359] habe.

Dieser Individualismus, der lettische Nationalismus und andere sogenannte "Überbleibsel des Kapitalismus" haben sich bis heute erstaunlich lebensfähig erwiesen. Gegen sie richtet sich die umfangreiche und kostspielige Propaganda in erster Linie, soweit diese über das für die ganze Sowjetunion geltende Maß hinausgeht.

Die wichtigsten Formen der Propaganda

"Die ideologische Arbeit bewältigen, heißt, das Kollektiv ständig im Geiste des Sowjetpatriotismus und des sozialistischen Internationalismus erziehen", betonte das ideologische Organ der KPL[360]. Das sind Forderungen, die seit Jahren immer wieder erhoben werden. Trotzdem sagte der Erste ZK-Sekretär Pelše in seiner Rede auf dem XX. Parteitag der KPL im März 1966, daß im Staats- und Parteiapparat sowie in der Wirtschaft "verschiedentlich" Personen tätig seien, denen "politisch nicht zu trauen ist"[361].

So scheint die Propaganda und Agitation in ihrem jahrelangen Kampf gegen den "Lokalismus", die "nationale Absonderung" und den "Nationalismus" noch keinen entscheidenden Erfolg erreicht zu haben. Ein Grund hierfür ist die

[359] Rede in Radio Riga vom 17. November 1945

[360] Padomju Latvijas Komūnists 1963, Nr. 7, S. 6

[361] Cīņa 3.3.1966

Präsenz des "Westens"[362] und die enge Verbindung mit ihm, die vor allem auch durch die starke lettische Emigration aufrecht erhalten wird. Die Pflege dieser Kontakte bezeichnen die Sowjets als "ideologische Diversion", als Anschlag des "Westens" oder des "Imperialismus" auf den Sowjetstaat. Der "schlechte Einfluß" der Emigration auf die Bevölkerung Sowjetlettlands ist ein immer wiederkehrendes Thema der Zeitungen und Zeitschriften[363].

Träger der Schulung, der Propaganda und der Agitation ist ein weitverzweigtes System der politischen Bildungsarbeit, dessen Vorlesungszyklen z.B. 1963 240 000 Personen erfaßten[364], eine Zahl, die in etwa auch für die folgenden Jahre zutreffen dürfte. Besonders wichtig ist vor allem für die atheistische Unterweisung die Gesellschaft "Zinātne" (Wissenschaft), deren gegenwärtiger Vorsitzender, der Historiker Drīzulis, die Zahl der Lektoren im Jahr 1962 mit rd. 14 000 angab. Sie hatten sechs Millionen Referate gehalten[365]. Das sind zwei Zahlen, die hier nur als Beispiel für die großen Anstrengungen der Propaganda genannt seien. Durch diese Gesellschaft und über die Volkshochschulen versucht die Partei, auf die breite Massen Einfluß zu gewinnen, die ihrer Politik und der kommunistischen Weltanschauung teils ablehnend, teils indifferent gegenüberstehen.

Eine besonders wichtige Rolle im Propagandasystem spielen die Massenkommunikationsmittel: Zeitungen und Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen. Der Ursprung der lettischen kommunistischen Presse wird heute in der Sowjetunion auf den 6. April 1904 vordatiert[366], auf den Tag, an dem die erste Nummer der Zeitung "Cīņa" erschien. Freilich stimmt das nicht, da diese Zeitung bis 1917 ein sozialdemokratisches Blatt war, das außer im Jahr 1914, als der bolschewistische Flügel vorübergehend dominierte, von bekannten Sozialdemokraten geleitet wurde: von Jānis Ozols, einem Mitglied der Duma, danach von Jānis Celms, der später der Saeima, dem Parlament des selbständigen Lettland, angehörte, sowie von Paulis und Klara Kalniņš, die jahrelang eine Führungsrolle in der Sozialdemokratie spielten und sich immer zum demokratischen Staat bekannten.

Von 1917 an und dann seit der Errichtung des ersten kommunistischen Regimes in Lettland verbreitete die "Cīņa" allerdings kommunistisches Gedanken-

---

[362] Vgl. Ischreyt, Heinz, Spezifische Erscheinungen westlichen Kultureinflusses in den baltischen Sowjetrepubliken, in: Osteuropa 1964, H. 3

[363] Vgl. Munters, V., Sàvu tautu ienaidnieki, Riga 1964

[364] Cīņa 13.4 1963

[365] Cīņa 7.7.1963, 16.7.1963

[366] Padomju Latvijas Komūnists 1964, Nr. 3, S 17 ff

Rundfunk und Fernsehen breiteten sich schnell aus, besonders da Radio- und TV-Empfänger im Vergleich zu anderen Gebrauchsgütern verhältnismäßig billig sind, offenbar um der Bevölkerung die Anschaffung dieser für die Propaganda sehr wichtigen Massenkommunikationsmittel zu erleichtern. Die wichtigsten Sender sind Riga, Madona und Kuldīga (Goldingen), doch können in Lettland auch ausländische Sender, vor allem die skandinavischen, sehr gut empfangen werden. Dadurch wird gerade hier, in einem Gebiet, in dem der Besitz von Rundfunkgeräten weit über dem Durchschnitt der Sowjetunion liegt, die Wirkung der Radiopropaganda stark beeinträchtigt, obwohl die Zahl der von sogenannten Anschlußpunkten aus bedienten, d.h. von einer Zentrale abhängigen Apparate ständig zunimmt.

Gegenwärtig gibt es in Lettland über 600 000 Rundfunkempfänger. Die Zahl der Fernsehempfänger ist in den letzten Jahren rasch gestiegen. 1958 waren es erst 47 000, 1960 schon 83 000, 1963 186 000 und 1964 sogar 230 000 [369].

Russifizierungspolitik und nationaler Widerstand

Der gesamte Propagandaapparat wird zur "Gleichschaltung" des lettischen Sonderbewußtseins benutzt. Das bezieht sich sowohl auf den "sozialistischen Inhalt" der Kultur als auch auf deren "nationale Form". Obgleich das von Moskau konsequent bestritten wird, nutzt man in Lettland die starke Unterwanderung der einheimischen Bevölkerung durch Russen für eine Russifizierung aus, die an ähnliche Bestrebungen im Zarenreich erinnert. Sie geht von einzelnen Stützpunkten aus, so von Riga, das zu einem hohen Prozentsatz von Russen bewohnt wird, von einigen kleineren Orten, in denen in der Nachkriegszeit Industrien entstanden, die viele Arbeiter aus dem Innern der Sowjetunion anzogen, sowie von Lettgallen.

Die sozialen und kulturellen Unterschiede zwischen Lettgallen und dem übrigen Lettland sowie zwischen Lettgallern und Letten sollen zur beschleunigten Russifizierung ausgenutzt werden, wobei der verhältnismäßig starke russische Bevölkerungsanteil in Daugavpils (Dünaburg) und das Vorhandensein einiger geschlossener russischer Siedlungsgebiete im Südosten des Landes solchen Bemühungen Vorschub leisten.

---

[369] Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1964 g., Moskva 1966, S. 504

Die Auflagenhöhe aller in Lettland erscheinenden Zeitungen stieg in den letzten Jahren der Sowjetherrschaft stark an[367]:

	1940	1950	1955	1958	1959	1960	1963
Zahl der Ausgaben	21	153	84	104	105	85	74
Einzelauflage (in 1000)	404	526	553	771	828	854	919
Jahresauflage (in 1000)	51 000	107 000	121 000	176 000	188 000	196 000	203 000

1963 gliederten sich die in der SSR Lettland erscheinenden Zeitungen in folgender Weise auf[368]:

Zeitungstyp	Titel	Ausgaben	Nummern (Zahl)	Einzelauflage (in 1000)	Jahresauflage (in 1000)
Republikszeitungen	8	8	1488	516	130 336
Stadtzeitungen	5	10	1595	163	42 844
Zeitungen der Kolchos- und Sowchos-Produktionsverwaltungen	21	28	4248	185	28 215
Zeitungen der Grundorganisationen	18	28	1193	55	2 409
Insgesamt	52	74	8524	919	203 804
davon in lettischer Sprache	-	49	5472	682	143 456
in russischer Sprache	-	25	3052	237	60 348

[367] Razvitie narodnogo chozjajstva, S. 320

[368] Pecat' SSSR v 1963 godu, S. 140

gut. Wegen ihres umstürzlerischen Inhalts war sie während der Unabhängigkeitszeit Lettlands verboten, erschien jedoch, wenn auch unregelmäßig, bis 1940 illegal.

Neben der parteiamtlichen "Cīņa" gibt die KP Lettlands in russischer Sprache die gleichfalls parteiamtliche Zeitung "Sovetskaja Latvija" heraus. Hinzu kommt die ideologische Monatszeitschrift "Padomju Latvijas Komūnists" (Kommunist Sowjetlettlands), die sowohl in lettischer als auch in russischer Sprache erscheint. Diese drei Parteiorgane geben sowohl der allgemeinen Propaganda als auch der übrigen Presse die Richtlinien, die vom Präsidium des ZK und den entsprechenden ZK-Abteilungen der KP Lettlands bestimmt werden.

Die Wirkung der Zeitungspropaganda ist außerordentlich schwer abzuschätzen. Immer wieder wird darüber geklagt, daß die Zeitungen zwar große Auflagen hätten, aber nicht gelesen würden. Sicher scheint zu sein, daß ihr winziger Sportteil und die Spielpläne der Lichtspielhäuser die meisten aufmerksamen Leser finden. Größerer Beliebtheit erfreut sich die Rigaer Abendzeitung "Rīgas Balss" (Die Stimme Rigas), die kleinere Tagesereignisse lebendig darstellt. Aber ausgerechnet für dieses Blatt gilt eine Auflagenbeschränkung, so daß es oft ausverkauft ist. Außerdem gibt es in den Provinzstädten und auf dem Lande noch eine Reihe weiterer Zeitungen.

Seit 1958 sind keine Zeitungen mehr in lettgallischem Dialekt erschienen. An ihre Stelle traten russische Zeitungen. Sogar Grabinschriften durften nicht mehr im Dialekt abgefaßt werden. Lettgallen als Bezeichnung dieses Landesteiles ist von den Karten verschwunden, und auch in den Nationalitätenrat des Obersten Sowjets der UdSSR wurden als Vertreter dieses Landesteils keine Lettgallen, sondern Russen und Juden gewählt. Nur während des "Tauwetters" gab es einmal eine lettgallische Kulturtagung[370].

Die Wurzel des Widerstandes gegen diese Politik - gegen die Unterdrückung des lettischen Nationalbewußtseins, die Russifizierungsversuche, die wirtschaftliche Ausbeutung, die kulturelle Gängelung - gegen eine Politik, die mit Massendeportationen und Massenexekutionen begann, sieht das Regime im "bürgerlichen Nationalismus", den es mit allen Mitteln bekämpft. Vor diesem Hintergrund wird auch die von der Bevölkerung zur Schau getragene Abneigung gegen die Russen verständlich.

Der "bürgerliche Nationalismus" wurzelt tief in den Erlebnissen der jüngsten Vergangenheit. Vor allem auch die Enteignung des Grundbesitzes versetzte dem Volk einen schweren Schock. In Lettland war der Grundbesitz seit der Agrarreform von 1920 breit gestreut. Viele bis dahin landlose Bauern oder Gutsknechte hatten damals kleine Anwesen erhalten. Ihre alte Sehnsucht nach dem eigenen Herd und dem eigenen "Stückchen Land" hatte sich erfüllt. Dann kam der Sowjetstaat und nahm ihnen das Land wieder ab. Natürlich widersetzten sich nicht nur die"Neubauern", sondern auch die "Altbauern", die schon in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zu ihrem Besitz gekommen waren, der Kollektivierung des Landbesitzes, und ebenso begegneten die meisten Handwerker, Gewerbetreibenden und Angehörigen der mittelständischen Intelligenz den Maßnahmen des Regimes mit Mißtrauen und Abscheu. Der Versuch des lettischen Volks, ein eigenes wirtschaftliches Leben zu entfalten, wurde durch die Okkupation brutal erstickt. Die Träume der Letten von dem, was man ihnen genommen hat, beunruhigen das Sowjetregime unaufhörlich und veranlassen es, jene vergangene Zeit in den düstersten Farben zu schildern, was den noch lebendigen Erinnerungen widersprich.

"Wer sind die lettischen bürgerlichen Nationalisten?", fragte eine 1953 erschienene Schrift des Rußland-Letten und Inhabers des Lehrstuhls für Marxismus-Leninismus an der Staatsuniversität, Prof. Miške[371]. Er beant-

[370] Vgl. Bukss, Die Russifizierung in den baltischen Ländern, S. 187 f

[371] Miške, Kas ir latviesu buržuaziskie nacionalisti, Riga 1952

wortete diese Frage mit einem Katalog der Erscheinungsformen des "bürgerlichen Nationalismus" in diesem Land, der bis heute nicht überholt ist.

"Im Namen des Volkstums propagieren sie den Haß gegen das edle russische Volk und zugleich gegen die Sowjetmacht", schreibt er. "Im Namen des Volkstums lehren sie verschiedene Verbrechen und Vergehen gegen unsere sozialistische Aufbauarbeit zu vertuschen, besonders in den Kolchosen: Ein Lette dürfe keinen Volksgenossen anzeigen! Im Namen des Volkstums hetzen sie gegen die Kolchose, weil das Gefühl des Individualismus und der eigene Hof dem Letten heilig und unantastbar seien. Die Kolchose seien mit der nationalen Eigenart des lettischen Volks unvereinbar... Auch im Bereich der Wissenschaft schleichen sich ganz fremde, schädliche und reaktionäre 'Theorien' ein. So werden z.B. oft Neuerungen in der Industrie und besonders in der Landwirtschaft 'wissenschaftlich' bekämpft. Einige Philologen der älteren Generation, die noch unter dem Einfluß nationalistischer Ansichten stehen, ignorieren die Sprachforschung lettischer und sowjetischer Autoren, versuchen die neuen Erscheinungen der Sowjetperiode in der lettischen Sprache zu verschweigen und alle die Worte und Formen, die aus dem Russischen entlehnt sind, aus der lettischen Sprache auszumerzen.

Schließlich versucht eine Handvoll bürgerlicher Nationalisten, unsere Aufmerksamkeit von den aktuellen Fragen des kommunistischen Aufbaus abzulenken. Es geschieht immer noch, daß dieser oder jener Dozent an unseren höchsten Bildungsstätten in seinen Vorlesungen 'aus Versehen' die wichtigsten Probleme des kommunistischen Aufbaus übergeht und sich um eine 'unpolitische' Haltung gegenüber unausweichlichen Fragen unseres Sowjetlebens bemüht. Es ist klar, daß sich hinter dieser 'unpolitischen' Fassade gewöhnlich ein Politiker versteckt, der seine Politik nur nicht offen kundmachen will. Auch einige unserer Dichter hüllen sich in einen 'unpolitischen' Schleier und spekulieren in ihren Gedichten mit einem abstrakten Heimatbegriff, während sie versuchen, alles Sozialistische aus ihm herauszuhalten.

Ein gutes Versteck für den bürgerlichen Nationalismus sind die verschiedenen religiösen Sekten und Gemeinden.

Einer der beliebtesten Kniffe der bürgerlichen Nationalisten besteht darin, sich mit "linken" Phrasen einer vorgetäuschten revolu-

tionäre Meinung und vorgetäuschter Prinzipientreue zu maskieren. Diese Maskierung macht es ihnen möglich, in vielen Fällen weit mehr Schaden als durch unmittelbare nationalistische Propaganda anzurichten." [372]

Diese Charakteristik verdient im Zusammenhang mit der nicht abreißenden Kette jener Demonstrationen besondere Beachtung, durch welche die Bevölkerung mehr oder weniger deutlich Opposition gegen das Regime zum Ausdruck bringen will. Zuweilen kam es sogar noch in den letzten Jahren zu Sabotageakten. Kurz vor dem 1. Mai 1958 wurden im Rigaer Hafengebiet Erdöltanks angebohrt, deren Inhalt die nahegelegene große Ausfallstraße zum Livländischen Strand überflutete. Rotarmisten mußten Erdwälle errichten, und der Verkehr war für einige Zeit unterbrochen. In denselben Tagen wurde ein Lagerhaus niedergebrannt[373].

In der Zeit um den 18. November, den Staatsfeiertag des unabhängigen Lettland, sollen mehrfach öffentliche Gebäude in Brand gesteckt worden sein. An den Häuserwänden erschienen antisowjetische Losungen und Karikaturen. Während dieser Zeit werden regelmäßig die Polizeistreifen verstärkt.

In den ersten Jahren des Sowjetregimes richteten sich die Demonstrationen vor allem gegen die Stalindenkmäler, so in Riga, Cēsis(Wenden), Tukums und anderen Orten. Aber auch noch 1963 band man in der Nacht zum 18. November dem Lenindenkmal, das mitten in Riga steht, ein Weißbrot mit einem bissigen, den Brotmangel in der Stadt anprangernden Spruchband um[374]. Als Chruščev 1959 Riga besuchte, klebten unbekannte Täter sein Porträt an die Stelle eines Clownskopfes, der die Fassade des Zirkus Salamonskij zierte, umgaben es mit einem Kranz von Anteilscheinen der staatlichen Anleihe und schrieben darunter: "Wunder ohne Wunder!"[375]

Jahr für Jahr wiederholen sich in Riga auf dem Bruderfriedhof (Brāļu kapi), einer nationalen Gedenkstätte, und auf dem angrenzenden Waldfriedhof Kundgebungen des immer noch lebendigen Nationalbewußtseins. Wiederholt wurde

[372] Miške, Kas ir latviesu buržuaziskie nacionalisti S. 99 ff

[373] LRK- Archiv Nr. 0315/60

[374] LRK- Archiv Nr. 0340/63

[375] LRK- Archiv Nr. 0233/58

hier die alte Nationalfahne gehißt[376]. Am 15. Mai 1957, dem Tag, der unter der Diktatur von Kārlis Ulmanis zum Staatsfeiertag erklärt worden war, flatterte sie sogar am Mast des Rigaer Rundfunksenders, der sich mitten in der Staats- und unmittelbar vor den Portalen der Polizeihauptverwaltung befindet[377]. Gelegentlich wurden sogar ganze Schulklassen wegen patriotischer Demonstrationen an nationalen Feiertagen festgenommen. Auch fanden bis in die letzte Zeit während der Weihnachtsfeiertage in den Schulen Kundgebungen des Unwillens statt[378].

In den Fabriken und Kolchosen kam es ebenfalls zu antisowjetischen Äußerungen. Im Waschraum des Zündholzwerks "Vulkan" in Kūldiga (Goldingen) fand sich eines Tages folgende Aufschrift: "Nieder mit der Chruščev-Diktatur. Es lebe das freie Lettland!" Ähnliche Aufschriften tauchten auch in anderen Werkstätten und Fabriken auf[379].

Neben diesen Demonstrationen, die als unmittelbare Fortsetzung des aktiven Widerstandes der Mitte der fünfziger Jahre zusammengebrochenen bürgerlichen Partisanenbewegung gelten können und die während des "Tauwetters" bis zur Liquidierung der "nationalkommunistischen Bewegung" in den Jahren 1959 und 1960 einen Höhepunkt erreichten, stehen viele kleine Anzeichen für eine innere Abneigung gegen das Regime, gegen die Zustände, gegen die einseitige Bindung "an den Osten".

Diese Abneigung spiegelt sich in den provozierenden Fragen lettischer Studenten, z.B.: Ob Lettland in Übereinstimmung mit der Verfassung das Recht habe, aus dem Staatsverband der Sowjetunion auszuscheiden, oder: Warum während der Kollektivierung der Landwirtschaft gegen die "Kulaken" Gewalt angewendet worden sei[380]. Sie spiegelt sich ebenso in den Äußerungen von Sprachwissenschaftlern, die die literarischen Qualitäten besonders gelobter Sowjetschriftsteller in Zweifel ziehen[381], oder in der demonstrativen Bevorzugung westlicher Forschungsergebnisse in den Vorlesungen anderer Dozenten.

Der nationale Unwille zeigte sich aber auch in der Polemik sehr prominenter lettischer Kommunisten gegen das Projekt des Düna-Kraftwerks bei Pļaviņas, weil dessen Stausee den Staburags, einen Felsen, der als nationales Denkmal gilt, und die Burgruine von Koknese (Kokenhusen) überfluten mußte[382].

[376] LRK- Archiv Nr 0341/60, 0342/60

[377] LRK- Archiv Nr. 0228/57, 0236/58

[378] LRK- Archiv Nr. 0344/56, 0373/63, 0323/58

[379] LRK- Archiv Nr. 0292/59

Hier wurden die Berührungspunkte zwischen einer allgemeinen Volksstimmung und der "nationalkommunistischen" Bewegung in Lettland sichtbar, denn diejenigen Funktionäre, die sich so geäußert hatten, etwa der Kulturminister Kalpiņš und seine Frau Vera Kacena, wurden wegen "nationalistischer Abweichungen" gemaßregelt.

Die Einwände gegen das Kraftwerk Pļaviņas blieben ebenso unbeachtet wie die Plädoyers für das Johannisfest (Jāņusvētki), das gleichfalls als Ausdruck nationaler Tradition von einer Gruppe von Kommunisten verteidigt, dann aber als unberechtigte "nationale Absonderung" verboten wurde. Freilich ist es möglich, daß die nationale Frage in einem Augenblick der Schwäche des Regimes wieder öffentlich und in aller Schärfe zur Diskussion gestellt wird, da die Glut des lettischen Patriotismus nicht verlöscht ist, sondern im Geheimen weiterschwelt.

Kirche und Atheismus

Die Macht der Religion im Leben des lettischen Volks ist nicht gebrochen. Auch spielen die Kirchen und andere Glaubensgemeinschaften eine Rolle, die nicht unterschätzt werden darf. Seit jeher war die Bevölkerung konfessionell nicht einheitlich. Zwar bekannte sich vor 1940 die Mehlzahl der Bürger zur evangelisch-lutherischen Konfession, daneben aber gab es auch andere starke Gemeinden. 1939 sah die Verteilung folgendermaßen aus[383]:

evangelisch-lutherisch	1 094 787	oder	56,15	%
römisch-katholisch	476 963	oder	24,45	%
orthodox	174 369	oder	8,94	%
altgläubig	107 195	oder	5,5	%
mosaisch	93 406	oder	4,79	%
andere	3 762	oder	0,9	%

Zahlen über den jetzigen Stand liegen nicht vor. Sie würden auch die wirkliche Situation nicht richtig wiedergeben. Im allgemeinen dürfte unter den Gläubigen der prozentuale Anteil derer, die sich zur römisch-katholischen Kirche bekennen, ebenso angewachsen sein wie der Anteil der Mitglieder kleinerer Glaubensgemeinschaften und Sekten.

[380] Vgl. Cīņa 9.4.1961, Kalnins, Evolucija S.5
[381] LRK- Archiv Nr. 0345/63
[382] Vgl. Literatura und Maksla 22.3.1958, 5.4.1958; Sov. Latvija 25.5.1958
[383] Latvija. Statistisks parskats S. 13

Der schwere Weg der evangelisch-lutherischen Kirche wird durch folgende Zahlen gekennzeichnet[384]:

Jahr	Zahl der Gemeinden	Zahl der Pfarrer	Zahl der Kirchen und Bethäuser
1936	325	288	297 Kirchen 28 Bethäuser
1944	unbekannt	244	unbekannt
1945	unbekannt	95	unbekannt
1963	100 (rd.)	115	unbekannt

Die Repressalien gegen die Kirchen begannen gleich nach der Besetzung Lettlands im Sommer 1940. Das bewegliche un unbewegliche Eigentum der Kirchen wurde enteignet. Für die Benutzung der Kirchenräume müssen seither hohe Mieten gezahlt werden. Wenn die Pfarrgemeinden sie nicht aufbringen konnten, wurden die Kirchen anderweitig verwendet: als Klubs oder Tanzlokale (z.B. in Ādaži, Varakļani), als Gewerkschaftshäuser (Ēvele), als Lagerräume (Burtnieki, Daugavpils), als Sporthallen, Theatersäle oder Kinos[385]. Die orthodoxe Kathedrale von Riga ist jetzt ein Kino mit Planetarium, der Rigaer **Dom** ein Konzertsaal[386].

An die Stelle der Verfassung der evangelisch-lutherischen Kirche in Lettland vom 26. Januar 1928 mit den Ergänzungen vom 27. Oktober 1934 trat eine neue Kirchenverfassung, die 1948 erlassen wurde. Pfarrer Gustavs Turs[387] wurde von den Sowjetbehörden zum Erzbischof vorgeschlagen und auch gewählt. Fünf Synodale protestierten dagegen und wurden festgenommen. Zwei von ihnen kamen in das Gefängnis von Aleksandrovsk bei Irkutsk. Der legitime Erzbischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Lettland, Prof. Dr. Teodors Grünbergs, hatte das Land schon im Herbst 1944 verlassen. Er verlegte seinen Amtssitz nach Westdeutschland.

[384] Diese Zahlen stammen aus Latvju enciklopedija S. 221 und einzelnen Berichten.

[385] ALBA-Archiv; vgl. Cuibe, The Lutheran Church, S. 24 f, Special Report Nr. 12, S. 19

[386] Cela biedrs 1963,Nr. 8; Acta Baltica I, S. 113 ff

[387] Pfarrer Cuibe äußert sich über Turs wie folgt: "From the point of view of practising Christians, Archbishop G. Turs is unsuited for this position. He was dismissed for moral reasons from being the pastor of the congregation of Bauska. He has been elected Archbishop for political reasons (he supported Communist partisans in the Second World War)." The Lutheran Church, S. 22

Der Erzbischof der römisch-katholischen Kirche in Lettland, Antonijs Springovičs, war dagegen in Lettland geblieben. Als er am 1. Oktober 1958 in Riga starb, war er der einzige noch amtierende katholische Metropolit in der Sowjetunion. Zu seinen Lebzeiten verlieh er an Msgr. Pēteris Strods und Msgr. Kazimirs Dulbinskis die Bischofswürde. In Übereinstimmung mit dem Hl. Stuhl bestellte er Strods für den Fall der Sedisvakanz zum apostolischen Administrator in Lettland.

Aber Bischof Strods starb schon am 9. August 1960. Ein Jahr später wurde Bischof Dulbinskis verhaftet und nach Sibirien deportiert. Bald nach seiner Rückkehr wurde er wieder verhaftet und des Landes verwiesen[388]. So blieb die römisch-katholische Kirche in Lettland eine Zeitlang ohne Bischof, bis 1964 anläßlich des Konzils Julijans Vaivods zum Bischof ernannt wurde[389]. Das Haupt der Baptistengemeinde in Lettland ist der aus Rußland stammende Russe Levendanto[390].

Mit der Einführung des Sowjetregimes wurden die Fakultäten für evangelisch-lutherische und für römisch-katholische Theologie an der Lettländischen Universität geschlossen. Die Neugründung theologischer Institute wurde verboten. Erst 1956, während des "Tauwetters", gaben die Behörden die Erlaubnis zur Abhaltung theologischer Kurse, die aber 1962 wieder abgebrochen werden mußten, obwohl es an ausgebildeten Theologen fehlte[391]. Auch in das katholische Priesterseminar durften seit 1962 keine neuen Studenten mehr aufgenommen werden.

Die allgemeine Lage der Kirchen aller Bekenntnisse in Lettland begann sich seit 1962 sichtbar zu verschlechtern. Die in diesem Jahr wieder wesentlich verstärkte antireligiöse Propaganda wird seither durch einen von der ZK-Abteilung für Propaganda und Agitation gebildeten "Rat der Atheisten der Republik" koordiniert. Zu seinen Mitgliedern gehören Vertreter des Kulturministeriums, des Staatsverlags und anderer Behörden und Komitees. In den Rayons bildeten sich entsprechende Räte unter der Führung der örtlichen, für die ideologische Arbeit zuständigen Parteisekretäre. Atheistenklubs wurden eingerichtet. Im Rayon Jēkabpils (Jakobstadt), der für die atheistische Propaganda als Vorbild gilt, gab es achtzehn solcher Klubs[392].

---

[388] Acta Baltica Bd. 1, S. 98 ff

[389] Dzimtenes Balss, 1964

[390] ALBA-Archiv

[391] Cela Biedrs 1963, Nr. 8

[392] Skolotaju Avize 21.3.1962; vgl. Padomju Latvijas Komunists 1963, Nr. 11, S. 71

Im März 1964 konstituierte sich an der Akademie der Wissenschaften der SSR Lettland außerdem ein "Rat für wissenschaftlichen Atheismus"[393]. Ein weiteres wichtiges Instrument der Propaganda für den Atheismus ist die Gesellschaft "Zinātne" (Wissenschaft).

Trotz dieser angestrengten Bemühungen, trotz einer umfangreichen atheistischen Literatur, trotz atheistischer Filme, trotz aller Versuche, ein neues atheistisches Brauchtum mit volkstümlichen Elementen zu schaffen, ist dieser Kampagne bisher ein entscheidender Erfolg versagt geblieben. Noch immer protestieren Studenten gegen die Verhöhnung der Religion, noch immer stoßen atheistische Vortragsredner in der Diskussion bei den Gläubigen auf heftigen Widerspruch.

Auch das religiöse Gemeindeleben ist nicht erloschen. Als Beispiel sei das 8 000 Einwohner zählende Städtchen Saldus (Frauenburg) genannt, das nicht weniger als sechs verschiedene Kirchengemeinden und Sekten beherbergt[394]. "In vielen Kolchosen der Rayons Daugavpils (Dünaburg), Ludza (Ludsen), Rēzekne (Rositten) und Krāslava (Kraslau) werden immer noch, sogar während der eiligsten Landarbeit, religiöse Feste gefeiert", rügte Mitte 1963 die Monatszeitschrift des ZK der KP Lettlands.[395]

In dem Brief eines baptistischen Arbeiters aus Riga heißt es: "Inbezug auf das kirchliche Leben wird viel und von Herzen getan. Die Kirche (mit mehr als sechshundert Sitzplätzen) ist an den Sonntagen immer voll, zudem werden an diesem Tag zweimal Gottesdienste gehalten, und noch einmal in der Mitte der Woche. Auch die Jugend nimmt in beträchtlicher Zahl an den Gottesdiensten teil. Es gibt einen Chor."

Ein Baptisten-Pfarrer berichtete: "Die Jugend besucht die Gottesdienste immer noch in ansehnlicher Zahl und ist die Hauptträgerin der Kirchenchöre. Diese Chöre sind recht groß, mit ungefähr 40 Sängern. In Gesprächen mit baptistischen Jugendlichen wurde ich davon überzeugt, daß sie echte Gläubige und zugleich gute lettische Patrioten sind. Wenn ein Teil der Jugendlichen trotzdem der Kirche fernbleibt, so geschieht das gezwungenermaßen, um die weitere Ausbildung und die berufliche Laufbahn nicht zu gefährden."[396]

---

[393] ZA Vēstis 1964 Nr. 5, S. 130

[394] Cīņa 13.11.1963

[395] Padomju Latvijas Komūnists 1963, Nr. 8, S. 4

[396] LRK- Archiv Nr. 0383/61, 0384/62

Bibliographische Hinweise

Aizsilnieks, A.P., Sovjetrysk Kooperation. Stockholm 1951

" " Patērētāju kooperācijas mērķis. Latviešu kooperatīvu savienība, o.O. 1951

Anderson, Edgar, British Policy Towards the Baltic States 1918 - 1920. Reprinted from Journal of Central European Affairs. Vol. XIX, Nr. 3, Oktober, 1959

Appeal to the United Nations on Genocide. Published by Lithuanian Foreign Service. o.O. 1951

Archiv des Lettischen Roten Kreuzes (enthält Zeugnisse über Deportationen und Berichte über den Widerstand 1944 - 1963, zitiert als LRK-Archiv)

Antonov, A., Boevoj vosemnadcatyj god. Moskva 1961

Apcerējumi par latviešu padomju literaturas vēsturi, Riga 1955

Baigais Gads. Attēlu un dokumentu krājums par boļševiku laiku Latvijā no 17. VI. 1940 lidz 1. VII. 1941 Paula Kovaļevska, Oskara Norīša un Miķeļa Goppera redakcijā, Riga 1942

Bakaev, Viktor, Morskoj transport SSSR za 40 let, Moskva 1957

Balodis, Francis, Latvia and the Latvians. Reprinted from Journal of Central European Affairs, Vol. 6, No. 3, January 1947

The Baltic Peoples want to exist, I - IV, published by LKA (Eßlingen) 1950

Baltic States Investigation. Hearings before the Select Committee to Investigate the Incorporation of the Baltic States into the U.S.S.R. House of Representatives. Eighty-third Congress. H. Res. 346, Part 1. Washington 1954

The Baltic States and the Soviet Union. Reprinted in the Council of Europe, with a Preface and supplementary Comments. Stockholm, 1962

Bastjānis, Voldemars, Gala sakums. Vērojumi un vērtējumi. Lidingö 1964

Bergmann, Trotzkij, L., Smilga, L., Die russische sozialistische rote Armee, Zürich 1920

Bērsons, I., Latviešu padomju rakstnieki, Riga 1963

Bērziņš, Alfreds, I saw Vishinsky bolshevize Latvia, Washington 1948
" " The Unpunished Crime, New York 1963

Bilmanis, Alfred, A history of Latvia, Princeton 1951
" " Latvia between the Anvil and the Hammer, Washington 1945
" " Latvian-Russian Relations, Dokuments, Washington 1944
" " Die Letten. Aufsätze über Geschichte, Sprache und Kultur der alten Letten, Riga 1930

Basler, W. , Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914 - 1918, Berlin 1962

Birziņa, Līna, Latvijas vietējo padomju attīstība, Riga 1960

" " Latviešu padomju juridiskā literaturā četrdesmit gados un tiesību zinātnei nozimīgi dokumentāli izdevumi Padomju Latvijā (1917 - 1957), in: Pētera Stučkas Latvijas Valsts universitātes Zinātniskie raksti. Bd. 24.1958 Juridiskās zinātnes III. izlaidums

" " Pensijas strādniekiem un kalpotājiem. 2. Aufl., Riga 1964

Bokalders, Jānis, Latvijas ekonomiski-geografiskie pamati, Riga o.J.

" " Mazsaimnieciskā Latvija un kolchozācijam Stockholm o.J.

" " Strukturwandel der Landwirtschaft Lettlands, in: Zeitschrift für Ostforschung, 1957 H. 4, 1958 H. 1

Bol'šaja Sovetskaja Ėnciklopedija, Bd. (Latviskaja SSR), Moskva 1953

Brauns, Joachims, Vijolmākslas attīstība Latvijā, Riga 1957

Bukšs, M., Die Russifizierung in den Baltischen Ländern, o.O.1964

de Chanbon, Henry, La Tragédie des Nations Baltiques, Paris 1946

The Catholic Church of Latvia under Soviet Terror, Stockholm 1954

Ceichners, Alfreds, Was Europa drohte. Die Bolschewisierung Lettlands 1940 - 1941, Riga 1943

Chruščev, A.T., Nikolskij, I.B., Razvitie i razmeščenie promyšlenosti i transporta SSSR v semiletke, Moskva o.J.

Cielēns, Felikss, Laikmetu maiņā, 2 Bds., Lidingö 1963

Cuibe, Leons, The Lutheran Church of Latvia in Chains, Stockholm 1963

Čerdancev, , Nikitin, , Ėkonomičeskaja geografia SSSR, o.O. u.J.

Dallin, David J., Nikolaevsky, Boris, Arbeiter oder Ausgebeutete? Das System der Arbeitslager in Sowjetrußland, München 1948

Darbiņš, Vītiņš, Latvija, statistisks pārskats, o.O. 1947

Dauge, P., P. Stučkas dzīve un darbs, Riga 1958

Dokumenty vnešnej politiki SSSR, Moskva

Dzērve, P. Pēteris Stučka, Riga 1957

Erickson, J., The Soviet High Command

Ēkis, L., The Truth About Bolshevik and Nazi Atrocities in Latvia, Washington, 1943

Fainsod, M. , How Russia is Ruled

The Fallacy of Collective Farmin, Stockholm 1958

Freiwalds, Osvalds, Latviešu polītiskās partijas 60 gados, (Copenhagen), 1961

Friede, Das russische perpetuum mobile

Graždanskij kodeks Latvijskoj SSSR, Riga 1964

Graždanskij processual'nyj kodeks Latvijskoj SSSR, Riga 1964

Gulbis, M., The Cheka (NKVD) at Work in Latvia, Stockholm 1952

Handbook of Baltic and White Sea Loading Ports, Copenhagen 1939

Handbuch des Weltkommunismus. Hrsg. von J.M. Bocheński und G. Niemeyer. Freiburg 1958

Hazners, Vilis, Latvia, in: A Survey of Recent Developments in Nine Captive Countries, New York 1959

Hearings before the Subcommittee on Europe of the Committee on Foreign Affairs. House of Representatives. Eighty-seventh Congress. Second Session, Washington 1962

von Hehn, J., Die Entstehung der Staaten Lettland und Estland, der Bolschewismus und die Großmächte, in: Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte, H. 4, 1956

" " Lettland zwischen Demokratie und Diktatur, München 1957

Höpker, W., Die Ostsee ein rotes Binnenmeer?, Berlin-Frankfurt 1958

Hubatsch, Walther, Im Bannkreis der Ostsee, Marburg 1948

Jakovlev, B., Koncentracionnye lageri SSSR, München 1955

Itogi vsesojuznoj perepisi naselenija 1959 goda SSSR, svodny tom,Moskva 1962

Istorija Latvijskoj SSR 1917 - 1950, tom 3, Riga 1958

Kalme, Albert, Total Terror, New York 1948

Kalnbērziņš, Jānis, Piezimes par LKP 1919 g. kļūdam un padomju Latvijas krišanas iemesliem

Kalniņš, Bruno, Evolūcija vai revolūcija Padomju Savienībā? Stockholm 1956

" " Latvijas sociāldemokratijas 50 gadi, Stockholm 1956

Kalniņš, J., Latvijas komunistiskās partijas ekonomiskā platforma 1920.-1940. g., Riga 1959

Kirchner, Walther, The Rise of the Baltic Question, Newark, 1954

Kļava, G., Ūdris, E., Tille, A., Latvijas PSR konstitūcija, Riga 1956

Kolarz, Walther, Russia and her Colonies

Kolchoznieka kalendars 1962, Riga 1961

Krastiņš, J., 1905. gada revolūcija Latvijā, Riga 1955

" " Bor'ba za sovetskuju vlatst' v Latvii v godu voennoj intervencii i graždanskoj vojny (1918 - 1919), in: Voprosy istorii, 1959 H.1

Kroma, M., Burlaks, B., Neskarto zemju plašumos, Riga 1956

Latgales komunisti pagrīdes gados 1920 - 1940, Riga 1962

Latvia 1918 - 1959, Washington 1958

Latvijas ev. lut. Baznicas kalendars 1962, 1963, 1964, Riga

Latvijas Komunistiskā partija 1918. un 1919. gada. Dokumenti un m teriali, Riga 1958

Latvijas Komunistiskā partija Oktobŗa revolūcijā 1917. Dokumenti un materiāli, Riga 1957

Latvijas Komunistiskās partijas vēstures apcerējumi, Bd.1, Riga 1961

Latvijas Komunistiskās partijas vēstures bibliogrāfija 1893 - 1919, Riga 1964

Latvijas PSR Kriminālkodekss, Riga 1962

Latvijas PSR kulturas celtniecība. Statistisko datu krājums, Riga 1957

Latvijas PSR statistikas atlants, Riga 1960

Latvijas PSR tautas saimniecība. Statistisko datu krājums, Riga 1957

Latvijas PSR tautas saimniecības attīstība, Statistisko datu krājums, Riga 1[illegible]

Latvijas PSR Zinātņu akadēmijas izdevumu bibliogrāfia 1946 - 1955, Riga 1957

Latvijas Saeimas stenogrammas

Latvijskaja SSR v cifrach 1960, 1961, 1962, Riga

Latvijskaja SSR. Očerki ėkonomičeskoj geografii,

Latvijas statistiskas gada grāmata, 1939, Riga 1939

Latviesu Konversācijas vārdnīca , Riga

Latviesu literatūras vēsture, 5. Bd. Riga 1958

Latviešu tēlotāja māksla, Riga 1955

Latvju enciklopēdija, Stockholm 1955, 1962

Latyšskie strelki v bor'be za sovetskuju vlast' v 1917 - 1920 godach. Vospominanija i dokumenty, Riga 1962

Lavričev, A.N., Ėkonomičeskaja gerografia SSSR, Moskva 1964

Lest we forget! A Pictotial Summary of Communism in Action, Washington 1960

Lenz, W., Volkstumswechsel in den baltischen Ländern, in: Ostdeutsche Wissenschaft, H. 3 und 4, 1956, 1957

LRK-Archiv siehe Archiv des Lettischen Roten Kreuzes

Ludovici, L.J., Tomorrow Sometimes Comes. Ten Years against Tyranny, London 1957 (Aufgrund eines Berichts des lettischen politischen Häftlings Adolfs Albats)

Maamägi, V.A., O nekotorych osobennostjach perechoda pribaltijskich sovetskich respublik k stroitel'stvu socializma (1940- 1941), in: Istorija SSSR, tom 6, Moskva 1962

Manning, Clarence A., The forgotten Republics, New York 1952

Mazulans, Janis, Along Lenins Bright Road, Stockholm 1962

Meissner, Boris, Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht, Köln 1956

Millers, V., Padomju pilsoņu pamattiesības un pienākumi, Riga 1961

" " Razvitie sovetskoj gosudarstvennosti v Latvii, Moskva 1961

" " Stumbiņa, E., Latvijas PSR Augstākā Padome, Riga 1963

Miške, V., Kas ir latviešu buržuaziskie nacionālisti? Riga 1953

These Names Accuse. Nominal List of Latvians Deported to Soviet Russia in 1940 - 1941, Stockholm 1951

Namsons, Andrivs, Die kulturgeographischen, wirtschaftlichen und soziologischen Auswirkungen der Sowjetisierung Lettlands. Diss. der TH Stuttgart, Stuttgart 1958

" " Vernichtung der bisherigen Siedlungs- und Lebensform, in: Agrarpolitische Rundschau, 1964, Januar,Nr. 14

Narodnoe chozjajstvo SSSR, 1962, Moskva 1964

Nerman, Birger, Balticum ungern Sovjet. Brännande Östersjöproblem 5. Baltiska Kommittén, Stockholm 1957

Nonācs, Ziemellatvija, Riga 1928

Olberg, Paul, Die Tragödie des Baltikums, Zürich 1941

Ottersberg, Kurt, Das Baltikum und Deutschland, August 1914 - März 1917. Diss. der Humboldt-Universität Berlin, 1963

" " Der Kampf des lettischen Volks um die Sowjetmacht bis zu ihrer Wiedererrichtung Ende 1918 - Anfang 1919, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Bd. 3, Berlin (Ost) 1959

Ostsee-Handbuch. Mittlerer Teil. Marineleitung, Berlin, 6. Aufl., 1929

Ozolins, Eizens-Adrians, Die Entwicklung des Steuersystems der UdSSR, Diss. Frankfurt a.M., 1960

Padomju varas konstitucionālie akti Latvijā (1917 - 1957), Riga 1957

Page, Stanley W., The Formation of Baltic States (Lithuania, Latvia, Estonia) 1917 - 1920, Diss. Cambridge,Mass., 1947

Partijas darbs laukos, Riga 1958

Pētera Stučkas Latvijas valsts universitāte 40 gados 1919 - 1959, Riga 1959

Pētera Stučka laika biedra atmiņas (1865 - 1965), Riga 1965

Pierakstīšanas osta - Rīga. Padomju Latvijas jūras transporta attīstība, Riga 1961

Pick, F.U., The Baltic Nations, London 1945

Plensners, A., A Small Nation's Struggle for Freedom. Latvian Soldiers in World War II. Stockholm 1955

Popoff, George, Sowjetherrschaft in Europa. Die Rigaer Kommunistenzeit und ihre Lehren, Bern 1935

Professors, M.M., Latvijas ekonomiski-geografiskie pamati, Stockholm 1947

Pujāts, J., Latgales keramika, Riga 1960

Pūriņš, V., Latvijas PSR padomju republiku brālīgajā saimē, Riga 1955

Pusta, K.R., The Baltic Question and the Right of Nations, in: Internationales Recht und Diplomatie, 1956

" " The Soviet Union and the Baltic States, New York 1943

Rapoport, G., Budni podpolja, Riga 1958

von Rauch, Georg, Die baltischen Staaten und Sowjetrußland 1919 - 1939, in: Europa-Archiv, 1954

Razvitie narodnogo chozjajstva Latvijskoj SSR, Sbornik statej, Riga 1961

Redslob, Abhängige Länder

Report od the Ad Hoc Committee on Forced Labour, Geneva 1953 (Pub. E/2431 United Nations and International Labour Office)

Report of the Select Committee to Investigate Communist Aggression and Forces Incorporation of the Baltic States into the U.S.S.R.
Third Interim Report of the Selected Committee on Communist Aggression. House of Representatives. Eighty-third Congress. Washington 1954

Rīga, Riga 1958

Riga 1955 - 1956. Rusiade. Egila Jarla stasts un 95 atteli, Kopenhagen 1957

Ronimois, H.E., Russia's Foreign Trade and the Baltic Sea. London 1956

Ručs, Kazimir, Friedliche Koexistenz und das Schicksal der Lateinischen Kirche in der Sowjetunion und in den annektierten baltischen Ländern. In: Kirche in Not, XII, Bad Königstein 1965

Rudevics, A., Menševisma bankrots Latvijā. Riga 1957

Rusis, Armins, Latvija. Amendments to the Constitution, in: Highlights, Vol.II, Nr. 10, Oct. 1954

" " Trade Unions in Soviet Latvia, in:Highlights, Vol.III, No. 10., Oct. 1955

" " Recent Changes in the Constitution of Soviet Latvia and Russification od the Latvian Government, in: Highlights, Vol. IV, No. 5, May 1956

Rusis, Armins, Two New Criminal Laws in Soviet Latvia, in: Highlights, Vol. V, No. 5, Mai 1957

" " The New Judiciary Acts of the Latvian SSR, in: Highlights, Vo. VIII, No. 1, 2, January, February 1960

" " New Agricultural Laws in the Soviet Union and the Baltic States, in: Highlights, Vol. IV, No. 9, 12, 1956, Vol. V, No. 9, 10, 1957

" " Latvia, in: Government, Law and Courts Behind the Iron Curtain, Part 8, S. 121 - 152

Rutkis, J., Latvijas geografija, Stockholm 1960

Schaper, Edzard, Die baltischen Länder im geistigen Spektrum Europas, (München) 1965

Šilde, Adolfs, Bez tiesībam un brīvības

" " Pa deporteto pēdām

The Profits of Slavery. Baltic Forced Laborers and Deportees under Stalin and Khrushchew, Stockholm 1958

" " (Hrsg.), The Soviet Against Church. Persecution of Religion in Soviet Latvia, Esslingen, 1950

" " Važu rāvēji. Latviešu tauta cīņa pret padomju okupā-cijas varu un komūnismu, Kopenhagena 1960

Scholmer, Joseph, Die Toten kehren zurück, Köln und Berlin, 1954

Švābe (Schwabe), Arveds, The Baltic States, Notre Dame, Indiana

" " " Genocide in the Baltic States, Stockholm 1952

" " " Histoire du Peuple Letton. Stockholm 1963

" " " Lettlands Historia, Stockholm 1961

" " " The Story of Latvia and her Neighbours. Stockolm 195

Šteimanis, J., Cīņa pret kapitālu. Arodkustība Latvijā no 1920 gada līdz 194 gadam, Riga

" " Latvijas Komunistiskas partijas taktika cīņa par padomju varas atjaunošanu 1920 - 1940, Riga 1965

Selter, K., Zur Rechtslage der baltischen Staaten, in: Internationales Recht und Diplomatie, 1956

Simsons, Jānis, Vorkutas gūstekņu stāsts, Lincoln, Nebraska 1965

Sociālistiskās revolūcijas uzvars Latvijā 1940 gada (20.VI - 5.VIII). Dokumenti un materiāli, Riga 1963

Soms, K., LKP agrārpolitikas un agrārprogrammas jautājumi

Spekke, Arnolds, Balts and Slavs. Their early relations, Washington 1965

" " History of Latvia. An Outline, Stockholm 1951

" " Latvia and the Baltic Problem. Sketch of Recent History, London o.J.

" " Montini, R.U., Salvini, L., Lettonia, Roma 1939

SSSR v ciffrach 1963, Moskva 1964

Staats- und Verwaltungsgrenzen in Ostmitteleuropa. Historisches Kartenwerk. Hrsg. vom Göttinger Arbeitskreis, Lfg. 1 Die baltischen Lande, bearbeitet von H. Laakmann, 1954

Special Report No 12 of the Selected Committee, 8th Congress H. Res. 348 and 438

Starlinger, Wilhelm, Grenzen der Sowjetmacht im Spiegel einer West-Ostbegegnung hinter Palisaden von 1945 - 1954, Würzburg 1955

Starodubskij, L.V., Upadok fabrično-zavodskoj promyšlennosti v buržuaznoj Latvii, Riga 1952

Strazdin, K., Formirovanie latyšskoj socialističeskoj nacii, in: Formirovanie socialističeskich nacij, Moskva 1962

Stučka, Pēteris, V bor'be za Oktjabr', Riga 1960

" " Pjat' mesjacev Socialističeskoj Sovetskoj Latvii. Sbornik statej i zametok, Bd. 1 (Moskva) 1919

Sumin, A., Očerk ėkonomičeskogo razvitija Sovetskoj Latvii (1940 - 1958), Riga 1958

Swerew, A.G., Soziale Leistungen des Sowjetstaats, Bonn 1958

Sīpols, V., Ārvalstu intervencija Latvijā un tās aizkulises 1918 - 1920, Riga 1957

Tarulis, Albert N., Soviet Policy toward the Baltic States. Estonia, Latvia, Lithuania 1918 - 1940, Notre Dame, Indiana, 1959

Teātris un Dzīve. Almanachs, Riga 1960

Teicāns, J., Materiālā stimula spēks, Riga 1964

Tille, A., Obrazovanie Latvijskoj Sovetskoj Socialističeskoj Respubliki - akt suverennoj voli latyšskogo naroda, in: Gosudarstvo i pravo, 1955, H. 5, S. 17 - 23

Tissot, L., La Baltique. Situation des pays riverains de la Baltique. Importance économique et stratégique de la "Méditerranée du Nord", Paris 1940

Thomson, Erik, Zwanzig Jahre baltische Sowjetrepubliken, in: Außenpolitik 196 Nr. 11, S. 543 - 549

Trudi Instituts Ekonomiki T. II. Ekonomika promyšlennosti. Akademija Nauk Lat vijskoj SSR, Riga 1962

Ugolovno processual'nyj kodeks Latvijskoj SSR, Riga 1963

Valters, Miķelis, Das Verbrechen gegen die Baltischen Staaten. Warnung an Europa und die Welt, Nice 1962

Vanags, Kārlis, Boļševiku jūgā, Oldenburg 1951

Veiss, E., Purin, V., Latvijskaja SSR, Moskva 1959

Veiss, Eduards, Semilektka Latvii,1959

Vītols, Hugo, Staļina imperija patiesības gaismā, Riga 1944

Watson, Herbert A. Grant, An Account of a Mission to the Baltic States, London 1957

Weiss, Helmuth, Die baltischen Staaten, in: Die Sowjetisierung Ost-Mitteleuropas, Frankfurt a.Main, Berlin 1959

" " (Hrsg.), Die Entwicklung in den baltischen Ländern seit 1939, in: Informationen zur politischen Bildung, Folge 93, Juni 1961

Wie sie die Freiheit verloren. Die Methoden der kommunistischen Machtergreifung in den Ländern Ostmitteleuropas, München 1959

15 let Sovetskoj Latvii, Riga 1955

1917. gads Latvijā. Revolūcijas dalībnieku atmiņas. Riga 1957

Zeitungen, Zeitschriften und Jahrbücher

Acta Baltica. Liber Annalis Instituti Baltici, Königstein im Taunus, 1960 ff

Agrarpolitische Rundschau, hrsg. von der Internationalen Bauern-Union, Bonn

Archiv für Rechts- und Sozial-Philosophie, Berlin und Braunschweig

The Baltic Review, New York

Baltische Hefte, Hannover

Baltisches Recht, hrsg. von der Baltischen Gesellschaft in Deutschland e.V., München

Brīvība (Freiheit)

Ceļa Zīmes (Wegzeichen), Stockholm

Commentationes Balticae

East Europe

East and West, London (Erscheinen eingestellt)

Forschungsdienst Osteuropa: Die Baltischen Sowjetrepubliken, Düsseldorf, (Erscheinen eingestellt)

Highlights of Current Legislation and Activities in Mid-Europe. Library of Congress. Mid-Europe Law Project, Washington, D.C.

Laiks (Die Zeit), New York

Latvian Information Bulletin, hrsg. von Latvian Legation, Washington, D.C.

Latviešu juristu vaksti (Schriften lettischer Juristen), Västeras,Schweden

Latviešu Ziņas (Lettische Nachrichten)

Latvija, hrsg. vom Lettischen Zentralkomitee, Eutin

Latvija aiz dzelzs priekškara (Lettland hinter dem Eisernen Vorhang), Stockholm

Latvijas brīvībai (Für die Freiheit Lettlands), New York

Mitteilungen aus baltischem Leben, hrsg. von der Baltischen Gesellschaft in Deutschland e.V., München

Nachrichten aus dem Baltikum, Stockholm

Osteuropa, Stuttgart

Osteuropa-Recht, Stuttgart

Osteuropa-Wirtschaft, Köln

Ost-Probleme, Köln

Shipping World and Shipbuilder, London

Trimdas Arodnieks (Gewerkschafter im Exil), Stockholm

Universitas, Stuttgart, New York

Valdības Vēstnesis (Regierungsanzeiger), Riga

Zeitschrift für Ostforschung, Marburg a.d.Lahn

Sowjetische Periodika in lettischer und russischer Sprache

Cīņa (Der Kampf, lett.), Riga

Dzimtenes balss (Stimme der Heimat, lett.), Riga

Draugs (Der Freund, lett.), Riga

Karogs (Die Fahne, lett.), Riga

Latvijas PSR augstakas padomes ziņotājs (Anzeiger des Obersten Sowjets der SSR Lettland, lett.), Riga

Latvijas PSR augstakas tiesas biļetens (Bulletin des Obersten Gerichts der SSR Lettland, lett.), Riga

Latvijas PSR Zinātņu akadēmijas vēstis (Nachrichten der Wissenschaftlichen Akademie der SSR Lettland, lett.), Riga

Diesma (Die Flamme, lett.), Riga

Literatura un Māksla (Literatur und Kunst, lett.), Riga

Māksla (Die Kunst, lett.), Riga

Padomju Jaunātne (Sowjetjugend, lett.), Riga

Padomju Latvijas Komunists (Der Kommunist Sowjetlettlands, lett.), Riga

Padomju Latvijas sieviets (Die Frau Sowjetlettlands, lett.), Riga

Padomju Latvijas skola (Die Schule Sowjetlettlands, lett.), Riga

Padomju Latvijas tautas saimnieciba (Die Volkswirtschaft Sowjetlettlands,lett Riga

Padomju students (Der Sowjetstudent, lett.), Riga

Mednieks un makšķernieks (Jäger und Angler, lett.), Riga

Partijnaja žizn' (Parteileben, russ.), Moskau

Rīgas balss (Die Stimme Rigas, lett.), Riga

Rīgas modes (Rigaer Moden, lett.), Riga

Skolotāju avīze (Lehrerzeitung, lett.), Riga

Sovetskaja Latvija (Sowjetlettland, russ.), Riga

Sovetskaja molodež (Sowjetjugend, russ.), Riga

Sovetskoe gosudarstvo i pravo (Sowjetstaat und Recht, russ.), Moskau

Sports (Sport, lett.), Riga

Šachs (Schach, lett.), Riga

Veselība (Gesundheit, lett.), Riga

Zinātne un Technika (Wissenschaft und Technik, lett.), Riga

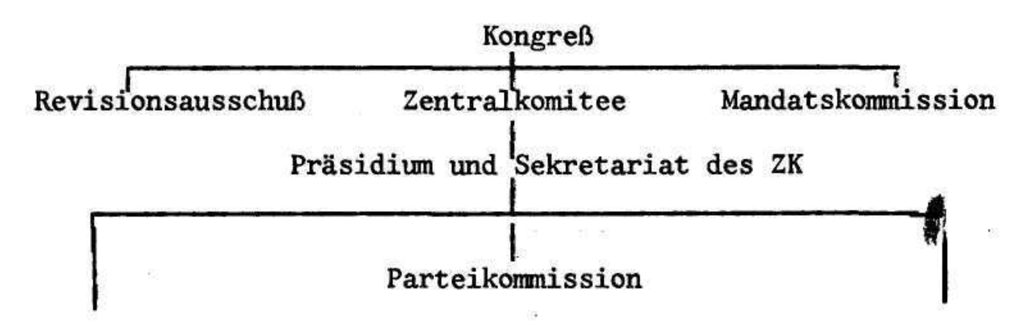
Za rodinu (Für die Heimat, russ.), Riga

Ziņotājs (Anzeiger, lett.), Riga

Zvaigzne (Der Stern, lett.), Riga

A N H A N G Nr. 1

Der Aufbau der KP Lettlands



Redakteure der

Parteiorgane

"Cīņa", Sovetskaja

Latvija, Padomju

Latvijas Komūnists

ZK-Abteilungen:

Parteiorganisation

Propaganda und Agitation

Wissenschaft und Kultur

Verwaltungsorgane

Industrie und Transport

Leicht- und Lebensmittel-
industrie

Bauwesen und Kommunal-
wirtschaft

Landwirtschaft

Handel und Dienst-
leistungen

Stand vom 3. 3. 1966

Mitgliederzahl der KP Lettlands

Jahr	Gesamtzahl	davon Kandidaten
(1917)	rd. 300	
(1918)	rd. 900	
(1919)	rd. 8 000	
(1922)	rd. 1 500	
(1928)	rd. 650	
(1940, vor dem Einmarsch der Roten Armee) *	rd. 230	
1945 **	3 592	1 006
1946	10 987	2 146
1947	21 037	2 473
1948	28 663	1 175
1949	31 203	2 761
1950	34 224	4 081
1951	37 276	3 679
1952	40 294	3 259
1953	42 178	1 650
1954	42 735	2 601
1955	45 105	3 676
1956	48 548	4 347
1957	53 948	3 988
1958	57 305	4 600
1959	61 414	5 095
1960	65 947	4 744
1961	72 519	5 039
1962	78 219	4 330
1963	81 986	5 952
1964	88 168	6 937
1965	95 742	unbekannt
1966 ***	102 816	unbekannt

*Die Zahlen stammen aus verschiedenen nicht amtlichen oder geschätzten Angaben.

**ZA Vēstis 1965, Nr. 5, S. 24

***Cīņa 4. 3. 1966

Sekretariat und Präsidium des ZK der KP Lettlands

Vom Herbst 1944 bis zum 16. Februar 1947 (unvollständig)

1. Sekretär:	KALNBĒRZIŅŠ,	Jānis
Sekretäre:	TITOV,	Fedor
	NIKONOV,	Aleksandr
	OSTROVS,	Jānis
	LEBEDEV,	Michail

Vom 16. Februar 1947 bis zum 28. Januar 1949 (unvollständig)

1. Sekretär:	KALNBĒRZIŅŠ,	Jānis
Sekretäre:	TITOV,	Fedor
	LEBEDEV,	Michail
	PELŠE,	Arvīds

Vom 28. Februar 1949 bis zum 30. Dezember 1951

1. Sekretär:	KALNBĒRŽIŅS,	Janis
2. Sekretär:	TITOV,	Fedor
Sekretäre:	LITVINOV,	Pavel
	NIKONOV,	Aleksandr
	PELŠE,	Arvīds
Mitglieder des ZK-Büros:		
	BAGRAMJAN,	Ivan
	NOVIK,	Alfons
	NOVIKOV,	Pet[illegible]
	KIRCHENŠTEINS,	Augusts
	LACIS,	Vilis
	DAVIDOV.	Ivan
	OZOLIŅŠ,	Kārlis
	DEGLAVS,	Fricis
Kandidaten:	Eglītis,	Augusts
	Krūmiņš,	Vilis
	Voltmanis,	Kārlis

Vom 30. Dezember 1951 bis zum 12. Februar 1954

1. Sekretär:	KALNBĒRZIŅŠ,	Jānis
2. Sekretär:	TITOV,	Fedor
Sekretäre:	LITVINOV,	Pavel
	PELŠE,	Arvīds
	KRŪMIŅŠ,	Vilis
	ČERNIŠEV,	ALEKSEJ
Mitglieder des ZK-Büros:	BAGRAMJAN,	Ivan
	NOVIK,	Alfons
	LĀCIS,	Vilis
	KIRCHENŠTEINS,	Augusts
	BISENIEKS,	Nikolajs
	NIKONOV,	Aleksandr
	DAVIDOV,	Ivan
Kandidaten:	OZOLIŅŠ,	Kārlis
	DEGLAVS,	Fricis
	VOLTMANIS,	Kārlis
	PIZANS,	Pavels

Vom 12. Februar 1954 bis zum 20. Januar 1956

1. Sekretär:	KALNBĒRZIŅŠ,	Jānis
Sekretäre:	KRŪMIŅŠ,	Vilis
	PELŠE,	Arvīds
Mitglieder des ZK-Büros:	BAGRAMJAN,	Ivan
	OZOLIŅŠ,	Kārlis
	LĀCIS,	Vilis
	APINIS,	Edgars
	PLŪDONIS,	Matīss
	DAVIDOV,	Ivan
	NIKONOV,	Aleksandr
	PIZANS,	Pavels
Kandidaten:	Bisenieks,	Nikolajs
	Bēmanis,	Elmārs
	Voltmanis,	Kārlis

Vom 20. Januar 1956 bis Ende 1959

1. Sekretär:	KALNBĒRZIŅŠ,	Jānis
2. Sekretär:	KAŠNIKOV,	F.I.
	KRŪMIŅŠ, (seit April 1958)	Vilis
Sekretäre:	PELŠE,	Arvīds
	BISENIEKS,	Nikolajs
	MIGLINIKS,	Adolfs
Mitglieder:	LĀCIS,	Vilis
	OZOLIŅŠ,	Kārlis
	GORBATOV,	Aleksandr
	PLUDONIS,	Matīss
	BERKLAVS,	Eduards
Kandidaten:	Pizans,	Pāvils
	Voltmanis,	Kārlis
	Bēmanis,	Elmārs

Von Ende 1959 (nach den ersten"Säuberungen") bis zum 31.Dezember

1. Sekretär:	PELŠE,	Arvīds
2. Sekretär:	GRIBKOV,	Nikolaj
Sekretäre:	VOSS,	Augusts
	MIGLINIKS,	Adolfs
	STRAUTMANIS,	Pēteris
	LEJIŅS, (seit März 1961)	Voldemars
Mitglieder:	AZANS,	Vladislavs
	GALLE,	Georgijs
	GUSAKOVSKIJ,	Josif
	KALNBĒRZIŅŠ,	Jānins
	PEIVE,	Jānis
	PLUDONIS,	Matīss
Kandidaten:	Bēmanis,	Elmārs
	Blūms,	Viktors
	Īverts,	Jlgvars
	Saleev,	Nikolai

Vom 31. Dezember 1962 bis zum 25. Dezember 1963

1. Sekretär:	PELŠE,	Arvīds
2. Sekretär:	GRIBKOV,	Nikolai
Sekretäre:	LEJIŅŠ,	Voldemars
	VOSS,	Augusts
	STRAUTMANIS,	Pēteris
	BĒMANIS,	Elmārs
Mitglieder:	GUSAKOVSKIJ,	Josif
	KALNBĒRZIŅŠ,	Jānis
	RUBENIS,	Vitalijs
Kandidaten:	Blūms,	Viktos
	Zitmanis,	Augusts

Vom 25. Dezember 1963 bis zum 3. März 1966

1. Sekretär:	PELŠE,	Arvīds
2. Sekretär:	BELUCHA,	Nikolai
Sekretäre:	VOSS,	Augusts
	STRAUTMANIS,	Pēteris
	LEJIŅŠ,	Voldemars
	BĒMANIS,	Elmārs
Mitglieder:	CHETAGUROV,	Georgij
	KALNBĒRZIŅŠ,	Jānis
	RUBENIS,	Vitalijs
	(sowie alle oben genannten Sekretäre	
Kandidaten:	Blūms,	Viktors
	Rubenis,	J.
	Zitmanis,	Augusts

Seit dem 3. 3. 1966

1. Sekretär:	PELŠE, *	Arvīds
	VOSS,	Augusts
	(seit 16. April 1966)	
2. Sekretär:	BELUCHA,	Nikolaj
Sekretäre:	VOSS,	Augusts
	LEJIŅŠ,	Voldemars
	VERRO,	R.
	RUBENIS,	J.
	(seit 16. April 1966)	
Mitglieder:	BĒMANIS,	Elmārs
	Chetagurov,	Georgij
	KALNBĒRZIŅŠ,	Jānis
	RUBENIS,	Vitalijs
	STRAUTMANIS,	Pēteris
	(sowie die Sekretäre)	
Kandidaten:	Blūms,	Viktors
	Rubenis,	J.
	Zitmanis,	Augusts

* A. Pelše wurde im Zusammenhang mit seiner Ernennung zum Vorsitzenden der Kontrollkommission des ZK der KPdSU von seinem Posten als erster Sekretär des ZK der KP Lettlands am 16. 4. 1966 befreit.

Präsidium des Obersten Sowjets der SSR Lettland

Von 1944 bis 1947

Vorsitzender: Prof. Dr. Kirchenšteins, Augusts

stellv. Vorsitzender: Upīts, Andrejs

Sekretär: Prieže, Kārlis

Von 1947 - 1951

Vorsitzender: Prof. Dr. Kirchenšteins, Augusts

stellv. Vorsitzende: Auguste, Olga
Gailis, Kārlis

Sekretär: Prieže, Kārlis

Mitglieder: Upīts, Andrejs
Titov, Fedor
Lecis, Vilhelms
Berklavs, Eduards
Neilande, A.
Damburgs, Voldemars
Bende, Julijs

Von 1951 - 1955

Vorsitzender: Prof. Dr. Kirchenšteins, Augusts
stellv. Vorsitzende: Ozoliņš, Kārlis
Auguste, Olga

Sekretär: Gailis, Kārlis
Mitglieder: Upīts, Andrejs
Titov, Fedor
Voltmanis, Kārlis
Novikov, Aleksandr
Spalva, A.J.
Daugaviete, E.J.
Krūmiņš, I.A.

Von 1955 - 1959

Vorsitzender: Ozoliņš, Kārlis

stellv. Vorsitzende: Ameriks, Ernests J.
Auguste, Olga

Sekretär: Gailis, Kārlis

Mitglieder: Kirchenšteins, Augusts
Laiviņš, V.J.
Skraustiņš, E.K.
Sokolov, P.M.
Upīts, Andrejs
Valters, H.K.
Berklavs, Eduards

Von 1959 - 1963

Vorsitzender: Ozoliņš, Kārlis
Kalnbērziņš, Janis
(seit dem 28. 12. 1961)

stellv. Vorsitzende: Ameriks, Ernests
Varkalns, Roberts

Ozoliņš, Kārlis)
) (seit dem 28. 12. 19
Pakalns, Jānis)

Sekretär: Gailis, Kārlis

Mitglieder: Baumanis, Eriks
Bisenieks, Nikolajs
Kirchenšteins, Augusts
Laiviņš, Vilhelms
Ruskulis, Vladislavs
Upīts, Andrejs
Vanaga, Veronika
Zutis, Jānis
Zvirbule, Irene

Seit 1963

Vorsitzender: Kalnbērziņš, Janis

stellvertr. Vorsitzende: Zorin, Karl
Migliniks, Adolfs

Sekretär: Gailis, Kārlis

Mitglieder: Barinova, Tatjana
Bartkēvičs, Leonards
Jansons, Jānis
Kalva, Veronika
Pakalns, Jānis
Tomsons, Rudolfs
Upīts, Andrejs
Verners, Helmars
Voss, Augusts

Der Ministerrat der SSR Lettland

Von 1944 - 1947

Amt	Name	Vorname
Vorsitzender:	LĀCIS,	Vilis
stellv. Vorsitzende:	PLŪDONIS,	Matīss
	OSTROVS,	Jānis
	RONIS,	Jevgenijs
stellv. Vorsitzender und Vorsitzender des Komitees für Staatskontrolle	ČULĪTIS,	Augusts
stellv. Vorsitzender und Minister für Kommunalwirtschaft	ĶĪSIS,	Roberts
Landwirtschaftsminister	VANAGS,	Jānis
Minister für Viehwirtschaft und Sowchose	VĀCIETIS,	Ernests
Minister für Leichtindustrie	ŠICS,	Kārlis
Minister für Gesundheitswesen	KRAUSS,	Adolfs
Minister für Wohnungswesen	TREILĪBS,	Aleksandrs
Justizminister	JABLONSKIS,	Andrejs

(unvollständig)

Von 1947 - 1951

Vorsitzender:	LĀCIS,	Vilis
stellv. Vorsitzende:	PLŪDONIS,	Matīss
	OSTROVS,	Jānis
	CELOVS,	Karlis
	PONOMAREV,	Nikolaj
	RONIS,	Jevgenijs
Vorsitzender d. Komitees f. Staatskontolle	ČULĪTIS,	Augusts
Außenminister	VALESKALNS,	Pēteris
Vors. d. Komitees für Bauwesen	AUGŠKAPS,	Jānis
Minister f. Nahrungsmittelindustrie	LATKOVSKIS,	Vikentijs
Minister f. Fischindustrie	BUDE,	Kārlis
Minister f. Fleisch- und Milchindustrie	GRĀVĪTIS,	Aleksandrs
Minister f. Leichtindustrie	ŠICS,	Kārlis
Minister f. rep. Brennstoffindustrie	ŽUK,	Jefim
Industrieminister	LEBEDEV,	Michael
Landwirtschaftsminister	VANAGS,	Jānis
Minister f. Sowchose	VĀCIETIS,	Ernests
Finanzminister	TABAKS,	Arnolds
Handelsminister	PAEGLE,	Pēteris
Innenminister	EGLĪTIS,	Augusts
Vorsitzender d. Staatssicherheitskomitees	NOVIKS,	Alfons
Minister f. Gesundheitswesen	KRAUSS,	Adolfs
Bildungsminister	STRAZDIŅŠ,	Kārlis
Minister f. Kinomatographie	AMERIKS,	Ernests
Sozialversicherungsminister	PALDIŅA,	Ieva
Minister f. Wohnungswesen	TREILĪBS,	Aleksandrs
Minister f. Kommunalwirtschaft	ĶĪSIS,	Roberts
Justizminister	JABLONSKIS,	Andrejs
Vorsitzender des Komitees f. Staatliche Planung	DEGLAVS,	Fricis
Forstwirtschaftsminister	GUSTSONS,	Jānis

Von 1951 - 1955

Vorsitzender:	LĀCIS,	Vilis
1. Stellv. Vorsitzender und Außenminister	OSTROVS,	Jānis
stellv. Vorsitzende:	PLŪDONS,	Matīss
	VĪNDEDZE,	Alise
	PONOMAREV,	Nikolaj
Innenminister	SIEKS,	Alberts
Vorsitzender d. Staatl. Planungskommission	DEGLAVS,	Fricis
Vorsitzender d. Komitees f. Staatskontrolle	PONOMAREV,	Nikolaj
Vorsitzender d. Staatssicherheitskomitees	NOVIKS,	Alfons
Minister f. Gesundheitswesen	KRAUSS,	Adolfs
Minister f. Kinematographie	AMERIKS,	Ernests
Minister f. Leichtindustrie	ČABE,	Zelma
Minister f. Forstindustrie	VIMBA,	Jānis
Minister f. Fleisch- und Milchindustrie	GRAVĪTĪS,	Aleksandrs
Minister f. Nahrungsmittelindustrie	LATKOVSKIS,	Vikentijs
Minister f. Bauindustrie	AUGŠKAPS,	Jānis
Minister f. Fischindustrie	BUDE,	Kārlis
Landwirtschaftsminister	NIKONOV,	Aleksandr
Minister f. Sowchose	VĀCIETIS,	Ernests
Handelsminister	KUKAINIS,	Aleksandrs
Finanzminister	LECIS,	Vilhelms
Justizminister	VEINBERGA,	Emilija
Minister f. Wohnungswesen u. das zivile Bauwesen	BEZELIS,	Boriss
Minister f. Kommunalwirtschaft	ĶĪSIS,	Roberts
Republikanischer Industrieminister	DOMBURGS,	Alfreds
Minister f. Brennstoffindustrie	ŽUK,	Jefim
Bildungsminister	SAMSONS,	Vilis
Sozialversicherungsminister	PALDIŅA,	Ieva
Vorsitzender der Kunstverwaltung	ROKPELNIS,	Fricis
Vorsitzender d. Kommission f. Kultur- und Bildungsfragen	ĀBOLIŅS,	Aleksan
Forstwirtschaftsminister	ARTEMEV,	Michail

Von 1955 - 1959

Amt	Name	Vorname
Vorsitzender:	LĀCIS,	Vilis
1. Stellv. Vorsitzender	SKOBKIN,	Sergej
2. Stellv. Vorsitzender	PLŪDONIS,	Matīss
stellv. Vorsitzende:	LITVINOV,	Pavel
	VĪNDEDZE,	Alise
	STROGANOV,	Vladimir
	KRŪMIŅŠ,	Vilis
Landwirtschaftsminister	NIKONOV,	Aleksandr
Minister f. Autotransport und Landstraßen	LIBERTS,	Edvards
Bauminister	JĒGERS,	Kārlis
Minister f. Post- und Fernmeldewesen	ALEKSANDROV,	A.
Kulturminister und Außenminister	OSTROVS,	Jānis
Finanzminister	MANOJLO,	Fedor
Minister f. Fischindustrie	BUDE,	Kārlis
Minister f. Nahrungsmittelindustrie	DESMITNIEKS,	Ivan
Minister f. Forstindustrie	ZANDERS,	Roberts
Minister f. Gesundheitswesen	KRAUSS,	Adolfs
Innenminister	JUJANS,	Ivans
Justizminister	VEINBERGA,	Emilija
Minister f. Leichtindustrie	DOMBURS,	Alfreds
Minister f. Fleisch- und Milchindustrie	GRĀVĪTIS,	Aleksandrs
Minister f. Papier- und Holzbearbeitung	VIMBA,	Jānis
Vorsitzender d. Komitees für Staatskontrolle	OZOLIŅŠ,	Antons
Minister für Sowchose	VĀCIETIS,	Ernests
Minister f. Textilindustrie	PONOMAREV,	Nikolaj
Handelsminister	KUKAINIS,	Aleksandrs
Minister f. Wohnungswesen und das zivile Bauwesen	BĒZELIS,	Boriss
Bildungsminister	SAMSONS,	Vilis
Sozialversicherungsminister	PALDIŅA,	Ieva
Vorsitzender des Staatssicherheitskomitees	VĒVERS,	Jānis
Minister für Kommunalwirtschaft	ĶĪSIS,	Roberts
Minister für Brennstoffindustrie	EZERIŅŠ,	Pēteris

Von 1959 - 1963

Vorsitzender:	LĀCIS,	Vilis
	PEIVE,	Jānis
	(seit 27. 11. 1959)	
1. Stellv. Vorsitzender	BERKLAVS,	Eduards
	(am 15. 7. 1959 seines Amtes enthoben)	
Innenminister	ZUJANS,	Ivans
	SEJA,	Vladimirs
	(seit Januar 1963)	
(Seit Sept. 1962: Ministerium für den Schutz der öffentlichen Ordnung)		
Minister für Autotransport und Landstraßen	LIBERTS,	Eduards
Bauminister	BĒZELIS,	Boriss
Minister für Gesundheitsschutz (1962/63 KAŅEPS, V.)	OZOLIŅŠ,	Vladimirs
Außenminister	OSTROVS,	Jānis
Kulturminister	KALPIŅŠ,	Voldemars
	(1961 seines Amtes enthoben)	
Minister für Kommunalwirtschaft	ĶISIS,	Roberts
Forstwirtschaftsminister	ZANDERS,	Roberts
Bildungsminister	SAMSONS,	Vilis
Minister f. Post- und Fernmeldewesen	ALEKSANDROV,	Aleksandr
Sozialversicherungsminister	PALDINA,	Ieva
Landwirtschaftsminister	NIKONOV,	Aleksandr
Handelsminister	JANSONS,	Ivans
(seit Februar 1963)	[illegible]RAUDE,	Roberts
Finanzminister	MANOJLO,	Fedor
Justizminister	VEINBERGA,	Emīlija
Vorsitzender d. Staatlichen Plnungskommission	ČULĪTIS,	Augusts
Vorsitzender d. Komitees f. Bauwesen und Architektur	TREILĪBS,	Aleksandrs
Vorsitzender d. Komitees f. Staatskontrolle	OZOLINGS,	Antons
Vorsitzender d. Staatssicherheitskomitees	VĒVERIS,	Jānis
(ab 30. Januar 1963)	AVDJUKEVIČS,	Longins
Vorsitzender des Volkswirtschaftsrats	GAILE,	Georgij
Stellv. Vorsitzender des Volkswirtschaftsrats	LITVINOV,	Pavel
2. Stellv. Vorsitzender des Volkswirtschaftsrats	AUGŠKAPS,	Jānis
3. Stellv. Vorsitzender des Volkswirtschaftsrats	KRONS,	Voldemars

Seit 1965

Vorsitzender:	RUBENIS,	Vitalijs
1. Stellv. Vorsitzender	STRAUTMANIS,	Pēteris
Stellvertreter:	GALLE,	Georgij
	KRŪMIŅŠ,	Viktors
	BONDALETOV,	I.W.
	RAMANS,	Miervaldis

Unions-Republik-Ministerien

Auswärtige Angelegenheiten	ELVIHS,	Andrejs
Baumaterial	JĒGERS,	Kārlis
Zellulose, Papier- und Holzbearbeitung	VOROBEV,	Iwan
Finanzen	TOLMADŽEV,	Karl
Fleisch- und Milchindustrie	NAREVSKIJ,	Vladimir
Kultur	KAUPUŽS,	Vladimirs
Landwirtschaft	STROGANOV,	Vladimir
Melioration und Wasserwirtschaft	PĒTERSONS,	Haralds
Forsten und Forstindustrie	KARISS,	Vilis
Lebensmittelindustrie	KUSNEZOVA,	Irina
Post- und Fernmeldewesen	ALEKSANDROV,	Aleksandr
Handel	PRAUDE,	Roberts
Gesundheitswesen	KAŅEPS,	Vilhelms
Leichtindustrie	OZOLIŅŠ,	Kārlis

Republik-Ministerien

Autotransport und Landstraßen	VONDA,	Antons
Bauwesen	PĒTERSONS,	Ēriks
Bildung	ELVIHS,	Andrējs
Kommunalwirtschaft	LITVINOV,	Pavel
Landbauwesen	JĒGERS,	Jānis
Schutz der öffentlichen Ordnung	SĒJA,	Vladimirs
Sozialversicherung	PIHELE,	Valentina
Örtliche Industrie	VINOGRADSKIJ,	I.

Komitees beim Ministerrat

für Volkskontrolle und Bauwesen	BĒMANIS,	Elmārs
Getreideprodukte- und Viehfutter-Industrie	STRAUME,	Arnolds
Statistische Hauptverwaltung	ABOLIŅŠ,	Elerts

ANHANG Nr. 2

Befehl Nr. 001223

betreffend die Verfahrensweise bei der Deportation anti-sowjetischer Elemente aus Litauen, Lettland und Estland

STRENG GEHEIM

1. Allgemeine Lage

Die Deportation anti-sowjetischer Elemente aus den Baltischen Republiken ist ein Unterfangen von großer politischer Bedeutung. Ihre erfolgreiche Ausführung hängt davon ab, in welchem Maß es den sie ausführenden Bezirks-"Troikas" und dem Hauptquartier gelingen wird, einen Plan für die Aktion sorgfältig auszuarbeiten und alle nötigen Vorkehrungen zu treffen.

Überdies muß mit großer Sorgfalt darauf geachtet werden, daß die Aktionen ohne Störungen und Panik ausgeführt werden, so daß z.B. nicht nur jegliche Demonstrationen und andere Widersetzlichkeiten seitens der für die Deportation vorgesehenen Personen, sondern auch seitens eines gewissen der Sowjetverwaltung feindlich gesinnten Teils der Einwohnerschaft verhindert werden.

Instruktionen betreffs der Verfahrensweise bei den Aktionen siehe unten. Man soll sich an diese halten, jedoch sollen die die Aktionen ausführenden Personen in Einzelfällen den besonderen Charakter der konkreten Umstände bei solchen Aktionen beachten, und sie können und müssen, um der Situation Rechnung zu tragen, nötigenfalls andere Verfahrensweisen, die dem gleichen Ziel dienen, also um die ihnen anvertraute Aufgabe ohne Lärm und Panik zu erfüllen, anwenden.

2. Das Verfahren bei der Instruktionsausgabe

Die Bezirks-"Troikas" sollen die Einsatzgruppen am Tage vor dem Beginn der Aktionen so schnell wie möglich instruieren, wobei die für die Fahrt zum Aufgabenort notwendige Zeit einberechnet werden sollte.

Die Bezirks-"Troika" soll vorher in den Dörfern die notwendigen Transportmittel für die Fahrt der Einsatzgruppen zu dem Ort ihres Einsatzes bereitstellen.

Über die Frage der Zuteilung einer genügenden Anzahl von Personen- und Lastkraftwagen für den Transport soll die Bezirks-"Troika" sich mit den Leitern der örtlichen Parteiorganisation des Sowjets in Verbindung setzen.

Die Gebäude, in denen die Instruktionen ausgegeben werden sollen, müssen vorher sorgfältig vorbereitet werden, und das Fassungsvermögen, Ausgänge und Eingänge sowie die Möglichkeiten für ein Eindringen Außenstehender müssen in Betracht gezogen werden.

Während Instruktionen erteilt werden, muß das Gebäude streng von Teilnehmern des Einsatzes bewacht werden.

Im Falle, daß irgendein Teilnehmer des Einsatzes zur Instruktionsausgabe nicht erscheint, soll die Bezirks-"Troika" sofort Maßnahmen treffen, um den Abwesenden aus einer vorher zusammengestellten Reserveabteilung zu ersetzen.

Beauftragte der "Troika" sollen die Versammelten von dem Entschluß der Regierung, eine bestimmte Anzahl anti-sowjetischer Elemente aus dem Territorium der jeweiligen Republik oder Gegend zu deportieren, in Kenntnis setzen. Zudem sollen sie kurz erklären, was die Personen, die deportiert werden sollen, repräsentieren.

Die örtlichen Mitarbeiter der Sowjetpartei, die zu der Instruktion zusammenkommen, sollen besonders auf die Tatsache hingewiesen werden, daß die zu deportierenden Personen Feinde des Sowjetvolkes sind und daß die Möglichkeit eines bewaffneten Angriffs seitens der Betreffenden nicht ausgeschlossen werden kann.

3. Das Verfahren bei der Übergabe von Dokumenten

Nachdem den Einsatzgruppen die allgemeinen Instruktionen erteilt worden sind, sollten ihnen Dokumente über die zu deportierenden Personen ausgehändigt werden. Die Akten über die betreffenden Personen müssen vorher

nach Gemeinden und Dörfern zusammengefaßt und auf die Einsatzgruppen verteilt werden, damit bei der Aushändigung keine Zeit verloren wird.

Der Leiter der Einsatzgruppe soll sich nach Erhalten der Personalakten mit den Familienverhältnissen der Familien, die er deportieren soll, bekanntmachen. Er soll sich vor allem die Zusammensetzung der Familie, die auszufüllenden Formulare und die für den Abtransport vorgesehenen Transportmittel einprägen; alle Fragen sollen ihm sorgfältigst beantwortet werden.

Bei der Aushändigung der Akten soll die Bezirks-"Troika" jedem Leiter einer Einsatzgruppe erklären, wo die für die Deportation vorgesehenen Familien wohnen und welcher Weg bei dem Abtransport genommen werden soll. Die Straßen, über welche die Einsatzgruppen mit den betreffenden Familien zu dem für den Abtransport bestimmten Bahnhof fahren sollen, müssen vorher festgelegt sein. Es ist ebenfalls wichtig, darzulegen, an welchen Orten militärische Reservetruppen stationiert sind für den Fall, daß es notwendig sein sollte, sie bei irgendwelchen Zwischenfällen anzufordern.

Besitz und Zustand aller Waffen und der Munition des gesamten Einsatzpersonals muß vorher untersucht werden. Die Waffen müssen in völliger Kampfbereitschaft sein, die Magazine geladen, aber die Waffen sollten gesichert bleiben. Waffen sollten nur als äußerstes Mittel gebraucht werden, falls die Einsatzgruppen angegriffen oder mit einem Angriff bedroht werden, oder falls Widerstand geleistet wird.

4. Das Verfahren bei der Verschleppung

Falls von einem Ort mehrere Familien deportiert werden sollen, soll einer der am Einsatz Beteiligten zum Leiter der Deportationsmaßnahmen dieses Ortes ernannt werden und die Einsatzgruppen sollen sich unter seinem Befehl zu den betreffenden Dörfern begeben. In den Dörfern angekommen, sollen die Einsatzgruppen sich mit den örtlichen Funktionären (die notwendige Geheimhaltung beachtend) in Verbindung setzen: "mit dem Vorsitzenden, Sekretär oder den Mitgliedern des Dorfsowjets", und sie sollen sich mit ihrer Hilfe genau des Wohnorts der zu deportierenden Familien vergewissern.

Danach sollen sich die Einsatzgruppen zusammen mit örtlichen Funktionären zu den Wohnungen der zu deportierenden Familien begeben. Die Aktion

soll bei Morgengrauen beginnen. Nach Betreten der Wohnung der für die Deportation vorgesehenen Personen soll der Leiter der Einsatzgruppe alle Familienangehörigen in einem Raum versammeln, wobei alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen gegen jeden möglichen Widerstand zu beachten sind.

Nach Prüfung der Übereinstimmung der Liste mit der Familienzusammensetzung soll der Aufenthalt der Abwesenden und die Zahl der kranken Personen festgestellt werden, danach soll man sie auffordern, ihre Waffen abzugeben. Gleichgültig, ob irgendwelche Waffen abgegeben werden oder nicht, sollen die für die Deportation bestimmten Personen und dann die gesamte Wohnung auf versteckte Waffen hin durchsucht werden.

Während der Wohnungsdurchsuchung soll ein Mitglied der Einsatzgruppe die jeweilige Familie bewachen.

Sollte bei der Durchsuchung eine kleinere Zahl von versteckten Waffen gefunden werden, so soll die Einsatzgruppe diese unter sich verteilen. Falls eine größere Menge Waffen gefunden wird, sollen diese nach Entfernung der Munition in den Last- oder Personenkraftwagen der Gruppe geladen werden. Munition soll zusammen mit den Gewehren verpackt werden.

Falls erforderlich, kann ein Transporter mit entsprechender Bewachung angefordert werden.

Sollten Waffen, konterrevolutionäre Pamphlete oder Literatur, Devisen, große Mengen von Wertgegenständen u.ä. gefunden werden, so soll sofort ein kurzer Bericht über den Verlauf der Durchsuchung angefertigt werden, in dem die versteckten Waffen oder konterrevolutionäre Literatur aufgeführt ist. Falls bewaffneter Widerstand geleistet wird, entscheidet die Bezirks-"Troika", ob die betreffenden Personen verhaftet und zu der Bezirksstelle des Volkskommissariats für Öffentliche Sicherheit gebracht werden sollen.

Über sich versteckt haltende oder kranke für die Deportation vorgesehene Personen soll ein Bericht angefertigt werden, und der Bericht ist von dem Vertreter der örtlichen Sowjetorganisation zu unterzeichnen.

Nach Vollzug der Durchsuchung soll den betreffenden Personen mitgeteilt werden, daß sie gemäß einem Erlaß der Regierung in andere Teile der Union deportiert werden sollen.

Den für die Deportation vorgesehenen Personen soll erlaubt werden, Haushaltungsgegenstände bis zu 100 kg mitzunehmen.

1. Anzug, 2. Schuhe, 3. Unterwäsche, 4. Bettwäsche, 5. Geschirr, 6. Gläser, 7. Küchengeräte, 8. Lebensmittel, ausreichend für einen Monat, 9. in ihrem Besitz befindliches Geld, 10. ein Kasten oder eine Kiste für diese Gegenstände. Es wird nicht empfohlen, große Gegenstände mitzunehmen.

Wenn die Leute von einem ländlichen Distrikt deportiert werden, ist es ihnen erlaubt, ein wenig landwirtschaftliches Inventar mitzunehmen - Äxte, Sägen u.a., die besonders verpackt werden sollten, so daß sie beim Beladen der Züge in besondere Gepäckwagen verfrachtet werden können.

Um eine Verwechselung der Sachen zu vermeiden, soll der Vor-, Vaters- und Nachname des Besitzers und der Name seines Dorfes auf das Gepäck geschrieben werden.

Während diese Güter in die Wagen verfrachtet werden, sind Vorkehrungen zu treffen, daß der für die Deportation Vorgesehene sie nicht als Waffe benutzen kann, während die Kolonne sich in Fahrt befindet.

Während die Einsatzgruppen aufladen, sollen die anwesenden Vertreter der sowjetischen Parteiorganisation eine Liste über das Inventar und die Art, wie es verwaltet werden soll, gemäß den ihnen zugesandten Richtlinien zusammenstellen.

Falls die für die Deportation bestimmte Person ein eigenes Transportmittel besitzt, soll sein Eigentum zusammen mit seiner Familie in diesem zu dem für den Abtransport vorgesehenen Ort gebracht werden.

Falls die betreffenden Personen kein eigenes Transportmittel besitzen, sollen die örtlichen Funktionäre im Dorf Wagen beschaffen, wenn der Leiter der Einsatzgruppe das befiehlt.

Alle Personen, die die Wohnung der für die Deportation bestimmten Personen während der Aktion betreten, oder die dort vorgefunden werden, müssen während der Aktion festgehalten werden; ihr Verhältnis zu den Wohnungsinhabern ist festzustellen. Das dient dem Ziel, Personen aufzufinden, die sich vor der Polizei, den Gendarmen oder anderen Personen verstecken. Nachdem die Identität der festgehaltenen Person festgestellt ist, und nachdem deutlich ist, daß es sich um eine für die Einsatzgruppe unwesentliche Person handelt, soll sie freigelassen werden.

Falls die Dorfbewohner sich während der laufenden Aktion um das Heim der für die Deportation bestimmten Person versammeln, sollen sie aufgefordert werden, sich nach Hause zu begeben. Ansammlungen von Gruppen ist zu verbieten. Falls die für die Deportation vorgesehene Person sich weigert, die Haustür zu öffnen, obwohl sie weiß, daß Mitglieder des Volkskommissariats för Öffentliche Sicherheit Einlaß fordern, muß die Tür aufgebrochen werden. In Einzelfällen können in der Nähe tätige Einsatzgruppen zur Hilfe gerufen werden.

Die betreffenden Personen sollen bei Tageslicht aus dem Dorf zu dem Bahnhof gebracht werden; es sollte dafür Sorge getragen werden, daß die Aktionen bei den einzelnen Familien nicht länger als zwei Stunden dauern.

In jedem Fall sollen die Maßnahmen während der Aktion bestimmt und ohne Schwanken, ohne die geringste Aufregung, Panik oder Lärm durchgeführt werden.

Es ist strengstens verboten, den für die Deportation bestimmten Personen irgendetwas wegzunehmen, außer Waffen, konterrevolutionärer Literatur und Devisen, sowie von den Nahrungsmitteln der Betreffenden Gebrauch zu machen.

Alle Teilnehmer an den Aktionen müssen darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie für Versuche, sich Eigentum der Deportierten anzueignen, aufs schärfste verfolgt werden werden.

5. Verfahren bei der Trennung des Familienoberhauptes von seiner Familie

Angesichts der Tatsache, daß viele Deportierte in besondere Lager und ihre Familien zu besonderen Siedlungen in weiter Ferne geschickt werden sollen, ist es wesentlich, daß die Verschickung sowohl des Familienoberhauptes als auch seiner Familie gleichzeitig stattfindet, ohne daß ihnen die bevorstehende Trennung mitgeteilt wird. Nach der Wohnungsdurchsuchung und nachdem die nötigen Dokumente ausgefertigt sind, sollen die Dokumente für das Familienoberhaupt ausgefertigt werden und zu seinen Personalakten hinzugefügt werden, während die Dokumente für seine Familie den Akten seiner Familie beigefügt werden sollen. Die ganze Familie soll jedoch in einem Wagen zum Bahnhof gebracht werden und das Familienoberhaupt soll lediglich auf dem Abtransportbahnhof gesondert von seiner Familie in einen Waggon für Familienoberhäupter verfügt werden.

Das Familienoberhaupt soll beim Packen darauf hingewiesen werden, daß persönliche männliche Gegenstände in einen gesonderten Koffer gepackt werden müssen, weil die deportierten Männer getrennt von den Frauen und Kindern eine: Untersuchung unterzogen werden würden.

Auf den Abtransportbahnhöfen sind die verhafteten Familienoberhäupter in besonders für sie bereitgestellte Waggons, die von für diese Aufgabe bestimmte Einsatztrupps zu bezeichnen sind, zu verladen.

6. Das Verfahren bei der Bewachung

Den Bewachern der Deportiertengruppen ist es strengstens verboten, im Wagen zu sitzen. Die Bewacher müssen neben und hinter der Kolonne marschieren Der Leiter der Kolonne soll von Zeit zu Zeit um die Kolonne herumgehen und si über die Korrektheit des Abtransports versichern.

Wenn die Kolonne unbewohnte Gegenden passiert und wenn sie Vorübergehe den begegnet, muß die Kolonne besonders aufmerksam bewacht werden; die Verant wortlichen müssen darauf achten, daß keine Fluchtversuche unternommen werden und daß keine Gespräche zwischen Passanten und festgenommenen Personen geführ werden.

7. Das Verfahren beim Abtransport

An jedem Abtransportpunkt ist ein Mitglied der "Troika" und eine besonders dafür bestimmte Person für den Abtransport verantwortlich.

Am Tage des Transports soll der Leiter des Transports, der Leiter des Zuges sowie die begleitenden Truppen des Volkskommissariats für Inneres die Waggons des Zuges inspizieren, ob alles Notwendige vorhanden ist, und der Leiter des Abtransports soll sich mit dem Leiter des Zuges über das Verfahre einigen, welches sie bei der Übergabe der Deportierten verfolgen wollen.

Militärs des Volkskommissariats für Inneres sollen den Abtransportbahnhof bewachen.

Der Leiter jeder Einsatzgruppe übergibt dem Leiter des Zuges eine Kopie der Namensliste der Deportieren jedes Zugwaggons. Der Leiter des Zuges soll nach der Liste alle Namen aufrufen, jeden sorgfältig abhaken und dem Deportierten seinen Platz im Waggon anweisen.

Das Gepäck der deportierten Person soll mit dieser in einen Waggon verladen werden, während die landwirtschaftlichen Geräte in einen gesonderten Waggon verladen werden sollen.

Die Deportierten sollen als Familien einem Waggon zugeteilt werden; es ist verboten, Familien aufzuteilen (mit der Ausnahme der Familienoberhäupter, die verhaftet sind). Ungefähr 25 Personen sollten je einem Waggon zugeteilt werden.

Wenn der Waggon mit der entsprechenden Zahl Familien gefüllt ist, soll er verschlossen werden.

Nachdem die Leute in den Zug übernommen worden sind, ist der Zugleiter für alle ihm übergebenen Personen verantwortlich, auch dafür, daß sie an ihrem Bestimmungsort ankommen.

Nach Übergabe der Deportierten soll der Leiter der Einsatzgruppe einen Bericht über die von ihm ausgeführte Aktion ausfertigen, in dem kurz der Name der deportierten Personen genannt ist, sowie ob Waffen oder konterrevolutionäre Literatur gefunden wurden, und wie die Aktion ausgeführt wurde.

Nach Übergabe der Deportierten an den Zugleiter und nach Abgabe der Berichte über die Ergebnisse der so erfüllten Aufgabe, sind die Teilnehmer der Einsatzgruppe als von der Arbeit entbunden zu betrachten, und sie sollen gemäß den Instruktionen der Bezirksabteilung des Volkskommissariats für Öffentliche Sicherheit verfahren.

Der Vorsitzende
des Volkskommissariats für Öffentliche Sicherheit der
UdSSR,
Kommissar dritten Ranges für Öffentliche Sicherheit

Unterzeichnet: S e r o v

Nachtrag zum Literaturverzeichnis

King, Gundar Julian — Economic Policies in Occupied Latvia. A Manpower Management Study. Pacific Lutheran University Press, 1965. /Dissertation/.

Kokis, P.P. — Borba P.I., Stučki za proletarskij internacionalizm, za boevoje edinstvo latvijskogo i rossijskogo proletariata. In: Izvestija Akademii Nauk Latvijskoi SSS, Nr 6 / 227 /, 1966.

Loeber, Dietrich A. — Administration of Culture in Soviet Latvia. Direction of Literature and Art in the Mirror of the Written Law. In the Collection B ī l m a n i s. USA 1966.

Loeber, Dietrich A. — Unbewältigte Vergangenheit im sowjetischen Zivilrecht. Zur Auseinandersetzung um das wissenschaftliche Erbe von Peter I. Stučka, in: "Macht und Recht im kommunistischen Herrschaftssystem" 1965. S. 129-150.